

Globale Kapitalismen

Michael R. Krätke

Alte und neue Welt(un)ordnungen

Kurt Hübner

Ein neues Wachstumsregime am europäischen Horizont?

Arno Brandt

Trumpismus – Die USA im Niedergang

Lia Musitz

Chinas grüner Staatskapitalismus: Den Markt fördern und von ihm fordern

Joachim Schuster

BRICS – Konsequenz der neuen Multipolarität

Christoph Scherrer

Die Macht von Konzernen und Staaten gestalten globale Lieferketten



Miriam Sieglreitmaier	
Kurzum.....	4

MEINUNG

Ulrich Kelber	
Populär handeln gegen Populisten	6

SCHWERPUNKT: GLOBALE KAPITALISMEN

Arno Brandt, Thilo Scholle	
Einleitung zum Heftschwerpunkt.....	10
Michael R. Krätke	
Alte und neue Welt(un)ordnungen	14
Kurt Hübner	
Ein neues Wachstumsregime am europäischen Horizont?	22
Arno Brandt	
Trumpismus – Die USA im Niedergang	29
Lia Musitz	
Chinas grüner Staatskapitalismus: Den Markt fördern und von ihm fordern	35
Joachim Schuster	
BRICS – Konsequenz der neuen Multipolarität	40
Christoph Scherrer	
Die Macht von Konzernen und Staaten gestalten globale Lieferketten	44

ANALYSE & STRATEGIE

Rudolf Hickel	
Interview: 50 Jahre „Memoranden“ der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“	48
Franziska Wiethold	
Probleme der Wirtschaftsdemokratie	51
Werner Widuckel	
Perspektiven der Wirtschaftsdemokratie	56
Magnus Brosig, Frank Bandau	
SozialstaatsRadar 2025	61
Alexander Recht	
Work in Progress – ein Beitrag zum Orientierungsrahmen	65
Karl-Martin Hentschel	
Neuorientierung der Klimapolitik – die Land- und Waldwirtschaft rücken ins Zentrum	69

REZENSIONEN

Thilo Scholle

Sammelrezension: Lebenswege bedeutender Sozialistinnen73

Thilo Scholle

Rezension: Parteiendemokratie78

MELDUNGEN & TERMINE

Lasse Rebbin

Bericht: Juso Küstencamp 202581

Termine..... 82

Eindrücke vom Bundesparteitag..... 83

Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Herausgeber*innen:

Niels Annen (Hamburg), Claudia Bogedan (Bremen), Andreas Bovenschulte (Bremen), Björn Böhning (Berlin), Arno Brandt (Lüneburg), Klaus Dörre (Jena), Franziska Drohsel (Berlin), Iris Gleicke (Schleusingen), Andreas Fisahn (Enger), Arne Heise (Hamburg), Marc Herter (Hamm), Oliver Kaczmarek (Kamen), Dietmar Köster (Wetter), Michael R. Krätke (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Kevin Kühnert (Berlin), Andrea Lange-Vester (Hannover), Detlev von Larcher (Weyhe), Matthias Miersch (Laatzen), Benjamin Mikfeld (Berlin), Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weiler), René Röspel (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn), Sarah Ryglewski (Bremen), Joachim Schuster (Bremen), Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Margareta Steinrücke (Bremen), Olaf Struck (Erfurt), Michael Vester (Hannover), Claudia Walther (Köln), Felix Welti (Lübeck), Thomas Westphal (Dortmund).

Heftschwerpunkt: Arno Brandt, Thilo Scholle

Redaktion: Leon Billerbeck, Arno Brandt, Folke große Deters, Ole Erdmann, Lasse Rebbin, Thilo Scholle, Sebastian Sch mugler, Stefan Stache

V.i.S.d.P.: Ole Erdmann, redaktion@spw.de

spw erscheint mit vier Heften im Jahr als Mitgliederzeitschrift des Vereins für Demokratie und Völkerverständigung Bielefeld e.V.

Anschrift: verein@spw.de

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: © ChatGPT/Arno Brandt

Satz und Druck: Ilpa grafischer Betrieb GmbH, Bochum, Auflage: 700 Stück, Juli 2025

Kurzum von Miriam Siglreitmaier



↳ **Miriam Siglreitmaier** war von 2021 bis 2023 stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende und promoviert derzeit zu intergenerationaler Mobilität in Berlin.

Foto: © Fionn Große

Eine Große Koalition unter Friedrich Merz – vor wenigen Jahren wäre das für viele SPD-Mitglieder undenkbar gewesen. Dass nun über 84 Prozent dieser Regierungskonstellation zustimmten, liegt kaum daran, dass sich die Union plötzlich als idealer Koalitionspartner entpuppt hätte. Vielmehr spiegeln die hohen Zustimmungswerte die aktuelle Weltlage wider: Angesichts des noch immer wütenden Kriegs in der Ukraine, der humanitären Katastrophe in Gaza und der Wiederwahl von Donald Trump ist der Wunsch nach stabilen politischen Verhältnissen groß.

Wenig Beachtung fand hingegen eine Zahl, die sinnbildlich für die politische Stimmung in der SPD – und darüber hinaus – stehen könnte: Nur 56 Prozent der Mitglieder beteiligten sich an der Abstimmung – 22 Prozentpunkte weniger als noch 2018. Waren viele womöglich gegen die Große Koalition, aber haderten mit einem Nein, weil gangbare Alternativen fehlten? Oder ist es Ausdruck von stillem Protest und politischer Entfremdung? Klar ist, dass die drastisch gesunkene Beteiligung kein Zufall ist. Zur gleichen Zeit scheint sich auch in der gesellschaftlichen Linken eine politische Resignation breitzumachen.

Während die zunehmend autoritäre Trump-Regierung ein Tabu nach dem nächsten bricht, machen die jüngsten Vorstöße der Union in der Migrations-, Gleichstellungs- und Sozialpolitik nur geringe Schlagzeilen. Dabei gäbe es durchaus Anlass für Empörung. Insbesondere in der Migrationspolitik werden aktuell rechtliche Grenzen ausgesetzt. Ein Beispiel betrifft das Aussetzen des

Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte, das dem im Grundgesetz verankerten Recht auf Familie widerspricht. Ähnlich problematisch ist die Zurückweisung von Asylsuchenden an der Grenze, die auf Initiative von Alexander Dobrindt erfolgt ist – und trotz eines gegenteiligen Urteils eines Berliner Gerichts weiter betrieben wird.

Dass Friedrich Merz kein progressives Kapitel in der Gleichstellung aufschlagen würde, war abzusehen. Schließlich wurde mit ihm ein Mann zum Kanzler gewählt, der selbst innerhalb der Union mit einem rückwärts-gewandten Frauenbild auffällt. Schon 1997 stimmte er gegen den Schutz von Frauen vor Vergewaltigung in der Ehe. Kein Ausrutscher, sondern Teil eines Musters: im Jahr 2006 stellte er sich mit wenigen Unionskollegen gegen das Gleichbehandlungsgesetz. Vor diesem Hintergrund dürfte es nicht überraschen, dass zentrale Entscheidungen der neuen Regierung vor allem im Kreis männlicher Politiker getroffen werden. Als der Koalitionsausschuss erstmals tagte, waren zehn Männer und nur eine Frau anwesend. Ausgerechnet die einzige Teilnehmerin, Saskia Esken, soll keine weitere Führungsverantwortung in ihrer Partei tragen. Nach Andrea Nahles erlebt damit eine weitere SPD-Vorsitzende einen unwürdigen Abgang. Der Verdacht liegt nahe, dass die strukturelle Benachteiligung von Frauen nicht nur in der Union ein Problem darstellt.

Auffällig ist zudem die wirtschaftsnahe Ausrichtung des neuen Kabinetts. Neben dem Kanzler, der Aufsichtsratschef von BlackRock war, wurden drei frühere Unternehmensvertreter:innen auf Minister:innenposten gehoben. Diese Personalien werfen auch deswegen Fragen auf, weil alle drei ohne demokratisches Mandat in die politischen Spitzenämter kamen. Enge Verstrickungen mit Unternehmensinteressen scheinen da vorprogrammiert, sodass der Angriff auf Arbeitnehmer:innenrechte nicht lange auf sich warten lässt. Geplant ist nicht nur, Fortschritte beim Bürgertag zurückzudrehen, sondern auch den Achtstundentag abzuschaffen.

Die SPD ist dabei keine stille Beobachterin, sondern aktiver Teil der Regierung. Es liegt an der Parteispitze, sicherzustellen, dass diese Regierung nicht zu einer Rückschrittskoalition für Frauenrechte, Migrant:innen und Arbeitnehmer:innen wird. Dass die Partei eine fortschrittliche Politik will, wurde Ende 2023 beim letzten ordentlichen Bundesparteitag deutlich, wo ambitionierte Refor-

men beschlossen wurden. Jetzt gilt es, deren Umsetzung konsequent einzufordern.

Kurzum: Auch wenn die internationale Lage bedrückend ist, wäre es gefährlich, politische Resignation zuzulassen. Gerade jetzt muss die SPD wachsam gegenüber Rückschritten im Bereich der Gleichstellung, Migration und in der Sozialpolitik sein. ■

Interesse an mehr?

Erkunde die neue spw-Website. Online Specials, das frei verfügbare Heftarchiv und weitere Inhalte hier entdecken:



Bleib auf dem Laufenden!
Hier beim Newsletter anmelden:



Populär handeln gegen Populisten

von Ulrich Kelber



↳ Ulrich Kelber war von 2000-2019 Bundestagsabgeordneter für Bonn, stv Fraktionsvorsitzender und Parlamentarischer Staatssekretär. 2019 bis 2024 war er der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Er hat eine Honorarprofessur für Datenethik an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg.

Foto: © Mieterbund Bonn

16,4 Prozent! Am 23. Februar erlitt die SPD ihr schlechtestes Ergebnis bei einer landesweiten nationalen Wahl seit der Reichstagswahl 1887. In den letzten zwanzig Jahren hat die SPD auf dem Weg bis zu diesem Ergebnis zahlreiche Staatskanzleien und Rathäuser verloren, in manchen Gegenden ist die SPD eine Kleinpartei geworden.

War's das? Nein, Mut macht, dass Umfragen und Studien der SPD immer noch ein Wähler:innen-Potenzial von bis zu 50% geben. Dieses Potenzial gilt es zu heben.

Die Pflicht: Fehler der Ampel vermeiden

Im Wahlkampf konnten es alle spüren, die für die SPD warben: Die Bürger:innen waren mit der Ampelregierung durch. Die Kanzlerpartei SPD traf ein gehöriger Teil der Wut. Die Kommunikations-Unkultur des Kanzleramtes, das Nicht-Erklären-Wollen des eigenen Kurses und der Konsenssuche innerhalb der Koalition hatten über drei Jahre verheerend gewirkt.

Natürlich sah eine Mehrheit (völlig zu Recht) die Hauptschuld an Dauerstreit und Scheitern der Koalition bei der FDP. Aber dass die Ampelregierung und die SPD nicht an ihren durchaus vorhandenen Erfolgen, sondern am Frust und am Unsicherheitsgefühl angesichts multipler Krisen gemessen wurden, ist gerade auch ein Scheitern der Kommunikation: zu wenig, nicht zielgruppenorientiert und schon gar nicht mehrheitsbildend.

Deswegen ist es auf dem Weg zurück zu besseren Wahlergebnissen zunächst unbedingte Pflicht, dass die neue Regierung - und vor allem die SPD darin - ganz anders wahrgenommen werden muss als die Ampelregierung. Bei allen Unterschieden in der Sache sollte zumindest die CDU daran ebenfalls Interesse haben, hoffentlich auch die CSU.

Das Gegenteil vom Dauerstreit ist dabei nicht das Totschweigen von unterschiedlichen Zielen und Positionen. Die SPD sollte sogar energisch widersprechen, wenn z.B. Friedrich Merz den Bürger:innen Faulheit vorwirft oder Alexander Dobrindt im Innenministerium seine Kompetenzen in Ausländer-Maut-Maier überschreiten sollte.

Es geht aber um Stil und Reihenfolge. Ich bin fest davon überzeugt, dass es eine für die SPD relevante Wähler:innen-Gruppe gibt, die akzeptiert, dass in einer Koalition Kompromisse notwendig sind. Dass es verschiedene Parteien sind, die zusammenarbeiten müssen, weil die Wähler:innen ihnen genau dafür ein Mandat gegeben haben.

Strittige Ansichten sollten, wann immer möglich, zunächst in der Koalition besprochen werden. Oft kann ein guter Kompromiss erreicht werden, der dann inklusive der Ausgangspositionen der Koalitionspartner ausführlich und transparent kommuniziert werden kann. Grüne Oppositionsrhetorik à la „Man muss sich nur durchsetzen wollen“ kann man mit Verweis auf kaum mehr von reiner CDU-Politik unterscheidbare schwarz-grüne Koalitionen in NRW, Hessen und Baden-Württemberg kontern. Und die Auseinandersetzung mit der Linkspartei gewinnen wir mit guten Ergebnissen unserer Regierungsarbeit, nicht mit einem Forderungswettbewerb.

Gefährlich sind allerdings Kompromisse, die niemand mehr versteht, die überkompliziert sind oder nicht ausreichen, das adressierte Problem nur annähernd zu lösen. Der

Kompromiss „Praxisgebühr“ in den 2000er Jahren war z.B. schlechter als die jeweiligen Ausgangspositionen von SPD und CDU/CSU. Und beim Grundrentenzuschlag wurden so viele spezielle Regelungen eingebaut, dass statt einem einfachen Beantragungprozess ein teures und komplexes Verfahren entstand.

Das beste Mittel gegen faule Kompromisse: CDU/CSU pur und SPD pur zulassen. Wir müssen den Mut haben, unseren Wähler:innen zu erklären, dass der Koalitionspartner aufgrund des Wahlergebnisses das Recht hat, einige seiner Vorstellungen unverändert umzusetzen. Und zwar nicht nur die aus dem Koalitionsvertrag, sondern auch bei neuen, wichtig werdenden Fragestellungen. Im Gegenzug muss es dafür immer wieder SPD pur geben, unkompliziert umgesetzt, ohne Schmutzeleien der Konservativen, als klar mit uns verbundene Erfolge.

Taktik gegen Populismus: Populäre Lösungen anbieten

Neben die Pflicht zu einem veränderten Stil der Zusammenarbeit, dem Lob des (guten) Kompromisses und der Bereitschaft zu CDU/CSU und SPD pur muss eine andere Taktik treten und — sozusagen als Kür — eine unbedingte Konzentration auf Themen, die für unsere potenziellen Wähler:innen echte Bedeutung haben. Sprich Themen, die beim Nachdenken (oder Fühlen) von Politik im Alltag und in der Wahlkabine den Unterschied machen.

Die SPD darf niemals populistische Politik machen. Aber wir stehen in Konkurrenz zu populistischen, undemokratischen Parteien wie der AfD und populistischen Forderungen demokratischer Konkurrenten wie Linkspartei sowie immer häufiger CDU/CSU. Den anderen ihren Populismus vorzuwerfen, wird nicht einmal annähernd reichen, schon gar nicht in der realen Medienwelt von BILD bis TikTok, die die schrillen Töne aus politischer Kumpagnei oder aufgrund algorithmischer Gewinnmaximierung belohnt.

Die Antwort der SPD muss sein, populärer zu agieren. Also Lösungen zu bieten, die für

die Mehrheit der Bürger:innen relevant sind, das Problem wirklich angehen und das Gerechtigkeitsempfinden sowie das Sicherheitsbedürfnis in den Blick nehmen. Diese emotionale Dimension von Politik unterschätzt die SPD seit mehr als zwei Jahrzehnten. Während unsere Konkurrenz genau diesen Teil der menschlichen Wahrnehmung von Politik ohne Unterlass adressiert und so Wähler:innen an sich bindet.

Ein erstes Beispiel: Stellt Euch vor, wie sich die Wahrnehmung des Staates (und damit der regierenden SPD) durch die Bürger:innen verändern würde, wenn ihre Anträge auf Kindergeld, Arbeitslosengeld, Schwerbehindertenausweis, etc. nicht nur digital möglich wären, sondern im Regelfall sofort automatisiert entschieden und das Geld per Echtzeitüberweisung überwiesen würde? Nur noch komplizierte Fälle und Stichproben gingen an Sachbearbeiter:innen. Dass das geht, zeigt das beim Bundesamt für Justiz digital beantragbare polizeiliche Führungszeugnis, eingeführt durch ein SPD-geführtes Ministerium. Ähnliches hat Andrea Nahles bei der Bundesagentur für Arbeit vor. Es wäre ein Riesending.

Zweites Beispiel: Eine Alternative zur gescheiterten Riesterrente. Die Bürger:innen erfahren beim „Riestern“ Frust mit hohen Abschlussprovisionen und Versuchen, ihnen später vor der Auszahlung weitere Gebühren aufzubürden. Das erweckt bei ihnen den Eindruck, die Politik habe sie der Finanz- und Versicherungswirtschaft ausgeliefert. Wir brauchen daher einen völligen Bruch mit diesem System. Alle sollten stattdessen zusätzlich zum „Rentenkonto“ automatisch ein von der Rentenversicherung gemanagtes kostenlos(!) persönliches Renten-Fondskonto erhalten. Alle Einzahlungen darauf, ob staatliche Förderung, ein mögliches staatliches Grunderbe, private Vorsorge oder Arbeitgeberanteil, werden dort bis zum Eintritt in den Ruhestand brutto für netto vermehrt und sind weitgehend pfändungssicher. Jeder Kontoauszug (mit der Zeile „Gebühren: 0 Euro“) wäre für die Bürger:innen ein Beleg für eine faire Lösung, bei der sich die SPD für sie und gegen Lobbyinteressen eingesetzt hat.

Zu populären Entscheidungen braucht es die passende Kommunikation. Wir müssen alle Kanäle, jedes Event und ausnahmslos den kleinsten Augenblick von Aufmerksamkeit (TV-Interviews, Reden, Gastbeiträge) nutzen, unsere Politik immer wieder zu erklären und ebenso die Anforderungen an uns zu verstehen. Dabei MÜSSEN wir uns kommunikativ auf einige Politikfelder konzentrieren. Denn Aufmerksamkeit ist die rare Ressource, um die wir mit der politischen Konkurrenz ringen und daher muss 90% unserer Kommunikation auf unsere Kernthemen einzahlen.

Die Kür: Konzentration auf Themen und dafür dann trommeln, was das Zeug hält

Was sind denn diese „Kernthemen“, bei denen die SPD erreichen muss, dass ihr die Menschen wieder zutrauen, etwas für sie zu erreichen? Es gibt zunächst viele wichtige Themen, die trotzdem nicht zum engsten Kern gehören, darunter auch solche, für die ich politisch Verantwortung getragen habe. Die SPD braucht natürlich auch gute Antworten zu Digitalpolitik und Klimaschutz und Verteidigung unserer Demokratie, um dort nicht unwählbar zu sein. Aber es sind andere Themen, die die nahe Zukunft der SPD entscheiden: Bezahlbare Wohnungen, sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze im technologischen Umbruch, eine garantierte Gesundheitsversorgung ohne Einschränkungen, faire Bildungschancen. Und erleichtert der Staat den Bürger:innen den Alltag, beseitigt Überkomplexität und Unzuverlässigkeiten, damit diese ihr Leben selbstbestimmt gestalten können?

Hier liegen Chancen für eine Politik, die auch die emotionale Dimension bedient. Der Vorstoß von Bärbel Bas für eine alle Bürger:innen umfassende gesetzliche Rentenversicherung ist dafür ein Beispiel. Auch ihr Hinweis, der Staat müsse endlich sicherstellen, dass Kindergärten nicht schließen und Schulen zuverlässig sind. Selbstverständlich darf dann auch der Bus zu Arbeitsplatz und Kindergarten nicht deswegen ausfallen, weil die Stadtwerke zur Erfüllung von Wettbewerbsvorgaben ihre Reserven an Fahrer:innen und Fahrzeugen zurückfahren mussten.

Die Wohnungsnot hat eine demokratiegefährdende Sprengkraft entwickelt. Familien, die keine Wohnung finden. Auszubildende und Studierende, denen nur noch Couchsurfing bleibt, Senior:innen, die aus ihren Vierteln wegziehen müssen. Es ist eine Ur-Angst, die sich breitmacht. Es ist pure Verzweiflung, wenn die Wohnungskosten viel zu viel vom Einkommen auffressen.

Im Kampf gegen die Wohnungsnot ist uningeschränkt SPD pur angesagt: Konzentration aller Förderung auf den Bau bezahlbarer Wohnungen, die dauerhaft(!) in der Preisbindung bleiben müssen, in einer Verlängerung einer verbesserten(!) Mietpreislösung, in der Verschärfung der Strafbarkeit von Mietwucher, in besserer Kontrolle der Zweckentfremdung von Wohnraum, in der Unterbindung von Wohnraumspekulation und der Abschöpfung von Veräußerungserlösen großer Wohnungsbestände, statt diese noch steuerlich zu fördern.

Viele Bürger:innen haben Angst, dass für sie wichtige medizinische Leistungen gestrichen werden. Hier muss die SPD für glaubwürdige Sicherheit sorgen, es braucht dabei auch mehr Effizienz statt Leistungskürzungen. Dazu müssen Digitalisierung und die Abschaffung überkommener Regelungen Hand in Hand gehen. Warum muss in jeder Apotheke eine approbierte Kraft sein und darf nicht per Videoschaltung konsultiert werden? Kann man nicht Bevorratung und Online-Bestellung von Medikamenten besser verknüpfen? Hier muss sich die SPD mit den Bürger:innen (und innovativen Branchenvertreter:innen) gegen Partikularinteressen verbünden.

Was wollen die Bürger:innen von der SPD?

Die meisten Menschen in unserem Land, vor allem diejenigen, die auch zur Wahl gehen, verlangen keine staatliche Rundumbetreuung. Sie wollen einen Staat, der sie dabei unterstützt, ihr Leben selbst gestalten zu können und verhindert, dass sie bei Schicksalsschlägen ins Bodenlose fallen. Sie messen soziale Gerechtigkeit nicht an der Höhe der Sozialausgaben, sondern haben ein feines Gespür dafür,

wo es ungerecht zugeht, wo der Staat helfen muss und wie Dinge fair geregelt werden.

Sie wollen Sicherheit im Wandel. Sie wollen sich auf staatliche Dienstleistungen verlassen können. Sie wollen fundamentale Fragen nicht einfach Markt und Konkurrenzdruck überlassen. Sie wollen Entscheidungen der Politik begründet bekommen und dabei das Gefühl haben, dass Krisen angegangen und drohende Entwicklungen früh eine Antwort erhalten.

Sie wollen wirtschaftlich nicht übervorteilt werden, weder beim Vertragsabschluss noch in ihrer digitalen Rolle. Sie wollen nicht die Faust in der Tasche machen müssen, weil sie zwar theoretisch Rechte gegenüber großen Konzernen und digitalen Anbietern haben, sie dafür aber selbst mit hohem Kostenrisiko vor Gericht gehen müssten.

Bei diesen Themen kann die SPD aktiv werden. Für viele dieser Themen haben wir die Zuständigkeit in der Bundesregierung und sind auch immer noch in Ländern und Kommunen stark.

Keinesfalls darf die SPD dabei (wieder) in eine Entweder-Oder-Haltung verfallen. Wir müssen Arbeitsplätze durch eine Transformation der Wirtschaft sichern. Wir müssen neue Geschäftsmodelle durch Verbraucher- und Datenschutz schaffen. Wir müssen soziale und ökologische Verantwortung in Lieferketten und Klimaschutz mit Entbürokratisierung verbinden. Lassen wir uns wieder auf ein „Ja, aber ...“ reduzieren, geben wir die notwendige politische Breite auf, um in unseren Kernthemen und darüber hinaus eine neue Wähler:innen-Koalition zu schmieden.

Ein letzter Aspekt: Visionen

Ja, ich weiß, dass dies wie ein Bruch in meiner Argumentation aussieht, nun Visionen zu fordern, aber es ist keineswegs einer. In der Regierungsarbeit der SPD, nicht nur auf Bundesebene, werden über die Ergebnisse unserer Arbeit im Hier und Jetzt bei den Kernthemen wahrgenommen werden. Sie entscheidet über die nächsten Wahlergebnisse.

Darüber hinaus dürfen wir die langfristige Akzeptanz der SPD, vor allem bei der jüngeren Generation, nicht aus den Augen verlieren. Auch die freut sich über den Bus, der kommt, die gut ausgestattete Schule und die bezahlbare Wohnung. Aber vor allem die Jüngeren fordern zu Recht mehr von uns.

Deswegen wird es Aufgabe der Partei sein, auch Antworten auf weitergehende Fragestellungen zu geben: Wie gestalten wir unsere Gesellschaft, damit sie widerstandsfähiger gegen die Feinde unserer Demokratie wird? Welche Teile unseres Lebens wollen wir eigentlich dem dauernden Konkurrenzdruck und dem privatwirtschaftlichen Profit dauerhaft entziehen? Wie verhindern wir, dass Europa eine digitale Kolonie der USA und von China wird? Wie sieht eine nachhaltige Industriegesellschaft aus? Hieran kann man ohne Kommunikationskonkurrenz zu den Kernthemen arbeiten.

Apropos 1887: August Bebel beschäftigte sich in seinem Werk „Die Frau und der Sozialismus“ nicht nur mit den Lebensbedingungen seiner Gegenwart, sondern plädierte auch epochenprägend für die Gleichberechtigung und außerdem für die Umstellung von Kohleverbrennung auf „Sonnen- und Erdwärme“. Beides sei Grundlage für kommenden Wohlstand. Machen wir es ihm nach! ■

Globale Kapitalismen

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Arno Brandt und Thilo Scholle



Spätestens mit der Wahl Donald Trumps zum 47. Präsidenten der Vereinigten Staat wurde die Globalisierung, wie wir sie bislang kennen, von einer neuen geopolitischen Formation abgelöst. Der Abschied vom Unilateralismus der USA hatte sich schon seit längerer Zeit angekündigt, aber dass die tektonischen Plattenverschiebungen am Ende mit solcher Wucht den Epochenbruch einleiten könnten, war von vielen Beobachtern entweder nicht gesehen oder aber verdrängt worden. Dieser Epochen-

bruch ist Ausdruck der Krise der Hyperglobalisierung, die mit der Finanzkrise von 2007/08 sichtbar wurde, aber die Ursachen der aktuellen Entwicklungen, die nun mit der Präsidentschaft von Donald Trump offen zutage treten, reichen noch weiter in die Vergangenheit zurück.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben sich tiefgreifende geopolitische Veränderungen ergeben. Nachdem es nach 1990 zunächst noch danach aussah, dass nur eine

einzigste Großmacht übrigbleiben würde, beobachten wir seit geraumer Zeit den Übergang von einer unilateralen zu einer polyzentrischen Weltordnung. Die Vereinigten Staaten, vormals als hegemoniale Supermacht tonangebend, haben ihre globale Vorherrschaft eingebüßt und sind inzwischen mit ihrem trumpistischen Regime drauf und dran, ihre seit dem Ende des 2. Weltkrieges etablierten Allianzen aufs Spiel zu setzen und der eigenen Volkswirtschaft und der demokratischen Ordnung schweren Schaden zuzufügen. Dabei geraten sie zunehmend in einen systemischen Wettbewerb mit der aufstrebenden Wirtschaftsmacht China, die sich mit eigenen geopolitischen Ambitionen zu Wort meldet. Russland verkörpert seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein politisch wie ökonomisch absteigendes Regime, dessen geopolitische Perspektive möglicherweise noch in einer Allianz im Rahmen der BRICS-Staaten liegt, ohne dort in Zukunft tonangebend zu sein. Inwieweit Europa in dieser geopolitischen Gemengelage eine Rolle spielen kann, ist noch offen, aber die EU ist aufgrund ihres ökonomischen Potenzials durchaus in der Lage, einen eigenständigen Part zu übernehmen. Zudem spielen die Tech-Konzerne im Kontext der geopolitischen Verschiebungen eine besondere Rolle. Diese versuchen sich nationalstaatlicher Regulierungen zumindest in den westlichen Staaten weitgehend zu entziehen. Ihre Kontrolle sozialer Medien und damit eines mittlerweile höchst relevanten Teils öffentlicher Kommunikation, ihr gigantischer Datenschatz sowie ihre Kontrolle auch über große Teile der Hardware eines sich digitalisierenden Kapitalismus etwa mit Blick auf Clouds und Rechenzentren machen sie zu eigenständigen Akteuren im globalen Kapitalismus.

„Globale Kapitalismen“ ist ein Begriff, der von uns verwendet wird, um die Vielfalt und Komplexität kapitalistischer Wirtschaftssysteme weltweit zu beschreiben. Anstatt Kapitalismus als ein einheitliches, überall gleich funktionierendes System zu verstehen, hebt der Begriff hervor, dass es verschiedene Formen des Kapitalismus gibt, die sich je nach regionalem, historischem, politischem und kulturellem Kontext unterscheiden. Sie werden auch durch das jeweilige Kräfteverhältnis zwischen

Kapital und Arbeit geprägt. Der Kapitalismus ist kein fester Kristall, sondern ein ständig in Umwandlung begriffener Organismus¹. Der Kapitalismus hat nicht nur auf der zeitlichen Achse gravierende Veränderungen durchlebt, sondern zeigt auch in räumlicher Hinsicht völlig unterschiedliche Gesichter. Ausprägungen eines kooperativen Kapitalismus wie in Teilen Europas sind etwas grundsätzlich Verschiedenes vom Kapitalismus trumpfistischer oder chinesischer Prägung.

Die gegenwärtige Krise der Globalisierung gestaltet sich heterogen. In ihr überschneiden sich geopolitische Spannungen, Klimakrisen, Pandemien wie auch massive Spannungen im Weltwirtschaftssystem, so dass das Ganze schlimmer ist als die Folgen der Einzelkrisen für sich alleine genommen². Die Formen der Krisenverarbeitung unterscheiden sich gegenwärtig jeweils nach Funktionsweise der in den einzelnen Weltregionen dominierenden kapitalistischen Regime. Im Wettbewerb dieser Regime schälen sich auch die Gewinner und Verlierer heraus, sodass ehemals hegemoniale Prosperitätssysteme von anderen abgelöst werden. Dieser Wettbewerb wird z.T. mit völlig ungleichen Mitteln ausgetragen. Der gegenwärtig von Donald Trump vom Zaun gebrochene Handelskrieg ist ein Beispiel dieser asymmetrischen Konfliktaustragung. Selbst die Führung von Kriegen zwischen den großen Blöcken ist wieder denkbar geworden.

Mit dem Schwerpunkt „Globale Kapitalismen“ wollen wir der Unterschiedlichkeit der regionalen Kapitalismusregime gerecht werden und den Versuch unternehmen, die politökonomische Tragfähigkeit der verschiedenen Wirtschaftsmodelle zu beleuchten. In diesem Zusammenhang spielt nicht zuletzt die Frage eine Rolle, ob es der EU trotz aller innerer Zerrissenheit gelingen kann, in dem sich weiter dynamisierenden Wettbewerb der sich ab-

1 Marx, K.: Vorwort zur ersten Auflage von „Das Kapital“, MEW 23, S.16

2 Tooze, A. (2022): Zeitenwende oder Polykrise? Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand, Willy Brandt Lecture 2022, Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Berlin, S. 23). Link: <https://willy-brandt.de/neuigkeiten/neuerscheinung-adam-tooze-zeitenwende-oder-polykrise-das-modelldeutschland-auf-dem-pruefstand/>

zeichnenden Machtblöcke eine Rolle auf Augenhöhe zu spielen.

Michael Krätke gibt einen umfassenden Überblick über die Geschichte der Globalisierung(en) seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Waren nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst die USA und die UDSSR die beiden hegemonialen Supermächte, setzte sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die USA als unilaterale Weltmacht im globalen Maßstab durch. Diese für eine lange Zeit unumstrittene Hegemonie befindet sich derzeit im Niedergang. Die aktuelle Weltlage ist instabil, multipolar und von Systemkonkurrenz geprägt. Der Kapitalismus hat sich global durchgesetzt, allerdings in verschiedenen regionalen Ausprägungen. In dieser unsicheren Übergangszeit stellt sich die Frage, wer die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts beherrschen wird oder ob es überhaupt eine dominierende Macht geben wird.

Nach *Kurt Hübner* steht Europa vor tiefgreifenden strukturellen Herausforderungen, die sich in einem „Sextett“ von Problemlagen zusammenfassen lassen: Sicherheitsbedrohungen durch geopolitische Umbrüche, Energiekrisen infolge des Ukraine-Kriegs, Produktivitätsschwäche im Vergleich zu den USA, Innovationsdefizite, wachsende soziale Ungleichheiten und ein zunehmender Rechtsruck im politischen Diskurs. Gleichzeitig untergräbt die Fragmentierung des politischen Raums der EU – bedingt durch nationalstaatliche Interessen und institutionelle Schwächen – die Möglichkeit eines kohärenten europäischen Wachstumsmodells. Angesichts globaler Machtverschiebungen und der Selbstschwächung der USA könnte Europa seine Stärken strategisch nutzen. Kurt Hübner skizziert vor diesem Hintergrund, welche zentralen Bausteine ein nachhaltiges europäisches Wachstumsmodell umfassen müsste.

Arno Brandt analysiert die Entwicklung und die Auswirkungen des Trumpismus in den USA. Der Trumpismus ist eine politische Bewegung mit ideologischen Wurzeln im Nationalismus, evangelikalem Fundamentalismus, ethnischer Identitätspolitik und wirtschaft-

lichem Libertarismus. Diese Konstellation speist sich aus tiefgreifenden sozioökonomischen Ungleichheiten, die vor allem durch die Hyperglobalisierung entstanden sind. Vor dem Hintergrund geopolitischer Machtverschiebungen – insbesondere der Herausforderung durch China – verfolgt Trump eine nationalistische Wirtschaftspolitik (MAGA), die sowohl nach innen als auch nach außen protektionistisch agiert. Arno Brandt geht davon aus, dass der Trumpismus als destruktives Projekt ökonomisch und politisch scheitern und damit die Erosion der globalen Führungsrolle der USA weiter beschleunigen wird.

Lia Musitz ordnet in ihrem Beitrag zum chinesischen Staatskapitalismus die Wirtschaftspolitik jenseits der neo-klassischen „Markt-Staat“-Gegensätzlichkeit ein. Das aktive, direkte Eingreifen des Staates in den Markt und das Agieren der Staatsunternehmen als Marktakteure steht hierfür als Chiffre. Diese Sichtweise greift jedoch zu kurz. Leitend für ihre Darstellung ist hingegen die Frage, welche Zielsetzung der Staat mit seinem Handeln verfolgt. Nach Lia Musitz sind staatliche Unternehmen in China nicht lediglich Befehlsempfänger, sondern selbst wichtige Akteure, die in einem verschachtelten System von Kommunikation und Planung ihre ökonomischen Gestaltungsspielräume in beide Richtungen nutzen.

Joachim Schuster analysiert in seinem Beitrag die BRICS-Gruppe als Ausdruck einer neuen multipolaren Weltordnung. Entgegen westlicher Befürchtungen sind die BRICS kein homogener antiwestlicher Block, sondern ein loses Bündnis sehr unterschiedlicher Staaten mit gemeinsamen Interessen – insbesondere dem Wunsch nach größerer globaler Gleichberechtigung. Trotz interner Differenzen vereint die BRICS-Mitglieder die Kritik an der westlichen Dominanz und die Unzufriedenheit mit bestehenden globalen Institutionen wie Weltbank und IWF. So strebt BRICS Reformen in der Entwicklungsfinanzierung und im internationalen Währungssystem an – auch wenn Versuche zur Etablierung einer gemeinsamen Währung bisher scheiterten.

Christoph Scherrer blickt in seinem Artikel auf die gegenwärtige und zukünftig absehbare Umgestaltung der globalen Lieferketten. Während vielfach die Veränderungen der Weltwirtschaft als bloße Folgen weltpolitischer Ereignisse beschrieben werden, nutzt Christoph Scherrer zur Analyse der Veränderungen den – vermutlich hinlänglich bekannten – Machtressourcenansatz aus der Gewerkschaftsforschung. Dabei zeigt er auf, dass es bislang - im neoliberalen Weltwirtschaftssystem - in erster Linie weltweit agierende Großkonzerne waren, die ‚ihre‘ Lieferketten formten – immer entlang der ihnen zur Verfügung stehenden Machtressourcen. Heute, unter gewandelten Vorzeichen, sind es zunehmend die mächtigen Staaten, die insbesondere durch die ihnen zur Verfügung stehende institutionelle Macht diese Lieferketten nach eigenen Vorstellungen umformen. ■

Alte und neue Welt(un)ordnungen

von Michael R. Krätke



⇒ Michael R. Krätke studierte Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaft in Berlin und Paris, lehrte Soziologie in Berlin und Bielefeld und Politikwissenschaft in Kassel, war Professor für Politische Ökonomie an der Universität von Amsterdam, an der Universität Lancaster (UK) und an der Tohoku Universität in Sendai, Japan. Von 2009 – 2011 war er Direktor des Institute of Advanced Studies in Lancaster. Gegenwärtig Emeritus und Professor für Politische Theorie an der Universität von Wuhan, VRChina. Hat neben zahlreichen Aufsätzen in Zeitschriften und Sammelbänden etliche Bücher zur Politischen Ökonomie veröffentlicht und war an mehreren internationalen Forschungs- und Editionsprojekten beteiligt (u.a. an der MEGA2). Arbeitet seit vielen Jahren auch als Wirtschaftsjournalist für deutsche, schweizerische und französische Zeitungen. Lebt in Amsterdam

Foto: © privat

Wer erinnert sich noch an Fritz Sternberg? In den ersten zwei Jahrzehnten der alten Bundesrepublik war er einer der wichtigsten Ideengeber der Linken. Ein unabhängiger Kopf, Marxist, Linkssozialist, der Analysen zum Zustand der Welt vorlegte, die gehört und gelesen wurden. Zeitweilig war er für die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie vielleicht sogar wichtiger als die Sozialphilosophen der Frankfurt Schule.¹ Sein bekanntestes und einflussreichstes Buch trug den Titel „Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts?“. In den Hochzeiten des Kalten Kriegs kam es heraus, 1961, und wurde rasch mehrfach aufgelegt.² Jeder wusste, was gemeint war:

Wer würde in diesem globalen Wettstreit der zwei Blöcke obsiegen, der „Westen“ mit den USA als Führungsmacht, oder der „Osten“, mit der Sowjetunion als Führungsmacht? Die damals sogenannte „Dritte Welt“, die sich im gleichen Jahr 1961 in Belgrad als „Bewegung der blockfreien Staaten“ organisierte, spielte keine entscheidende Rolle. Noch nicht, denn Sternberg sah den Aufstieg Chinas und Indiens zu Weltmächten voraus. Ebenso wie er den Niedergang Europas, das für mehr als drei Jahrhunderte die Welt beherrscht hatte, klar konstatierte.

Die Welt des Kalten Kriegs, die Sternberg vor Augen hatte, war relativ einfach strukturiert. Zwei Machtblöcke, die um die Weltherrschaft kämpften, plus einige Großmächte, die sich aus dem Kampf nicht heraushalten konnten. In allen Ländern fanden rasche Veränderungen statt, aber im Blick auf die relevanten Machtressourcen konnte keine Seite, keine Weltmacht die Oberhand gewinnen. Also lautete Sternbergs Fazit: Weder die USA noch die Sowjetunion würden die Welt beherrschen, und China auch nicht: „kein einziger Staat wird die Welt beherrschen“.³ Es kam bekanntlich anders. Der Kalte Krieg endete 1989/90 mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums, der als Sieg des „Westens“ gesehen und gefeiert – oder als „größte geopolitische Katastrophe“ beklagt wurde. Auch wenn die USA nicht allein gesiegt hatten, für einige Jahre und Jahrzehnte stiegen sie zur einzigen und global tonangebenden Weltmacht auf.

Dieses Regime der unangefochtenen Hegemonie und Supermachtstellung der USA ist an sein Ende gekommen. Mit ihm das System von multilateralen Institutionen mit globaler Reichweite, die nach 1945 zunächst im Blick auf die Ordnung des Welthandels und Weltgeldes gebaut worden waren. Die sogenannten „Bretton Woods Institutionen“ IWF, Welt-

1 Auch wenn einer ihrer Protagonisten, Adorno, häufiger als Sternberg öffentlich, d.h. im Radio, zu hören war. Kaum jemand erinnerte sich damals – wie heute – daran, dass auch der junge Fritz Sternberg in den ersten Jahren des Frankfurter Instituts zu dessen Mitarbeitern gehört hatte. Wolfgang Abendroth dagegen hatte weit größere Mühe, Gehör zu finden, Leo Kofler blieb zeitlebens eine Randfigur, weil er die Kunst, mit den linken Wölfen zu heulen, partout nicht lernen wollte. Siehe zu Sternberg auch Helga Grebing/Klaus-Jürgen Scherer (Hrsg.), Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus: Fritz Sternberg - Wissenschaftler, Vordenker, Sozialist, 2017.

2 Siehe Fritz Sternberg, Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts?, Köln-Berlin 1961. Zu diesem Buch gehört auch ein weiteres: Fritz Sternberg, Wie stoppt man die Russen ohne Krieg? Stuttgart 1950.

3 Fritz Sternberg, Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, 1961, S. 331.

bank, GATT, später WHO) bestanden weiter, definierten sich zum Teil neu – und nahmen bis dato außenstehende Rivalen wie China als Mitglieder auf. Kurz, die Pax Americana, die vier Jahrzehnte lang nur für den „westlichen“ Teil der Welt (und für einige, doch nicht alle Länder der sogenannten „Dritten Welt“) gegolten hatte, wurde auf die ganze Welt erweitert. Sie erfreute sich, wenigstens für knapp zwei Jahrzehnte, einer wachsenden Beliebtheit. Alle wollten dazugehören und daran teilhaben. Für die Volksrepublik China war es nach der offiziellen Anerkennung der Ein-China-Politik in den 1970er Jahren, der größte außenpolitische Erfolg, nach 15 Jahre dauernden Verhandlungen am 11. Dezember 2001 der Welthandelsorganisation beitreten zu können. Erst damit war die 1978 begonnene Politik der Öffnung und Reintegration Chinas in die Weltwirtschaft abgeschlossen.

Diese neue Weltordnung, die jetzt in allen Fugen kracht, trug noch unverkennbar Spuren der alten. Von Anfang an und bis heute zeigt die größte und wichtigste ihrer Institutionen, die Vereinten Nationen mit ihren zahlreichen Unterorganisationen, ein Doppelgesicht. Neben der Vollversammlung als dem obersten Organ, in dem alle Mitgliedsstaaten als gleichberechtigt gelten und jeder Mitgliedsstaat gleiches Stimmrecht (d.h. eine Stimme, unabhängig von Größe, Wirtschaftskraft oder Bevölkerungszahl) hat, steht der Sicherheitsrat, ein Gremium, in dem eine Handvoll von Großmächten mit Weltmachtanspruch per Mehrheit entscheiden und jede einzelne dieser Großmächte das Privileg genießt, per Veto jede Entscheidung des Rats blockieren zu können. De facto spielen das höchst unterschiedliche wirtschaftliche Gewicht der Mitgliedsstaaten doch eine Rolle, weil die UN von den Mitgliedsbeiträgen ihrer Mitglieder abhängt, die natürlich nicht gleich sind.

Die gegenwärtige Weltlage ist unübersichtlich, weil sie im Fluss und höchst instabil ist. In einigen Teilen der Welt befinden wir uns im Krieg, auch in Europa, obwohl das auch nach über zehn Jahren viele Linke nicht wahrhaben wollen. Ein neuer Weltkrieg ist heute viel eher möglich als je zuvor in den vergangenen 80

Jahren. Krieg zu führen, militärisch in anderen Ländern zu intervenieren, auch mit dem Ziel des erzwungenen Regimewechsels, war seit dem Untergang des Sowjetblocks das Privileg der USA, der einzigen militärischen Supermacht. Inzwischen gilt das nicht mehr. Andere Großmächte mit Welt- oder Supermachtanspruch wie das heutige Russland und die Volksrepublik China haben den Krieg gegen andere Staaten wieder zum legitimen Mittel der Politik erklärt. Russland führt einen großen Krieg in Europa und bereitet weitere Kriege vor. Gleichzeitig haben die USA zwar nicht ihren Führungsanspruch verloren, wohl aber die Fähigkeit, ihren politischen Willen überall durchzusetzen.⁴

Wir befinden uns in einer Übergangsperiode, mit unsicherem Ausgang. Eine Transition von bekannten zu unbekanntem Weltlagen, in der jede möglich Ordnung umkämpft ist und keine neue Ordnung als machbar und legitim erscheint. Weder die unipolare unter Führung einer unumstrittenen Supermacht, die als Hüter der Weltordnung (mithin als Weltpolizist) agieren kann und will. Noch die multipolare, die das „Konzert der Großmächte“, welches im Europa des 19. Jahrhunderts bestand (allerdings schwach institutionalisiert) und mehr oder weniger das gesamte Weltgeschehen dirigieren konnte, wieder herstellen soll. Diesmal global, als Koexistenz der großen Weltmächte, die in ihren wechselseitig anerkannte Einflusszonen schalten und walten können, wie es ihnen beliebt. Noch halten zahlreiche Mächte, vor allem im globalen „Westen“ dagegen und versuchen, die auf den anerkannten Regeln des Völkerrechts gegründete internationale Ordnung zu verteidigen. Zugleich durchleben wir eine Periode der großen und kleinen Transformationen, während der die kapitalistische Produktionsweise, wie wir sie kannten, gründlich umgemodelt wird. Vor allem der Abschied von der bisherigen Energie- und Rohstoffbasis ist auf die Dauer unvermeidlich und unumkehrbar, das Zeitalter des fossilen Kapitalismus, das mit der mit Steinkohle und Dampf

4 Ein Grund dafür ist die gewachsene Unabhängigkeit vieler treuer Verbündeter der USA, die verstärkt auf ihre Souveränität pochen (vgl. Carlo Masala, Weltunordnung. Die globalen Krisen und die Illusionen des Westens, 8. Auflage, München 2023, S. 79f.

betriebenen ersten industriellen Revolution begann, ist unwiderruflich vorbei. Wie nach aller Erfahrung zu erwarten, ist dies eine Periode der großen und kleinen Krisen, die uns immer wieder überraschen bzw. einholen.

Eines allerdings ist gewiss und wird von keinem Beobachter des Weltgeschehens ernsthaft bestritten: Mit dem Zusammenbruch und der Auflösung des Sowjetimperiums und seiner Vasallen hat der Kapitalismus weltweit gesiegt. Nicht in einer universellen, weltweit gültigen Form, sondern in vielen nationalen und regionalen Spielarten. Die Kämpfe und Rivalitäten unserer Zeit spielen sich zwischen kapitalistischen Ländern und Mächten ab.⁵ Russland, China und Indien, ebenso wie die übrigen „Schwellenländer“ von einigem Gewicht, bringen nur unterschiedlich geartete Varianten des Kapitalismus hervor. Der Kapitalismus scheint heute zum ersten Mal seine historische Mission erfüllt zu haben: Die Mission, die ganze Welt in einen Markt zu verwandeln, den Weltmarkt und mit ihm eine durch und durch kapitalistische Weltwirtschaft herzustellen. Alle anderen, denkbaren oder historischen Wirtschaftsweisen, alle „nichtkapitalistischen“ oder „vorkapitalistischen“ Milieus gehören der Vergangenheit an. Post-kapitalistische, gar sozialistische, kommunistische Rivalen sind nicht in Sicht, jedenfalls nicht als staatlich organisierte Mächte.

Geschichte und Gegenwart

Um den aktuellen Stand der Dinge zu begreifen, kann man auf die bewegte Geschichte des Kapitalismus zurückgreifen. Als Orientierungshilfe bieten sich an: Die Geschichte der großen und kleinen Krisen bzw. der kommerziellen, industriellen und finanziellen Zyklen, die die Geschichte des Kapitalismus seit Beginn des 19. Jahrhunderts prägen. Zweitens die Geschichte der aufeinanderfolgenden Wellen der Globalisierung, also der langfristigen kapitalistischen Expansion, der allmählichen in Sprüngen, mit Brüchen und Rückschlä-

gen erfolgenden Herstellung eines veritablen Weltmarkts. Beides hängt zusammen, die Geschichte des Kapitalismus ist eine Geschichte der Krisenzyklen, die „lange Wellen“ der Innovation, diverse technologische und industrielle Revolutionen, verschiedene Perioden der Expansion in unterschiedlichen Formen (z.B. verschiedene Arten des Kolonialismus und des Imperialismus) einschließt⁶. Drittens kann man dem Vorschlag folgen, die Geschichte des Kapitalismus als Abfolge von hegemonialen Zyklen zu sehen, die jeweils vom Aufstieg und Niedergang einer bestimmten Hegemonialmacht geprägt werden. Diese Sicht der Dinge hat den Vorteil, die Entwicklung des Kapitalismus mit der Entwicklung, dem Aufstieg und Niedergang von Staaten und Staatensystemen zu verknüpfen. Zu Recht, denn die Staaten (in unterschiedlichen Formen, von den Stadtrepubliken, über die Imperien bis zu modernen Nationalstaaten) waren immer eine, zeitweilig die dominante, treibende Kraft der kapitalistischen Entwicklung.

Globalisierung und kein Ende?

Tatsächlich gab es nicht eine Globalisierung in der Geschichte des modernen Kapitalismus, sondern deren viele.⁷ Immer wieder unterbrochen von Perioden des Abbruchs, der Deglobalisierung. Es kommt daher darauf an, sich auf die spezifischen Besonderheiten der jeweils jüngsten Phase der Globalisierung zu besinnen.

Rudolf Hilferding hat schon 1910, in seinem bahnbrechenden Buch über das „Finanzkapital“, den Zusammenhang von Finanzialisierung und weltweiter Expansion (alias Globalisierung) des Kapitalismus klar gemacht. Die neuen Formen des hybriden Kapitals, in denen alle zuvor besonderen Kapitalsorten (Industrie-, Handels-, Boden- und Bankkapital) verbunden, folglich die zuvor geschiedenen Fraktionen und Gruppen von Kapitalisten in ganz anders gestrickte, mehr oder

5 Insofern gilt noch immer die alte Marxsche Einsicht, dass sich auf dem Weltmarkt die verschiedenen Arten des Kapitalismus, kapitalistische Länder mit unterschiedlichem Entwicklungsgrad und unterschiedlicher politischer Gestaltung der Märkte und anderer Basisinstitutionen aufeinandertreffen.

6 Diese kombinierte Geschichte reicht weiter zurück, bis ins 16. Jahrhundert, in dem der moderne Welthandel (der im sogenannten Mittelalter seine Vorgänger hatte) durch die koloniale Expansion mehrerer europäischer Großmächte hergestellt wurde.

7 Siehe Michael R. Krätke, Marx und die Weltgeschichte, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Hamburg 2016, S. 133 – 177.

weniger organisierte, mehr oder weniger klar abgegrenzte Gruppen sich verbinden, neue Hierarchien, ja regelrechte Oligarchien bilden, neue Verbindungen knüpfen. Die Vorherrschaft des Finanzkapitals als einer hybriden und höchst ausdehnungsfähigen Form des Kapitals beschleunigte die Expansion und Akkumulation des Kapitals, weil sie imstande war, alle altbekannten zeitlichen und räumlichen Grenzen sei es zu überspringen, sei es zu verschieben, sei es zu umschiffen.⁸ Zwei Gründe gab es dafür, die bis heute eine zentrale Rolle spielen. Erstens die Mobilisierung allen verfügbaren Kapitals weit über die Grenzen individuellen Privateigentums hinaus und dazu die Mobilisierung aller Geldvermögen und Ersparnisse, die eingesammelt und direkt in Kapital verwandelt werden konnten. Zweitens die Etablierung neuer hybrider Formen des Kapitals und neuer Formen kapitalistischer Unternehmen, die gegenüber den Besonderheiten der Kapitalarten ebenso gleichgültig waren wie gegenüber den Besonderheiten der Industrie- oder Handelszweige bzw. -sektoren. Das neue Finanzkapital, Arm in Arm mit den neuen Großkonzernen, die bald multinational zu agieren gelernt hatten, konnte alles und machte alles. Die Unterschiede zwischen Industrie-, Handels-, Boden- und Bankkapital (die analytisch nach wie vor bestanden) spielten für die praktischen Kapitalisten im kapitalistischen Alltagsgeschäft keine Rolle mehr bzw. wurden immer unwichtiger.⁹ Heute wissen wir, dass ein weltweit agierender Großkonzern wie z.B. Siemens gleichzeitig ein High-Tech-Industrieunternehmen, ein Dienstleistungsunternehmen, ein Handelsunternehmen und eine weltweit agierende Bank ist. Hilferding war noch der Ansicht, das Finanzkapital würde Expansion in einer Form des Kolonialismus betreiben, wie sie damals im Schwange war. Alle kapitalistischen Mächte lieferten sich einen Wettlauf um die Kolonisierung des Rests der Welt. Oft unter dem Druck der Rivalen, die ihre kolonialen Reiche gegen ausländisches Kapital abschotteten. Kolonialpolitik, impe-

riale Expansion galt als Fortsetzung der Weltmarktkonkurrenz mit politischen Mitteln. Jahrzehnte später wissen wir, dass die globale Expansion ohne Kolonien, in dekolonisierten Ländern genauso gut, wenn nicht viel besser vonstatten geht.

Die Globalisierungsdebatte litt von Anfang an unter falschen Prämissen und mangelnder Faktenkenntnis. Heute weiß man: Die eine „Globalisierung“ gab es nie, und zu keiner Zeit verlief sie linear. Folglich gab es erhebliche qualitative Unterschiede zwischen den verschiedenen Perioden der Globalisierung.¹⁰ Der globale Markt, der vor dem Ersten Weltkrieg bestand, war von dem globalen Markt, der nach dem Zweiten Weltkrieg neu hergestellt wurde, institutionell, formell, nach Art und Reichweite verschieden.

Eine kurze Geschichte der Krisen im Kapitalismus

Den Zeitgenossen galt das Phänomen als Epoche machend. Einzelne Krisen hatte es zuvor schon gegeben, aber nie eine solche regelmäßige Abfolge von Krisen. Die man daher erwarten und voraussagen konnte nach dem Motto „die nächste Krise kommt bestimmt“.¹¹ Seit 1825 bewegte sich die kapitalistische Ökonomie in einer neuen, zyklischen Form. Einer Abfolge von Aufschwung, Prosperität oder Boom, Krise und Depression, die sich innerhalb einer Periode von sieben bis zehn Jahren regelmäßig wiederholte. Jedenfalls in Großbritannien und in den europäischen Ländern, die mit der britischen Industrie enge Handelsbeziehungen unterhielten - später auch in den Kolonialländern. Im Jahre 1857/58 trat die erste veritable Weltkrise des industriellen Kapitalismus ein, die, ausgehend von den industriellen Zentren Englands, nach und nach die gesamte kapitalistische und dann auch die koloniale Peripherie des europäischen Kapitalismus erfasste. Kurz darauf, im Jahre 1866,

8 Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus*, Frankfurt a.M. 1968 [1910].

9 Dank der neuen hybriden Formen des Kapitals konnten Kapitalisten auf allen Hochzeiten, die der Kapitalismus zu bieten hatte, gleichzeitig mitanzeln. Das tun sie noch heute.

10 Vgl. Michael Krätke, *Eine Globalisierung oder viele? Zur langen Geschichte des großen Weltmarkts*, in: Marcel van der Linden / Christoph Lieber (Hrsg.), *Kontroversen über den Zustand der Welt*, Hamburg 2007, S. 131 – 151.

11 Erst spät im 20. Jahrhunderts, in der Nachkriegszeit der dreißig glorreichen Jahre, konnte sich der Glaube an eine „immerwährende Prosperität“, also an die endgültige Überwindung der Krisen, breit machen.

sah man die erste Weltfinanzkrise, die alle Börsen erfasste. Wenig später änderte sich dieses Muster, mit der ersten großen Depression, die 1873 begann und erst 1895 endete. Zeitgenossen wie Friedrich Engels befürchteten, der industrielle Kapitalismus sei in eine Phase andauernder Stagnation und mehr oder minder chronischer Krise hineingeraten, die Zeiten der Prosperität seien dahin. Dem war nicht so. Der kurze Krisenzyklus kam zurück. Aber die nächsten großen Krisen ließen nicht lange auf sich warten. Für das 20. Jahrhundert war die große Weltwirtschaftskrise (oder die zweite große Depression), die 1929 begann, das prägende Ereignis. Ihre Lehren wurden zum Leitfaden für den Aufbau einer Nachkriegsordnung der kapitalistischen Weltwirtschaft, für die die Konferenz von Bretton Woods im Juli 1944 steht. Diese Nachkriegsordnung, von den USA und Großbritannien eingeführt und durchgesetzt, führte zu einer fast dreißig Jahre währenden Prosperität, die das Leben im „globalen Westen“, in Europa und in Nordamerika bestimmte. Eine Periode, die an ihr Ende kam und in den 1970er Jahren in eine neue große Krise mündete. Diese dritte große Krise wurde zeitweilig überwunden. Aber die neue Phase der rasanten Expansion, die mit der Zeitenwende von 1989/90 begann, hat wieder in eine große Krise – die vierte – geführt, mit deren Nachwehen wir heute zu tun haben.

An diese Kurzfassung der Krisengeschichte des Kapitalismus lässt sich eine Lehre knüpfen: Auf jede große Krise des Kapitalismus folgte bisher eine Periode der Transformation. Nach der ersten großen Depression sah der Kapitalismus in Europa und Amerika ganz anders aus als zuvor, wie die Zeitgenossen konstatierten. Mit der neuen, langen Prosperität hatte die Epoche der Großkonzerne, der kapitalistischen Assoziationen, des Finanzkapitals begonnen. Die Debatten zwischen den Sozialisten im ausgehenden 19. und im 20. Jahrhundert - angefangen mit dem heute so genannten Revisionismusstreit, der in Wahrheit eine Debatte um die Art der Strukturveränderungen des Kapitalismus während der und infolge der großen Krise war – drehten sich genau um diese Frage der großen (und kleinen) Transformationen: Wie hatte sich der

Kapitalismus verändert, mit welchen Folgen für die Zukunft, d.h. den Fortgang der kapitalistischen Entwicklung. Und welcher Logik folgten diese Transformationen. Viele Sozialisten meinten, die kapitalistische Entwicklung würde ihnen in die Hände arbeiten und einer neuen, postkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung den Boden bereiten. Danach sieht es gerade nicht aus. In unserer kollektiven Erinnerung dominieren die jeweils jüngsten und letzten Krisen. Und die Erinnerung an diese Krisen - die Weltfinanzkrise von 2007 bis 2011 und die Pandemie-Krise der Jahre 2020 bis 2023 – beherrscht die aktuellen Debatten. Ebenso wie die Erinnerung an die großen Kriege der Vergangenheit. Erinnerungen können täuschen. Als am 19. Oktober 1987 die New Yorker Börse einen Crash hinlegte, wollten viele sogleich eine Parallele zum Schwarzen Oktober des Jahres 1929 herstellen, dem Tag, an dem ein Börsenkrach in New York die zweite große Depression (bei uns bekannt als „Weltwirtschaftskrise“, obwohl es deren seit 1857 mehrere gab) einleitete. Trotz aller Unkerei, der Börsenkrach von 1987 wurde rasch überwunden, er war nicht der Auftakt zu einer neuen Weltwirtschaftskrise. Aber es begann eine lange Periode der Finanzkrisen, in der Regel folgte alle drei Jahre eine neue, die meisten waren regionale Krisen, alle hatten das Potential, zu Weltkrisen zu werden. Denn die großen Börsen der Welt waren seit den 1980er Jahren immer besser und immer enger miteinander vernetzt und verflochten, mit dem Internet entstand ein globales Netzwerk von Finanzmärkten, auf denen rund um die Uhr an jedem Tag gehandelt werden konnte.¹²

Auf die Krise der US-Sparkassen in den siebziger und achtziger Jahren und die zahlreichen lateinamerikanischen Schuldenkrisen der 1980er Jahre, folgte der Warnschuss des Börsenkrachs von 1987 in den USA. Gefolgt von der großen Finanzkrise in Japan zu Anfang der 1990er Jahre. Kurz darauf die im Wesentlichen noch auf Mexiko beschränk-

¹² Der sogenannte Big Bang in der City of London, die radikale Deregulierung der Londoner Finanzmärkte, die durch Aufhebung zahlreicher, seit 1956 bestehender gesetzlicher Regeln und Kontrollen am 27. Oktober 1986 erfolgte, gilt als das Ereignis, was die anschließende Welle der globalen Finanzmarktexpansion und der „Finanzialisierung“ des Kapitalismus in Gang brachte.

ten Finanzkrise 1994/95, die Asienkrise 1997 und 1998, die Russlandkrise 1998 und 1999, die Brasilienkrise 1999, die Argentinienkrise 2000, die von einer platzenden Spekulationskrise ausgelöste Dotcom-Krise, die 2000 begann und bis 2002 anhielt. Die schöne neue Finanzwelt des globalen Kapitalismus wuchs und florierte trotzdem, von Krise zu Krise. Was schließlich in der großen Weltfinanzkrise, die in den USA 2007 begann und sich in vielen Ländern fortsetzte. Schließlich folgte die, fälschlich sogenannte, Euro-Krise, die 2010 in Griechenland begann, zahlreiche europäische Länder erfasste und nur durch staatliche Rettungsaktionen beendet wurde, welche wiederum den Keim neuer Finanzkrisen in sich trugen. An den Folgen laborierten die betroffenen Länder noch lange.¹³ Die Bankenkrise in Japan, in den USA und in Europa erwiesen sich als besonders langwierig, während die eigentlichen Börsencrashes nur zeitweise Unterbrechungen der Börsenkonjunktur darstellten. Soweit messbar und statistisch erfasst, betrug die Einbrüche, die die kapitalistischen Länder durch die diversen Finanzkrisen erlitten (gemessen in Wachstumsverlusten) zwischen 10 und mehr als 50 Prozent.¹⁴

Vor kurzem, im April 2025, haben wir wieder eine heftige und weltweite Börsenkrise erlebt, ausgelöst durch die irrwitzige Zollpolitik von Donald Trump. Die berechtigte Angst vor einem Zusammenbruch des Welthandels, trieb die Börsianer in die Panik. Kurz davor, im März 2023, trieb die drittgrößte Bankenkrise in der Geschichte der USA ihre Blüten, drei große US-Bankhäuser kollabierten. Wie man sieht: Wir stecken nach wie vor in der Periode immer wiederkehrender Finanzkrisen. Die aktuelle Übergangsperiode der Transformation des Kapitalismus ist in vollem Gang,

Ausgang offen. Die Akkumulation des globalen Kapitals scheint zu stocken, obwohl alle Beschleunigungsfaktoren unvermindert wirksam sind. Das fiktive Kapital in allen Formen, das Finanzkapital in alten und neuen Formen, multinationale Konzernnetzwerke, die an internationalen (wenn auch keineswegs immer globalen) Liefer- und Wertschöpfungsketten hängen, alle sind präsent wie zuvor. Die aktuelle technologische Revolution, die die Energie- und Rohstoffbasis erfasst hat und von der rasanten Fortentwicklung digitaler Techniken getrieben wird, hält uns in Atem. Die Konkurrenz um Innovationen, um die jeweils fortgeschrittensten Versionen der avanciertesten Technologien, tobt weltweit. Erlahmt ist dagegen der bisherige Treiber der beschleunigten Akkumulation: die Expansion von Welthandel und Weltverkehr. Alle größeren Finanzkrisen der jüngsten Vergangenheit wuchsen sich zu Weltkrisen aus, sobald und so weit wie sie den Welthandel erfassten und zu merklichen Einbrüchen im globalen Handel führten.

Die neue Systemkonkurrenz

Im historischen Vergleich mit allen Vorgängern sind die USA die erste Großmacht mit kapitalistischer Ökonomie, die sich als Hegemonialmacht mit globaler Reichweite etablieren konnte.¹⁵ Was keiner der früheren kapitalistischen Großmächte mit imperialer Reichweite, nicht einmal dem britischen Empire, je gelungen ist. Nach 1989/90 konnten sich die USA sogar als Hegemonialmacht ohne Rivalen, also als globales amerikanisches Empire etablieren.¹⁶ Wenn auch nur für kurze Zeit.

Chinas Aufstieg vom armen Entwicklungsland (mit großer imperialer Vergangenheit) zu einer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Weltmacht kommt einem Epos gleich. Virtuos bespielen Chinas Machthaber die Mär vom Aufstieg des hoffnungslosen Underdogs zur Weltmacht. Zur weltweiten Nummer zwei, die die derzeitige Nummer eins, die USA, in die Schranken weist und sie in absehbarer Zeit entthronen wird. Ein chinesisches Zeitalter steht

¹³ Es ist eine sehr deutsche und überaus bornierte Sicht, die von der Merkel-Regierung verbreitet wurde, dass die Finanzmarktkrise rasch wieder vorbei war und sich nie zur großen Krise auswachsen konnte. Die Krise war in Ländern wie Griechenland im Jahre 2009 keineswegs vorbei. Sie dauerte noch viele Jahre an, nicht zuletzt wegen der Folgen der brutalen Sanierungsaktionen, die dem Land aufgezwungen wurden.

¹⁴ Der IWF hat schon vor der Finanzkrise von 2007 eine Datenbank zu den Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte erstellt. Darin werden zwischen 1970 und 2007 nicht weniger als 124 Bankenkrise, 326 Währungskrisen und 64 Staatsschuldenkrisen erfasst, Börsencrashes wurden nicht mitgezählt. Vgl. Luc Laeven/Fabian Valencia, Systemic Banking Crises Database: An Update, IMF Working Paper WP 12 / 163, Washington 2012.

¹⁵ Siehe Ulrich Menzel, *Die Ordnung der Welt*, Berlin 2015.

¹⁶ Vgl. Ulrich Menzel, *Die Ordnung der Welt*, Berlin 2015, S. 833ff, 947ff.

uns bevor, da es China gelang, alte Abhängigkeiten loszuwerden. Die Rolle der „Werkbank der Welt“ hat das Land eine Zeitlang erfolgreich gespielt. Doch „Chimerika“, die schiefe Symbiose Chinas mit den USA, in der die USA riesige Handelsdefizite mit der Volksrepublik führen, während die chinesische Zentralbank einen Hort US-amerikanischer Staatsanleihen anhäufte, ist Geschichte. Mit dem Start des Auf- und Ausbaus von interkontinentalen Handels- und Infrastrukturnetzen (auch bekannt als die „neue Seidenstraße“) hat China 2013 begonnen, in Kooperation mit mehr als 100 Ländern in Asien, Afrika und Europa, neuerdings auch in Lateinamerika, Welthandelsrouten, Liefer- und Wertschöpfungsketten unter seine Kontrolle zu bringen. Dank dieser neuen Verkehrs- und Handelswege ist China imstande, allen übrigen kapitalistischen Ländern weltweit erfolgreich Konkurrenz zu machen.

Chinas industrieller Aufstieg und die Ausweitung globaler Wertschöpfungsketten haben zu gigantischen Überkapazitäten in den neuen Industrieländern, gleichzeitig zum Abbau und Verlust industrieller Kapazitäten in den alten Industrieländern geführt. Ein Ungleichgewicht, das entweder durch eine große Wirtschaftskrise in China und einigen anderen asiatischen Ländern oder aber durch einen Wirtschafts- und Finanzkrieg der USA (und Europas) gegen die neuen Industrieländer bereinigt werden kann. Tatsächlich befinden wir uns im Wirtschaftskrieg, die Schuldnerländer gegen die Gläubigerländer. Die Institutionen, die einst erdacht und aufgebaut wurden, um derartige große Ungleichgewichte in den Zahlungs- und Leistungsbilanzen zwischen den Wirtschaftsnationen auszugleichen, erfüllen diese Funktion nicht mehr. Der IWF taugt in seiner heutigen Form nur noch dazu, mit Notkrediten überschuldete Staaten über Wasser zu halten. Da die eigentlich für die Mediation gedachten internationalen Organisationen wie die Welthandelsorganisation von einigen Großmächten, vor allem von den USA blockiert werden, heißt der Ausweg: Wirtschaftskrieg. Ein Wirtschaftskrieg, gleichzeitig Handels-, Finanz- und Währungskrieg, den die Trump-Regierung dem Rest der Welt jetzt erklärt hat. Dagegen müssen sich die üb-

rigen kapitalistischen Großmächte in Europa und Asien wehren, ob sie wollen oder nicht. Wirtschaftskriege, Embargos, Blockaden, Konfiskationen usw. haben immer zum Arsenal kriegführender Mächte gehört. Dass Wirtschaftskriege nun ohne gleichzeitigen Schießkrieg begonnen und geführt werden, ist neu und verstörend. Zur aktuellen Unübersichtlichkeit der Welt gehört das Faktum, dass die Frontlinien nicht eindeutig sind. Die Lager – hier Länder des demokratischen Kapitalismus, dort Länder des autokratischen Kapitalismus – sind nicht so klar definiert und die Akteure wechseln die Fronten alle naselang.

Wer beherrscht die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts?

Mitten in einer Zeit der beschleunigten Umbrüche, angesichts des Endes der kapitalistischen Weltordnung, wie wir sie kannten, und im Blick auf den Kampf der alten und der neuen Weltmächte um die Hegemonie, stellt sich Sternbergs Frage erneut: Wer, welche Macht oder welche Konstellation von Mächten wird diese Auseinandersetzung bestehen, wer wird als Sieger, als mehr oder weniger unangefochtene Weltmacht daraus hervorgehen? Wie wird die neue Ordnung aussehen? Wer kann durch die gegenwärtigen Turbulenzen hindurch eine solche Neuordnung ins Spiel bringen, wer kann es wagen, über die Erhaltung des Status quo bzw. die Rückkehr zum Status quo ante hinauszudenken und zu gehen?

Eine Weltordnung kann das kapitalistische Weltsystem gut gebrauchen, das haben die ersten Nachkriegsjahrzehnte gezeigt. Selbst eine negative Ordnung, auf der Grundlage gegenseitiger Abschottung und Abschreckung, kann den Weltfrieden weitgehend erhalten, das hat die lange Periode des Kalten Kriegs gezeigt. Aber ohne eine Hegemonialmacht ist eine neue Weltordnung oder eine Reform der alten schwer vorstellbar. Stellt sich die einfache Frage: Wer kann diese Rolle spielen?

Jemand muss sie spielen, sonst kehrt die Anarchie in der Staatenwelt zurück, die die Anhänger der „realistischen“ Schule der internationalen Politik für die natürliche Ordnung halten,

zu der jedes internationale System früher oder später zurückkehren muss. Das Experiment einer kapitalistischen Weltordnung, wie es nach 1945 versucht wurde, das Experiment einer transnationalen Ordnung auf einem Kontinent, wie es mit der Europäischen Union versucht wurde und noch versucht wird, diese Experimente sind ja nicht ein für alle Mal gescheitert. Jedenfalls nicht so, wie der Staatssozialismus oder der großrussische Imperialismus unter so-wjetischem Vorzeichen gescheitert sind.

China ist eine erfolgreiche Weltwirtschaftsmacht, die Supermacht USA militärisch herauszufordern, vermeidet das Reich der Mitte wohlweislich. Seinem traditionellen Selbstverständnis nach war und ist es wieder der ideale Hegemon der Welt. Russland ist wirtschaftlich alles andere als ein Schwergewicht, politisch höchstens eine Regionalmacht, allerdings eine mit extremer militärischer Schlagseite. Ein Militärstaat, beherrscht von Geheimdiensten und Mafias, mit Putin als Oberhäuptling, der Krieg führt und keinerlei Neigung zeigt, Frieden mit dem Rest der Welt zu machen. Russlands Großmachtanspruch beruht ausschließlich auf seinem Arsenal von Atomraketen und seiner Bereitschaft, Land und Volk ohne Rücksicht auf Verluste zu verheizen.

Auf der anderen Seite haben eine wachsende Zahl von Staaten auf allen Kontinenten sich zu mehr oder weniger weitgehenden Kooperationen zusammengefunden. Kooperationen, die über lockere, temporäre Allianzen hinausgehen. Die EU, ein einzigartiges Gebilde, das nationalstaatliche und suprastaatliche Macht kombiniert, ist das mit weitem Abstand wichtigste Beispiel dafür. Alle anderen regionalen, internationalen Zusammenschlüsse bleiben weit dahinter zurück. Die BRICS, von den USA argwöhnisch beobachtet, können zwar mit ähnlichen Staatenbünden wie der Afrikanischen Union, der Arabischen Liga, der OECD, dem Mercosur, der ASEAN mithalten. Sie können elitäre Staatenclubs wie der G7 herausfordern oder umfassendere Foren wie die G20 behindern. Eine neue Weltordnung erzwingen können sie nicht, trotz der Mitgliedschaft Chinas oder Brasiliens. Die EU dagegen hat das Zeug, von einer de facto wirt-

schaftlichen Weltmacht zu einer politischen Weltmacht aufzusteigen, wenn sie die Union vollendet bzw. um die noch fehlenden Teile (Bankenunion, Finanzunion, Steuerunion, Arbeitsmarktunion, Sozialunion, Verteidigungsunion) ergänzen kann. Die Weltmacht Europa könnte durchaus eine neue Weltordnung schaffen und garantieren. Denn die alte Regel gilt noch immer: Staaten, Groß-, Welt- oder gar Supermächten können nur andere Staaten oder Staatenbünde wirksam begegnen.

Auch angesichts des vielfach herbeigeschriebenen US-Niedergangs¹⁷, muss die entscheidende Frage lauten: Kann und will Europa eine Weltmacht werden – und kann Europa als Weltmacht eine hegemoniale Position erringen und behaupten? Auf dem Weg dahin wird Europa sich gründlich verändern müssen, die EU, wie wir sie kennen, ist für diese Rolle im Moment nicht bereit. Noch immer wird das Potential des formell vereinten Europas durch die über alles geliebte Kleinstaaterei gefesselt. Noch immer ist EU-Europa eine unvollendete, durch nationale Eitelkeiten gehemmte Union, als Weltmacht viel weniger handlungsfähig als sie es sein könnte. In der aktuellen Weltlage läuft uns die Zeit davon. Weil die Selbstzerstörung der Weltmacht USA unter der Herrschaft der neuen Isolationisten voranschreitet, fällt Europa die Führungsrolle im Rest-Westen zu, ob es das will oder nicht. Als vergleichsweise sanfter Hegemon mit einer Lebensweise, die kaum an Attraktivität eingebüßt hat, wäre Europa geeignet, die USA abzulösen, wenigstens für einige Zeit. Europas Vergangenheit als Kolonialmacht liegt weit zurück, durch militärische Interventionen ist Europa nach 1945 immer seltener unangenehm aufgefallen. Als Wirtschaftsmacht, als Heimat eines demokratisch verfassten, regulierten Kapitalismus, versehen mit einer ganzen Reihe von Modellen des Wohlfahrtsstaats, die dem Furor der Neoliberalen noch immer widerstehen, so tief sind sie im Bewusstsein und im Alltagsleben der Europäer verankert, wäre das vereinte Europa nicht der schlechteste Kandidat. ■

¹⁷ Leo Panitch und Sam Gindin haben diesem linken Lieblingsmythos schon vor einigen Jahren energisch widersprochen. Vgl. Leo Panitch / Sam Gindin, *The Making of Global Capitalism. The Political Economy of American Empire*, London – Brooklyn 2012.

Ein neues Wachstumsregime am europäischen Horizont?

von Kurt Hübner



⇒ Prof. Dr. Kurt Hübner, 1953, Direktor des Instituts für Europastudien an der Universität von British Columbia in Vancouver/Kanada. Hübner ist Professor für europäische Integration und internationale Politische Ökonomie.

Foto: © privat

Turbulenzen und Realitäten

Wir leben in turbulenten Zeiten. Turbulenzen mögen vergehen, aber viele der angerichteten Schäden werden bleiben. Grund genug also,

die strukturellen Änderungen genauer zu betrachten und wirtschaftspolitische Strategien zu diskutieren. Mit Blick auf Europa und die Europäische Union lassen sich die strukturellen Problemlagen als Sextet darstellen (Grafik 1). Russlands Invasion der Ukraine und die Kehrtwende der US-amerikanischen Geopolitik haben die transatlantische Zusammenarbeit in der militärischen Sicherheitspolitik grundlegend infrage gestellt. Europa hat sich entschieden, militärisch so weit als möglich auf eigenen Beinen zu stehen und entsprechend eine Reallokation finanzieller Ressourcen zugunsten nationaler Verteidigungsindustrien eingeleitet. Gleichzeitig hat der Krieg Russlands die bis dahin verfolgte Energiestrategie vieler europäischer Staaten zu-

Grafik 1: Strukturelle Problemlagen in Europa

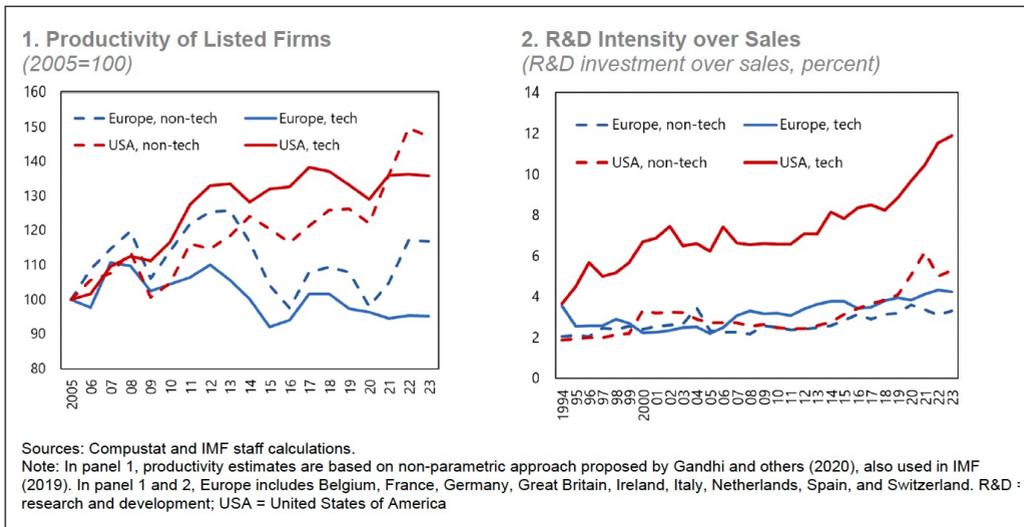


nichte gemacht. Der Draghi-Report zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit (2024) hat das Verdienst, die weithin bekannte, aber oft verleugnete Entwicklung einer zunehmenden Kluft zwischen den USA und Europa in das politische Rampenlicht gebracht zu haben. Ein Kern des Problems hat mit der relativen Produktivitätsschwäche der EU zu tun.

Eine kleine Zahl von Ökonomien der EU hat eine ausgezeichnete Entwicklung der Stundenproduktivität, aber die Mehrheit ist diesbezüglich noch nicht im 21. Jahrhundert

von mehr als 1 Mrd. Euro, im Vergleich mit den USA. Ende des Jahres 2023 waren mehr als 50% aller weltweiten Unicorns in den USA, und weniger als 10% in Europa. Im Innovationswettbewerb kommt Start-ups eine potenziell große Bedeutung zu, weil sie Technologieentwicklung und Vermarktung parallel vorantreiben und oft Innovationen hervorbringen, die dann von etablierten Technologieunternehmen aufgekauft werden, auch wenn ebendiese Unternehmen es oftmals nicht im Ganzen zur Marktreife schaffen bzw. nicht profitabel werden. Wenigstens ein Teil der re-

Grafik 2: Produktivitäts- und Forschungslücke



Quelle: Internationaler Währungsfonds (2024)

angekommen. Das Ergebnis ist ein relativer Wohlstandsverlust, dargestellt als Output per Beschäftigtenstunde. Stärker gestiegen ist die US-amerikanische Produktivität insbesondere in der Industrie (EZB 2025), aber auch in den technologie-intensiven Dienstleistungssektoren (Grafik 2).¹

Europa hat nur wenige Einhörner, also Start-up-Unternehmen mit einer Bewertung

lativen Innovationsschwäche ist bedingt durch den relativen Mangel an Innovationsfirmen, was seinerseits auch mit den segmentierten Kreditmärkten und den damit verbundenen Zugangsbarrieren zu Risikokapital zu tun hat. Wo Europa allerdings den USA nicht hinterhinkt, ist die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen. Im Zuge der Hyperglobalisierung hat die Einkommens- und Vermögensverteilung in den europäischen Kernländern eine Schieflage erfahren, die politisch weitgehend akzeptiert zu sein scheint, jedenfalls von staatstragenden Parteien nicht aktiv angegangen wird. Wähler wiederum sehen Gründe für diese Entwicklung oft in den klimapolitischen

1 Die Produktivitätslücke wird nicht von allen Untersuchungen geteilt. Darvas (2023) etwa kommt zu dem gegenteiligen Ergebnis und spricht von einem Produktivitätsgleichstand. Seine Studie basiert allerdings auf einer Purchasing Power Parity-Methode, die in diesem Falle die Outputdaten für die EU nach oben verzerrt.

Instrumenten und Politiken, deren Verteilungswirkungen meist sehr asymmetrisch zu Lasten mittlerer und unterer Einkommen ausfallen. Ambitionierte klimapolitische Strategien werden EU-weit zurückgefahren, gleichwohl die Reparaturkosten für die Effekte des Klimawandels ansteigen. Was einmal als grünes Modernisierungsprojekt geplant war, wird nun oft als Hindernis zur Verbesserung internationaler Wettbewerbsfähigkeit dargestellt. Die zunehmende Komplexität ökonomischer, politischer, sozialer und kultureller Prozesse schließlich lässt Wähler zu unterkomplexen Antworten fliehen, wie sie von rechtspopulistischen Parteien angeboten werden. Dieser Parteientypus genießt zunehmenden Zuspruch und hat den politischen Diskurs in fast allen westlichen Gesellschaften weit nach rechts verschoben.

Ein Problem der politischen Antworten auf all diese strukturellen Problemlagen besteht darin, dass sie nicht alle gleichzeitig, geschweige denn mit gleicher Intensität angegangen werden können. Gründe dafür sind begrenzte fiskalische Ressourcen, politische und ökonomische Rivalitäten von Akteuren oder auch schlichtweg Zielkonflikte. Ein angestrebter Abbau von Einkommens- und Vermögensungleichheiten, beispielsweise durch Erhöhungen der effektiven Steuersätze für höhere Einkommen oder auch der Gewinnsteuern, kann mit dem Ziel der Innovationsförderung kollidieren, da erfolgreiche Innovationen mit Profitprämien einhergehen, die Ungleichheiten schnell erhöhen können. In weltmarktoffenen Volkswirtschaften können mobile Akteure darüber hinaus mit der Exit-Option drohen und auf diese Weise potenziell radikale Umverteilungspolitiken unterminieren. Die Bekämpfung des Klimawandels mittels politischer Anreiz- oder Strafelemente kann soziale Ungleichheit steigern, jedenfalls dann, wenn pauschale CO₂-Steuern verwendet werden, um Emissionen zu mindern, da eine solche Steuer tendenziell regressive Verteilungseffekte hat. Soweit ökonomische Ressourcen zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit verwendet werden, kann dies zu Engpässen bei der Produktion ziviler oder öffentlicher Güter führen, da das begrenzte Arbeitsangebot unter Bedin-

gungen regulierter Zuwanderung im Zweifelsfall in Sektoren fließt, die aufgrund staatlich garantierter Nachfrage und hoher Börsenkurse attraktive Löhne bezahlen können.

Der Putin Fluch

Wie viele Problemlagen mit welcher Intensität politisch bearbeitet werden, hängt stark von den ökonomischen und politischen Gegebenheiten eines Landes ab. Es darf aber vermutet werden, dass das Sextet hierarchisch gegliedert werden wird. So ist heute unverkennbar, dass die 'Problemlage Sicherheit' in der zweiten Amtszeit von der Leyen-Administration ein sehr viel höheres Gewicht als etwa Klimapolitik oder die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit hat. Im nationalen Rahmen lässt sich Ähnliches beobachten, nicht zuletzt, weil die Zwei-Prozent-Formel der NATO unter dem Druck von Präsident Trump und der aggressiven Politik Wladimir Putins ein wahres Wettrüsten ausgelöst hat. Bislang haben zwölf Mitgliedstaaten der EU den Antrag vorbereitet, aus rüstungspolitischen Gründen von dem SWG-Schuldenkriterium freigestellt zu werden. Zu erwarten ist mithin eine finanzpolitische Offensive zugunsten der Rüstungsindustrie, übrigens nicht nur in der EU, sondern auch in Großbritannien und den USA. Für die EU bedeutet ein solcher Rüstungswettlauf, dass potenziell Ausgaben zur Bewältigung anderer struktureller Problemlagen eingeschränkt oder als untergeordnet angesehen werden, und ein erstes Opfer scheint die ambitionierte Klimapolitik zu sein, die gegenwärtig zurückgefahren wird (Thomakadis 2025).

Die Trump Chance

Die Welt des Kapitalismus kennt viele unterschiedliche nationale Spielarten. Diese teilen zwar alle die Basismerkmale eines kapitalistischen Systems – also Dominanz privaten Besitzes der Produktionsmittel und einen durch individuelles Profitstreben angelegten Akkumulationszwang –, aber unterscheiden sich hinsichtlich ihrer politischen, ökonomischen und sozialen Institutionen. Nicht zuletzt die wirtschaftspolitische Kehrtwende in den USA, die das Biden-Wachstumsmodell ab-

und umbaut, und der aggressive Angriff auf etablierte Institutionen wie das WTO-System verlangt Anpassungen in nationalen Wachstumsregimen. Die Selbstdemontage der USA sehen viele als eine Chance für die EU sich als zuverlässigen polit-ökonomischen Raum darzustellen in dem unabhängiges Recht, stabile Regeln, ein großer gemeinsamer Markt und die global gesehen zweitwichtigste Währung sicher institutionalisiert sind. In einer hochgradig fragmentierten globalen politischen Ökonomie sind diese Merkmale einer kapitalistischen Formation fraglos attraktiv. Kommissionspräsidentin von der Leyen ist deshalb eifrig dabei, die EU weltweit als Ort der politischen und rechtlichen Sicherheit anzupreisen, um Handelsabkommen zu forcieren. Parallel lassen sich Anstrengungen beobachten, den unvollständigen Binnenmarkt zu komplettieren und eine rüstungsorientierte Industriepolitik voranzutreiben.²

All das ist allerdings kein Ersatz für ein kohärentes Konzept eines nachhaltigen und inklusiven Wachstumsregimes. Ich behaupte, dass die EU heute über kein solches Konzept verfügt, trotz aller Rhetorik über ein europäisches Wachstumsmodell. Zwei Argumente sind zentral, ein eher strukturelles und ein eher zyklisches Argument.

Die EU ist im Gegensatz zu den USA und China allein ein (unvollständiger) ökonomischer Raum, mit dem keine politische Union korrespondiert. Der politische Raum der EU selbst ist hochgradig fragmentiert und besteht aus nationalen politischen Regimen, die von autoritären Systemen bis hin zu liberalen Demokratien reichen. Die Governance-Struktur der EU, bei der die Kommission, der Europäische Rat und das Europäische Parlament unterschiedliche Rollen einnehmen, in Kombination mit den jeweiligen Entscheidungsmechanismen gibt nationalstaatlichen Interessen einen relativ großen Raum, noch verstärkt durch die potenzielle Vetomacht eines jeden Mitgliedstaates, wenn es sich um 'große' Ent-

scheidungen dreht. Wenn man dann noch die hochgradig unvollständige fiskalische Union mit einbezieht, bleibt ein relativ schwaches Zentrum zurück, das große Politikprojekte nur dann stemmen kann, wenn sie von politischen Allianzen im Europäischen Rat getragen werden.

Nationale Interessen werden im Europäischen Rat und politische, programmatische Vorstellungen im Europäischen Parlament eingebracht und verhandelt. Hier ist es mit dem Aufstieg rechtsextremer, nationalistischer Parteien und insgesamt der Koordinatenverschiebung nach rechts allerdings zu gravierenden Änderungen gekommen. Rechtsextreme und -populistische Parteien sind EU-weit im Aufstieg und – sofern sie Partner in Regierungen sind – auch direkt oder indirekt im Europäischen Rat vertreten. Zusammen mit der starken Repräsentanz im Europäischen Parlament ist ein politischer Block im Entstehen, der sozial und ökologisch progressive Politik be- oder gar verhindert. Dazu kommt, dass vor allem konservative Parteien zur Verbesserung ihrer Wahlchancen populistische Politiken, wenn auch oft in abgeschwächter Form, übernehmen, mit der Folge einer Diskursverschiebung zugunsten populistischer Ideen und Vorstellungen. Nationalstaatliche Fragmentierung innerhalb einer kohärenten aber relativ schwachen EU-Governance in Kombination mit sehr unterschiedlichen nationalen Wachstumsmodellen ist eine Realität, die den Traum eines europäischen politisch-ökonomischen fortschrittlichen Machtblocks behindert, freilich bislang nicht völlig unmöglich gemacht hat.

Was dann?

Es beißt keine Maus einen Faden ab: Europa driftet nach rechts und das bedeutet, dass es auf absehbare Zeit auf europäischer Ebene schwierig ist Gesetzen, Direktiven und Anreizen sowie finanziellen Mitteln für progressive Wirtschaftspolitik zu einer Mehrheit zu verhelfen. Freilich sollte die EU als Machtzentrum eines hochgradig integrierten politisch-ökonomischen Raumes nicht abgeschrieben werden. Die politische Mehrheitsströmung

² Vgl. die Rede Ursula von der Leyens im Europäischen Parlament vom März 2025: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/et/speech_25_938

mag zwar geschrumpft sein, ist aber noch immer die Triebkraft für eine ganze Reihe von Reformen zur Komplettierung des gemeinsamen Marktes. In den Berichten von Latta und Draghi wird klar herausgearbeitet, dass eine Kapitalmarkt- und Bankenunion eine Voraussetzung für die Mobilisierung von Kapital darstellt. Daneben muss der Binnenmarkt dringlichst auf die Märkte, Produkte und Akteure des 21. Jahrhunderts ausgerichtet werden, was vor allem tiefgreifende Reformen zur Integration der Dienstleistungssektoren betrifft. Vorschläge zu all diesen Bereichen sind längst ausgearbeitet. Nun müssen alle Akteure den politischen Willen mobilisieren und die Vorhaben umsetzen. Weiter vermag die EU mit ihrer politischen Alleinkompetenz in der Handelspolitik eine intelligente Politik eines selektiven Protektionismus im Sinne von Friedrich List verfolgen, die die europäischen ‚infant industries‘ zeitweilig schützt. Begleitet werden muss dies freilich von einer aktiven und zielgerichteten Industriepolitik, die Forschung und Entwicklung und vor allem Investitionen induziert, indem direkte und indirekte Anreize und Förderungspakete über einen längeren Zeitraum bereitgestellt werden. Eine solche Industriepolitik kann mit dem Abbau bürokratischer Auflagen verkoppelt werden, ohne allerdings Mindeststandards von Transparenz und Beteiligung zu reduzieren. Was diesen Programmen fehlt, ist eine attraktive politische Botschaft, die Ausstrahlungskraft hat und Wähler erreicht. Heute geht es darum, eine machbare und überzeugende Vision auszuarbeiten, die über eine Ansammlung technokratisch anmutender Reformen hinausgeht. Diese Reformen können Teile der Basis eines politischen Projekts sein, das heute von progressiven Reformern entwickelt und diskursiv verhandelt werden sollte, um auf diese Weise politischen Zuspruch für das Gesamtpaket zu bekommen.

Ein europäisches Wachstumsmodell ist nur so viel wert wie die nationalen Wachstumsmodelle und deren Komplementaritäten. Die Herstellung von Komplementarität benötigt einen Impuls von der europäischen Ebene durch klare Programmvorgaben und Auflagen, die dann auf nationaler Ebene nach Maß-

gabe nationaler Gegebenheiten umgesetzt werden können. Auch wenn es im Moment politisch nicht danach aussieht, gilt von einer rein ökonomischen Seite, dass das vielzitierte aber nur unzureichend umgesetzte Vorhaben eines zeitlich klar definierten Übergangspfades zu einem klimaneutralen Wachstumspfad in Verbindung mit einer Technologieoffensive zum Zentrum zukünftiger Wirtschaftspolitik gemacht werden muss. Das klingt nicht neu, sind doch genau diese zwei Elemente in dem großangelegte NextGeneration-EU-Programm ins Zentrum gerückt worden.³ Die ersten Auswertungen der nationalen Programme zeigen, dass die Mitgliedstaaten zwar nominal die vereinbarten Zielgrößen eingehalten und in einigen Fällen gar überschritten haben, aber mit großzügiger Unterstützung der Kommission ihre Interpretation von Klimapolitik und Digitalisierung auch recht eigenwillig genutzt haben und es zu doch weitreichenden „Umbuchungen“ gekommen ist. Auch sind die mit diesen Programmen verknüpften Konditionalitäten, wie Erne et al (2025) gezeigt haben, eher sozialpolitisch regressiv konzipiert.

Aus den Fehlern sollte gelernt werden. Digitalisierung, Spitzentechnologie und Klimaneutralität sollten den Kern eines neuen ‚Mission Project‘ ausmachen. Die Rahmenbedingungen einer solchen Mission müssten auf EU-Ebene festgelegt werden. Umsetzung und Interpretation erfolgen dann auf nationaler Ebene, wobei die Strukturen nationaler Wachstumsregime die Basis bilden und komparative und institutionelle Vorteile ausschlaggebend sind. Drei Argumente sind aus meiner Sicht zentral für einen solchen Vorschlag:

Erstens wissen wir, dass ein solcher Entwicklungspfad ausgeprägte Technologieeffekte mit sich bringt, wenn entsprechende missionskonzentrierte Innovationspolitiken eingeleitet werden. Neue Prozesse und Produkte generieren Produktivitätseffekte sowie neue Marktsegmente, die sich in höherem wirtschaftlichem Wachstum und verbesserter Effizienz, gemessen als Stundenproduktivität, niederschlagen. Der nun von der Trump-Re-

3 https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/recovery-plan-europe_de

gierung zerschlagene ‚Inflation Reduction Act‘, der ja im Kern eine klimapolitische Innovationspolitik war, ist hier insgesamt ein gutes Vorbild, auch gerade was die starken ‚crowding-in- Effekte‘ anbelangt: staatliche Anreize und direkte und indirekte Subventionen haben beachtliche private Investitionen angeregt und so das ‚greening‘ beschleunigt. Anders als in den USA müsste ein solches europäisches Programm aber auf einige Jahre angelegt und politisch abgesichert konzipiert werden.

Zweitens ist bekannt, dass die Verteilungswirkungen eines solchen politischen Projektes zumindest auf kurzer Frist degressiv ausfallen, sei es aufgrund transitionspolitischer Preiseffekte oder einfach dadurch, dass ‚braune‘ Aktivitäten zugunsten ‚grüner‘ Aktivitäten schrumpfen oder ganz verschwinden, und dabei Arbeitsplätze abgebaut werden. Ein solcher Strukturwandel muss sozial- und arbeitsmarktpolitisch begleitet und unterstützt werden, was zusätzlich damit verknüpft werden kann, dass direkte wie indirekte transitionspolitische Subventionen und Anreize mit beschäftigungs- und arbeitspolitischen Auflagen versehen werden können. Auch müssen klimapolitische Wirtschaftsinstrumente so gestaltet werden, dass regressive Verteilungswirkungen minimiert werden. Das gilt etwa für die Besteuerung von Emissionen, wie bspw. die vielfach genutzte Kohlenstoffsteuer, von der niedrige und mittlere Einkommen überproportional betroffen werden. Ein Teil der Einnahmen sollten automatisch an private Haushalte mit niedrigen Einkommen zurückfließen. Ein faires verteilungspolitisches Design sollte aber auch insgesamt für die Energiepreise gelten, die in einigen Ländern der EU seit Putins Angriff auf die Ukraine stark angestiegen sind, und zwar für Industrien wie für private Haushalte. Steigende Preise haben Allokationswirkungen, die durchaus gewollt sein können. Steigende Preise als Indikatoren von extern gesetzten Verknappungen wiederum haben Kosteneffekte, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gefährden können und die Kaufkraft privater Haushalte beeinträchtigen.

Verteilungspolitik, oft in polemischen Gegensatz zu Angebotspolitik gesetzt, ist dring-

lich geboten, aus ökologischen wie auch aus demokratietheoretischen Gründen. Eine Korrektur der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung, aufgebaut in der langen Phase der ‚Hyperglobalisierung‘ seit 1990 wäre ein Beitrag zur Emissionsminderung, wie Schöngart et al (2024) gezeigt haben: “We found that the wealthiest 10% contributed 6.5 times more to global warming than the average, with the top 1% and 0.1% contributing 20 and 76 times more, respectively“. Eine EU-weite Vermögenssteuer wäre der richtige Weg, der aber wegen der nationalstaatlichen Souveränität in Sachen Steuerpolitik nicht zur Verfügung steht. Steuerpolitische Koordination mit Mindeststeuersätzen zwischen den Mitgliedsländern wäre ein guter Ersatz und bietet nationalen Regierungen Spielräume nach oben, wie etwa Saez und Zucman (2022) argumentiert haben. Eine aggressivere Verteilungspolitik ist weiter notwendig, um Prinzipien von Fairness und ökonomischer Moral steuerpolitisch zu etablieren, und Wählern zu signalisieren, dass ihre Zukunftsängste ernst genommen werden. Es dreht sich mithin weniger um die Erschließung einer staatlichen Einkommensquelle als um ein politisches Zeichen für mehr Gerechtigkeit und eine Neuinterpretation des Gesellschaftsvertrages, die helfen, politische Demokratie zu festigen. Um so stärker, wenn die potenziell zusätzlichen Steuereinnahmen an sozial- und arbeitsmarktpolitische Vorhaben gebunden werden.

Drittens muss Europa einen Technologiepfad einleiten, wobei zukünftige cutting edge-Technologien wie beispielsweise Künstlicher Intelligenz, Quantencomputer- oder fortgeschrittene Computertechnologie mit Anwendung im öffentlichen wie persönlichem Gesundheitsbereich, Blockchain-Anwendungen, um nur einige zu nennen, im Zentrum stehen sollten, allerdings mit einem spezifischen europäischen Touch. Theoretisch wie empirisch ist bekannt, dass technische Innovationen hauptsächlich dem Prinzip der Kostenminimierung und Effizienzsteigerung unterliegen, wobei die Einsparung von Arbeitszeit und damit die Ersetzung von Arbeitskraft durch Technologie im Vordergrund steht. Europäische Technologiepolitik sollte einen alter-

nativen Pfad einschlagen und eine Balance zwischen Effizienz und moralisch-ethischen Standards entwickeln, mit dem Motiv, Gesellschaften sozialer und inklusive zu gestalten. Acemoglu/Restrepo (2018) haben ja bereits überzeugend gezeigt, dass rein marktgesteuerter technischer Fortschritt kein inklusives Wachstum generiert, sondern bestehende Ungleichheiten verschärft und neue soziale Ungleichheiten hervorbringt. Eine arbeitszentrierte Technologiepolitik muss deshalb Anreize und Vorgaben in die Innovationsregime einbauen. Unter dem gegenwärtigen Wettbewerbsdruck ist ein solcher Alternativpfad gewagt, dürfte aber mittelfristig Chancen eröffnen, die den traditionellen Technologiepfaden verschlossen sind.

Ein solches Projekt bedarf politischer Mehrheiten, innerhalb der Governance-Strukturen der EU und mindestens der Kernmitgliedstaaten. Dabei kommt Deutschland eine wichtige Rolle zu, nicht allein deshalb, weil es die größte europäische Ökonomie ist, sondern auch wegen der bereits existierenden technologischen und innovatorischen Kapazitäten. Was allerdings aktuell fehlt, ist eine Allianz politischer, sozialer und ökonomischer Akteure, die ein solches Projekt tragen und weiterentwickeln könnte. ■

Literatur

- Acemoglu, D/Restrepo, P. (2018): The Race between Man and Machine: Implications of Technology for Growth, Factor Shares, and Employment, *American Economic Review* 2018, 108(6): 1488–1542
- Darvas, Z. (2023): The European Union's remarkable growth performance in comparison to the US, <https://www.bruegel.org/analysis/european-unions-remarkable-growth-performance-relative-united-states>
- Roland Erne, Sabina Stan, Darragh Golden, Imre Szabó, and Vincenzo Maccarrone (2025): *Politicising Commodification. European Governance and Labour Politics from the Financial Crisis to the Covid Emergency*, Cambridge University Press
- European Commission (Draghi Report): The future of European Competitiveness, https://commission.europa.eu/document/download/97e481fd-2dc3-412d-be4c-f152a8232961_en?filename=ThefutureofEuropeancompetitiveness_AcompetitivenessstrategyforEurope.pdf
- European Commission (2024): *Europäischer Aufbauplan*, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/recovery-plan-europe_de
- EZB (2025): https://www.ecb.europa.eu/press-economic-bulletin/articles/2025/html/ecb.ebart202408_03~04121f4ea9.en.html
- Internationaler Währungsfonds (2024): *Regional Outlook Notes*, Europe, November, Paris
- Roland Erne, Sabina Stan, Darragh Golden, Imre Szabó, and Vincenzo Maccarrone (2025): *Politicising Commodification. European Governance and Labour Politics from the Financial Crisis to the Covid Emergency*, Cambridge University Press
- Saez, E./Zucman, G. (2022): *Wealth Taxation: Lessons from History and Recent Developments*, AEA Papers and Proceedings 2022, 112: 58–62
- Schöngart, S. et al (2024): *High-income groups disproportionately contribute to climate extremes worldwide*
- Thomakadis, A. (2025): *The EU's sustainability rollback is a retreat disguised as simplification* <https://www.ceps.eu/the-eus-sustainability-rollback-is-a-retreat-disguised-as-simplification/>

Trumpismus – Die USA im Niedergang

von Arno Brandt



☞ Dr. Arno Brandt, 1955, Ökonom, Vorsitzender des Forums für Politik und Kultur in Hannover, lebt in Lüneburg.

Foto: © privat

1. Einleitung

Noch befinden sich sowohl weite Teile der amerikanischen als auch der internationalen Öffentlichkeit angesichts des in kurzer Schrittfolge vollzogenen Epochenbruchs in einer kollektiven Schockstarre. Ein breit verankerter Widerstand in der US-Gesellschaft oder eine gemeinsame Allianz der bislang westlich verbündeten Partner der USA gegen die Politik der zweiten Trump-Regierung ist bestenfalls in Ansätzen erkennbar.¹ Die „Shock and Awe-Strategie“ der ersten Monate scheint inländische wie ausländische Beobachter und Akteure in Ausmaß und Brutalität dermaßen überrascht zu haben, dass eine angemessene Reaktion bislang noch nicht gefunden werden konnte. Rechtsstaatlichkeit, Wissenschaftsfreiheit, körperliche Unversehrtheit, Meinungsfreiheit sowie Arbeitnehmer- und Frauenrechte werden seit Donald Trumps Inauguration ohne Umschweife massiv angegriffen und in Teilen außer Kraft gesetzt, die Urteilsfindung einer unabhängigen Justiz wird mit kompromissloser Härte beiseite geräumt. Außenpolitisch und -ökonomisch wird gegenüber den Ländern der EU ein harter Ton angeschlagen, die transatlantische Allianz aufgekündigt und durch eine aggressive protektionistische Handelspolitik ein Handelskrieg in Kauf genommen. „Die Geschwindigkeit, mit der diese Änderungen vorgenommen werden, hat viele Beobachter in Staunen versetzt, denn sie ste-

hen im Widerspruch zu der Idee einer verfassungsmäßigen Demokratie.“² Dabei hätten die Beobachter des US-amerikanischen Systemwechsels frühzeitig, bereits seit kurz nach Ende der republikanischen Vorwahlen, über die Absichten und Maßnahmen trumpistischer Politik informiert sein können. Ein Blick in das „Project 2025“ der Heritage-Foundation hätte gereicht, um eine Vorahnung davon zu bekommen, was der US-Gesellschaft und der internationalen Politik ins Haus steht.³

Dieser Regimewechsel läuft, wie Jürgen Habermas anmerkt, auf eine „neue Form technokratisch-autoritärer Herrschaft“⁴ hinaus, die in ihrer ganzen Tragweite noch nicht realisiert worden ist. Ganz unabhängig von der Frage, wie viele von den im „Project 2025“ formulierten Zielen tatsächlich realisiert werden können, „... konnte es keinen Zweifel an der Entschlossenheit des inneren Zirkels um Trump geben, den institutionellen Umbau des Staates nach dem längst bekannten Fahrplan der Heritage Foundation durchzuführen. Es ist schwer zu verstehen, warum die führenden Politiker Europas, insbesondere der Bundesrepublik, nicht vorausgesehen haben oder mindestens: warum sie sich blind gestellt haben gegenüber einer in den USA schon seit Längerem angebahnten Erschütterung des demokratischen Systems“⁵.

2. Trumps zweiter Anlauf

Trumpismus bezeichnet eine populistische, nationalistische, antidemokratische und stark personalisierte politische Bewegung, die mit dem US-Präsidenten Donald Trump verbunden, aber nicht von ihm abhängig ist. Sie zeichnet sich durch „America First“-Rhetorik, Elitenkritik, einen autoritären Führungs-

2 Pistor, K. (2025): Das Recht der Stärkeren, in: surplus 2/2025, S.4

3 Michaels, J.D. (2024): Trumps tiefer Staat. Wie das »Project 2025« den autoritären Umbau plant. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2024, S. 65 - 72

4 Habermas, J. (2025): Für Europa, in Süddeutsche Zeitung vom 21.03.2025

5 Ebenda

1 Hübner (2025): Baby light my Fire. The EU as a weak trade negotiator, <https://kurthuebner.substack.com/p/baby-light-my-fire>

stil und eine ablehnende Haltung gegenüber Migration und Globalisierung aus. Als politische Ideologie und repressive Praxis ist er ein moderner Ableger einer längeren historischen Tradition, die in der amerikanischen Geschichte immer wieder ihre Konjunktur gehabt hat.⁶ Die historischen Wurzeln dieser Ideologie ruhen auf den vier Säulen des Nationalismus, evangelikaler Religion, ethnischer Identität und wirtschaftslibertärer Einstellungen. Nationalistischer Populismus, protestantischer Nativismus⁷, konservativer Rassismus und regressiver Neoliberalismus⁸ sind vier Traditionslinien der US-amerikanischen Geschichte, die vor dem Hintergrund einer grassierenden wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit in der Ideologie des Trumpismus zusammengelaufen sind. Insofern sind die Ursachen des Aufstiegs des trumpistischen Populismus mehrdimensional, sodass sowohl wirtschaftliche wie kulturelle Erklärungsmuster eine Rolle spielen.

Fragt man sich, warum der trumpistische Populismus gerade zu Beginn des 21. Jahrhunderts in den USA seinen Aufschwung nimmt,⁹ treten überwiegend ökonomische Faktoren in den Vordergrund¹⁰. Nach Dani Rodrik ist sein Erfolg in erster Linie auf die maßgeblich nach 1990 erfolgte Hyperglobalisierung und auf die damit erzeugte wirtschaftliche sowie soziale Ungleichheit und Unsicherheit zurückzuführen. „Ich behaupte, dass wir in den 1990er Jahren einen Irrweg beschritten haben, als wir uns vom Verständnis der Weltwirtschaft im Sinne von Bretton Woods hin zu einer Auffassung bewegten, die ich als hyperglobalistisch bezeichne.“¹¹ Dieser Irrweg, an dessen Durchsetzung maßgeblich auch die Demokratische Partei in den USA beteiligt war, hat politische Reaktionen hervorgerufen, die als Polanyische Pendel-

bewegungen nach rechts interpretiert werden können. „Der Aufstieg des Populismus heute ist eindeutig Ausdruck der Doppelbewegung in dem Sinne, dass der Schwerpunkt auf selbstregulierende Märkte und die Entkoppelung der Märkte von politischen Steuerungsmechanismen, die ihnen letztlich Legitimität verleihen, eine politische Reaktion hervorrief. Und das könnte, (...), auch eine reaktionäre Reaktion sein.“¹² Diese Entwicklung wurde stark durch das Versagen der Demokratischen Partei begünstigt, indem diese vor allem seit Bill Clinton die exzessive Globalisierung, den Freihandel und die Finanzialisierung unterstützte, „sodass die Republikanische Partei und namentlich Trump die Demokraten mehr und mehr als eine Partei darstellen konnten, von der die Marktgewinner begünstigt werden.“¹³

Nun wird die Wählerbasis der Republikanischen Partei in der Trump-Ära nicht primär von der Arbeiterklasse als Ganzes dominiert: „In den USA haben die typischen Trump-Wähler ein leicht überdurchschnittliches Einkommen und sind zu einem geringeren Anteil arbeitslos als Wähler der Demokraten. Trumps Kernwählerschaft besteht aus den Selbständigen und den Mittelschichtsmilieus. Diesen geht es nicht schlecht, aber sie fürchten sich vor dem Abstieg, leben sie doch zu einem Großteil in abgehängten Gebieten mit schlechter ärztlicher Versorgung.“¹⁴ Dass der Rechtspopulismus seine soziale Basis im Mittelstand findet, ist in der Faschismustheorie keine Unbekannte. Schon in seiner Analyse der sozialen Basis des deutschen Faschismus von 1930 erkannte Theodor Geiger, dass der Rechtspopulismus seine Mitglieder angesichts grassierender Abstiegs- und Zukunftsängste aus der Mitte der Gesellschaft rekrutiert: „Es sind nicht die großen Ströme des Zeitdenkens von denen sich die Mittelstände fortreißen las-

6 Ebenda

7 Nativismus: Nativismus (betontes Festhalten an bestimmten Elementen der eigenen Kultur infolge ihrer Bedrohung durch eine überlegene fremde Kultur)

8 Slobodian (2025): Hayeks Bastards. The Neoliberal Roots of the Populist Right, London

9 Rodrik (2022): Der Irrweg der Globalisierung, in: Randeria (Hrsg.) (2022): Kapitalismus im 21. Jahrhundert, Wien, S.46

10 Stiglitz (2025): Der Weg zur Freiheit. Ökonomie für eine gerechte Gesellschaft, München. 390

11 Rodrik (2022): Der Irrweg ..., a.a.O., S.36

12 Ebenda, S.38, vgl. Ther, Ph. (2021): Das andere Ende der Geschichte. Über die große Transformation, Berlin, S. 1 65 ff.

13 Piketty, Th., Sandel, M.J. (2025): Die Kämpfe der Zukunft. Gleichheit und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert, München, S.52

14 Reichardt, S. (2025): Neuerfindung des Faschismus, FAZ 20.04.2025, vgl. auch: Acemoglu: Niedergang und Aufstieg der amerikanischen Demokratie, project syndicate, 03.12.2024, <https://www.project-syndicate.org/commentary/what-democrats-must-do-after-trump-2024-election-by-daron-acemoglu-2024-12>

sen – es sind die Sorgen und Lebensangst, die sie drücken.¹⁵

Trumps Oligarchen

Donald Trump selbst ist zweifelsohne eine schlicht und vulgär denkende Persönlichkeit, der eine theoretische Grundierung ihrer ideologischen Einstellungen fremd ist, aber im Umkreis seiner Berater wurde bereits vor seiner ersten Amtszeit die Notwendigkeit erkannt, seiner Politik eine intellektuelle Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit zu verleihen. Für Steve Bannon und andere im rechten Trump-Lager wurde Peter Thiel als ein Held gefeiert, der durch seine Unterstützung, wesentlich zu Trumps unerwarteten Wahlsieg beigetragen hatte.¹⁶ Bis auf Bill Gates rückten fast alle führenden Hightech-Oligarchen des Silicon Valleys, die fast alle Anteilseigner der weltweit bedeutendsten Digital- bzw. Medienkonzerne sind, entweder schon im Vorfeld oder im Anschluss an den zweiten Wahlsieg Donald Trumps in dessen zweifelhaften Beraterkreis auf und dienten sich als Helfer bzw. Sponsoren an¹⁷. Peter Thiel („I no longer believe that freedom and democracy are compatible.“¹⁸) gilt unter den Hightech-Oligarchen als intellektueller Kopf der Hightech-Oligarchen und als Treiber von Reallaboren, in denen die libertäre Vision eines Kapitalismus ohne Staat bzw. ohne Demokratie erkundet wird.¹⁹ Peter Thiel - mittlerweile aber auch andere Mitstreiter aus dem Kreis der Hightech-Oligarchen wie Elon Musk - ist die personifizierte Inkarnation des fließenden Übergangs zwischen libertärer Ideologie und rechtsradikalem Populismus. Peter Thiel („Wettbewerb ist für Verlierer.“²⁰) hält sich auch nicht mit der Fiktion

liberalisierter Märkte auf, sondern sieht im Monopol das eigentlich erstrebenswerte Ziel, um maximale Profite realisieren zu können. Der Kampf der Hightech-Oligarchen gegen staatlichen Einfluss und Regulierungen zielt daher auch nicht auf die Rückgewinnung von „Wettbewerbsmärkten“, sondern auf besonders günstige Voraussetzungen für die ungehinderte Durchsetzung ihrer monopolistischen Macht- und Profitstrategien ab. Der aktuelle Konflikt zwischen Donald Trump und Elon Musk zeigt, dass die Allianz zwischen dem Präsidenten und den Tech-Oligarchen durchaus widersprüchlich verlaufen kann, wenn die Interessen der Tech-Konzerne und die konkrete Politik des Capitols nicht in Einklang zu bringen sind. Es wird sich zeigen, ob sich derartige Interessengegensätze auf Dauer als Sprengsatz für die gegenwärtige Machtkonstellation erweisen.

3. Ökonomie der Kettensäge

Der Siegeszug des Trumpismus in den USA ist nicht zuletzt auch Ausdruck gravierender geopolitischer Veränderungen in den zurückliegenden Jahrzehnten. Seit dem Untergang der SU sind tektonische Verschiebungen erkennbar, die einen Wandel von einer unilateralen Welt zu einer polyzentrischen Welt hervorgerufen. Die USA als ehemals unumstrittener Hegemon im globalen geopolitischen Raum sind im Begriff, ihre weltweite Vorherrschaft als Supermacht zu verlieren, und befinden sich zunehmend in Konfliktstellung zur aufstrebenden Wirtschaftsmacht VR China, die an die Spitze der wirtschaftlich erfolgreichsten Länder drängt.²¹

Vor diesem Hintergrund verfolgt Trump eine wirtschaftsnationalistische Politik der volkswirtschaftlichen Revitalisierung („Make America Great Again“) im Rahmen einer Mischung aus libertären, angebotsorientierten, aber auch staatsinterventionistischen Strategiean-

15 Geiger, Th. (1930): Panik im Mittelstand, Geiger, Th. (1930): Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, 10/1930,S.648, <https://library.fes.de/arbeits/pdf/1930/193010.pdf>

16 Chafkin (2021): Peter Thiel. Wie der Pate des Silicon Valley die Welt beherrscht, München, S. 9

17 Zur Wahlkampffinanzierung siehe Solty (2025): Trumps Triumph? Gespaltene Staaten von Amerika, autoritärer Staatsumbau, neue Blockkonfrontation, Hamburg, S. 28 ff.

18 Thiel (2009): Education of a Libertarian, <https://www.cato-unbound.org/2009/04/13/peter-thiel/education-libertarian/>

19 Slobodian (2024): Kapitalismus ohne Demokratie. Wie Marktradikale die Welt in Mikronationen, Privatstädte und Steueroasen zerlegen, Berlin

20 Thiel (2014): Zero to One. Wie Innovation unsere Gesellschaft rettet, Frankfurt a. Main, S. 39 ff.

21 Stanzel (2025): Make China great again. Trump und der Systemkonflikt zwischen den USA und China. In: APuZ, MAGA, Nr. 20/2025, Zeitschrift der Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 41, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/maga-2025/>, vgl. auch Gordon (2026): The Rise and Fall of American Growth. The U.S. Standard Of Living Since The Civil War, Princeton and Oxford

sätzen. Sein Slogan „America First“ bedeutet innenpolitisch die Priorisierung der Interessen der weißen Mittel- und Arbeiterklasse, die die Kerngruppen seiner eigenen Wählerschaft repräsentieren, und außenpolitisch eine Abkehr von multilateralen Verpflichtungen²², um die volkswirtschaftlichen Ressourcen auf den Konflikt mit China zu konzentrieren.

Deep State

Trump geht es zunächst um die Zurückdrängung staatlicher Macht, um das Phantom eines vermeintlichen „Deep State“ außer Kraft zu setzen, in Wirklichkeit aber um seine eigene autokratische Machtposition zu festigen und auszubauen. Wenn Donald Trump von „Deep State“ spricht, meint er damit eine angeblich heimlich operierende Gruppe innerhalb der US-Regierung, eine Art „Staat im Staat“, bestehend aus Bürokraten, Geheimdienstmitarbeitern, Militärs oder anderen Beamten, die großen Einfluss auf Politik und Entscheidungen hätten.²³ Unter der Führung seines Beraters Elon Musk und dessen „Department of Government Efficiency“ (DOGE) hat Präsident Trump in den ersten Wochen seiner Amtszeit den Fokus darauf gelegt, Regierungsbehörden zu zerschlagen. Zehntausende hochrangige Beamte wurden entlassen und durch loyale Anhänger seiner MAGA-Bewegung ersetzt. Ziel dieser Maßnahmen ist es, Trump ein Maximum an Einfluss zu verschaffen und bestehende institutionelle Hürden zu überwinden oder auszuschalten. Der Präsident soll seine Macht als Exekutivorgan uneingeschränkt durchsetzen können – auch gegenüber Justiz und Kongress – um einen grundlegenden politischen Regimewechsel zu ermöglichen.²⁴

Angriff auf die US Wissenschaft

In eine vergleichbare Richtung zielt Trumps Frontalangriff auf die US-Wissenschaft. Es wurden nicht nur die Mittel für die Grund-

lagenforschung in Bereichen wie Gesundheit, Biowissenschaften und Bildung gekürzt, sondern unter dem Vorwand, den Antisemitismus oder allgemeine Ineffizienzen zu bekämpfen, führende Universitäten des Landes (z.B. Harvard, John Hopkins und Columbia University) willkürlich ausgehungert.²⁵ Diese teilweise völlig irrationale und selbstzerstörerische Politik verfolgt vor allem den Zweck, kritische Stimmen aus dem Wissenschaftsbetrieb mundtot zu machen und auch andere Intellektuelle und Kulturschaffende, die sich gegen die trumpistische Ideologie stellen, einzuschüchtern, eine Strategie, die bislang zumindest zum Teil auch aufgegangen ist. Trumps Regierung streicht die Mittel für die Grundlagenforschung unter anderem auch deshalb, weil er sie in seinem auf Kurzfristigkeit angelegten Nutzenkalkül als ineffizient einstuft. Investitionen in Grundlagenforschung stehen im Widerspruch zu einer auf kurzfristige Erfolge und ökonomische Verwertbarkeit ausgerichteten Politik. Langfristige wissenschaftliche Erkenntnisgewinne, die nicht sofort in wirtschaftliche Vorteile umgewandelt werden können, finden in Trumps Programm kaum Beachtung. Mit dieser Forschungsstrategie beschädigt Trump aber das volkswirtschaftliche Innovationspotenzial und untergräbt damit bislang unumstrittene Stärken der US-amerikanischen Volkswirtschaft. Joseph Stiglitz sieht vor diesem Hintergrund die Gefahr eines „umgekehrten Braindrains“: die Abwanderung amerikanischer Wissenschaftler nach Europa, die u.a. mit dem „Einstein-Projekt“ dort eintreffende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen mit offenen Armen empfängt.²⁶

Neokoloniale Politik

„Ganz unmittelbar will Trump derweil die Kassen seines Landes auffüllen, indem er ukrainische Bodenschätze praktisch beschlagnahmt oder Grönland und Panama annek-

22 z. B. Pariser Klimaabkommen, Ukraine-Unterstützung, NATO, WHO, UN-AIDS, USAID

23 Michaels (2024): Trumps tiefer Staat..., a.a.O. S. 65 ff.

24 Puglierin (2025): Noch Alliierte oder schon Gegner. Europas schwieriger Balanceakt im Zeitalter von Trump 2.0, in: APuZ 20/2025, MAGA, Zeitschrift der Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 39

25 Rodrik (2025): Gegen Trump: Wann erheben US-Wirtschaft und Wissenschaft ihre Stimmen?, in: Surplus Magazin vom 31.03.2025, <https://www.surplusmagazin.de/trump-usa-wirtschaft/>

26 HAZ (2025): Der Feind der freien Wissenschaft, HAZ vom 26.05.2025, siehe auch: <https://www.deutschlandfunk.de/wissenschaft-forschung-usa-trump-zensur-stellenabbau-verbote-100.html>

tiert“.²⁷ Trumps Ambitionen zur Abschöpfung externer Ressourcen durch eine Strategie der externen Landnahme zeigen, wie sehr sich die USA in einer neokolonialen Haltung verbarrikadieren, auch wenn sie ihre Hegemonie und die Kontrolle der Welt allmählich verlieren. Trumps neokoloniale Ankündigungen gleichen den verzweifelten Reaktionen von Ertrinkenden, weil er offenkundig über keine schlüssige Strategie verfügt, den Niedergang als führende Wirtschaftsmacht aufzuhalten. „Die USA scheinen orientierungslos, angeführt von einem instabilen und unberechenbaren Präsidenten ohne jegliches demokratische Korrektiv.“²⁸ Diese Konstellation ist hoch gefährlich, weil sie die Wahrscheinlichkeit gewaltförmiger Konfliktaustragungen im internationalen Raum tendenziell erhöht.

Trumps Handelspolitik

Im medialen Fokus steht aktuell die von Trump orchestrierte Handelspolitik, die mit ihren erratischen Ankündigungen massiver Zollerhöhungen gegenüber fast allen Handelspartnern Verwirrung stiftet. Diese Verwirrung ist aber weniger dem zu Irrationalitäten neigenden Charakter Donald Trumps geschuldet als vielmehr Absicht (Unsicherheit als Methode) und damit Teil einer destruktiven Strategie, die multiple Ziele verfolgt. Trump geht es mit seiner Zollpolitik nicht nur um Ziele, die im engeren Sinn ökonomischer Natur sind, wie zusätzliche Einnahmen oder Schutz der heimischen Industrie, sondern um Ziele, die darauf ausgerichtet sind, von seinen Handelspartnern politische Zugeständnisse zu erzwingen, wie z.B. den Abbau regulationspolitischer Einhegungen auf den für die US-Industrie wichtigsten Exportmärkten (z.B. Regulierung des europäischen Digitalmarktes).

Im Fokus der aggressiven Handelspolitik Donald Trumps stehen insbesondere die von ihm zum Teil willkürlich definierten nicht-

tarifären Handelshemmnisse (NTBs)²⁹, wie technische Standards, Umweltauflagen, Mehrwertsteuern, Importquoten, Subventionen und regulatorische Hürden, die aus seiner Sicht als unfaire Handelspraktiken, die US-Exporte angeblich benachteiligen. So werden von ihm viele EU-Regeln als „nichttarifäre Handelshemmnisse“ abgelehnt, wie zum Beispiel den Digital Markets Act für große Internetplattformen, den amerikanische Tech-Konzerne schon lange kritisieren. Mit der jüngsten Androhung von Zöllen von bis zu 50% soll Druck ausgeübt werden, um die Verhandlungsposition der EU zu schwächen, wenn es um die künftige Regulierung des digitalen Raumes geht. Es ist aber zweifelhaft, dass die EU mit ihr über diese Frage, die im Kern nichts mit nicht tarifären Handelshemmnissen zu tun hat, verhandeln lässt.³⁰

Ein zentrales Ziel der Zollpolitik adressiert industriepolitische Strategien, die nicht zuletzt auf einen Kreuzzug gegen die internationale Klimapolitik abstellen. Es geht darum, Exporte für fossile Produktgruppen, wie Öl, Gas, Stahl, Aluminium und Rüstung zu begünstigen, aber auch darum, andere Importe zu behindern (Umweltindustrie, regenerative Energien).

Trumps Zollpolitik richtet sich schließlich auch auf den Versuch, das strukturelle Handelsbilanzdefizit der USA zu senken und damit die Tendenz zur Aufwertung des US\$ abzubremsen. Ein Handelsbilanzdefizit führt normalerweise zu einer Abwertung der Währung, weil mehr Dollar ins Ausland fließen (für Importe), als durch Exporte zurückkommen. Da die USA bislang für Investoren ausgesprochen attraktiv waren (sichere Staatsanleihen, liquide Kapitalmärkte, innovations-getriebene Wirtschaft) und laufend Kapitalzuflüsse realisieren konnten, blieb der US-Dollar bis jetzt relativ stark und konnte seine Währungs-

27 Piketty (2025): Trump ist ein verhinderter Kolonialherrscher, in: Surplus Magazin, 17.04. 2025, <https://www.surplusmagazin.de/usa-zoelle-trump-piketty/>

28 Ebenda

29 Als nicht tarifäre Handelshemmnisse werden üblicherweise alle Arten von Handelshemmnissen, die nicht die Form von tarifären Handelshemmnissen haben wie z.B. technische Vorschriften, industrielles Sicherheitsrecht, Lebensmittelrecht, Arzneimittelrecht, Zulassungsbedingungen Für Kfz u.a. staatliche Maßnahmen.

30 Der Vorsitzende des Handelsausschusses im EU-Parlament vertritt die Auffassung, dass die EU über ihr Regulierungssystem nicht verhandeln wird., vgl. dazu: HAZ (2025) Handelsexperte: „Ich fürchte erst einmal Eskalation. HAZ vom 09.05.2025)

hegemonie ohne Abwertung behaupten. Die USA war daher in der komfortablen Lage, unbegrenzt von billigen ausländischen Waren zu »profitieren«, allerdings um den Preis der Auslöschung ihrer eigenen industriellen Basis.³¹ Die seit 2010 zu verzeichnende Tendenz zur Aufwertung schwächt aber den Export US-amerikanischer Waren und bremst die heimische Exportindustrie.

Industrie als Wachstumsmotor

Die USA waren in der Vergangenheit Globalisierungsverlierer und mussten daher eine starke Deindustrialisierung ihrer ökonomischen Basis hinnehmen. Die Rekonstruktion der US-amerikanischen Wirtschaft („Make America Great Again“) soll vor allem über eine Reindustrialisierung erfolgen, für die Exportmärkte gesichert werden sollen. Mit der heimischen Industrie als Wachstumsmotor soll auch ein Gegengewicht gegenüber die VR China geschaffen werden, die mittlerweile zur zweitgrößten Volkswirtschaft aufgestiegen ist.³² Die MAGA-Strategie führt daher über eine Zollpolitik, die den Weg für die heimische Exportwirtschaft freiräumen soll.

4. Scheitert der Trumpismus? – Statt einer Schlussbemerkung

Es gibt gute ökonomische Gründe, die Zweifel daran lassen, dass die Trump-Administration ihre Ziele mit ihren bisherigen Strategien und Maßnahmen wird erreichen können. Es ist ein Irrweg zu glauben, dass entfesselte Märkte einen besonders günstigen Nährboden für Innovation und wirtschaftlichen Fortschritt bieten: „Ungezügelter Märkte sind ineffizient, instabil und ausbeuterisch“³³ Flexibilisierte Arbeitsmärkte bremsen den Produktionsfortschritt und damit das Wirtschaftswachstum.³⁴ Statt Deregulierung sind

komplexe Ökonomien auf Regulierung angewiesen.³⁵ Der Angriff auf die Universitäten und die Streichung von Forschungsmitteln schwächt die Innovationsfähigkeit der Volkswirtschaft.³⁶ Zölle schädigen nicht nur die Wirtschaft der Partnerländer, sondern auch die heimische Industrie, vor allem jene, die auf importierte Vorleistungen angewiesen sind.³⁷ China und EU werden vermutlich nicht so dumm sein, ihren regulierungspolitischen Ordnungsrahmen angesichts des US-amerikanischen Drucks aufzuweichen und damit den US-Importen freien Lauf zu lassen. Die von Trump artikulierten Gebietsansprüche werden zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen und zum größten Teil nicht realisiert werden können. Trumps Handelspolitik wird die USA ärmer machen und damit die ohnehin grassierende Ungleichheit verstärken. Sozial fragmentierte Volkswirtschaften sind weder nachhaltig noch resilient.³⁸ Eine florierende Ökonomie ist auf Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und öffentliche Infrastruktur sowie stabile und freundschaftliche Beziehungen zu gleichgesinnten Ländern angewiesen.³⁹ Diese öffentlichen Güter werden von Trumps Politik offensichtlich beschädigt, wenn nicht gar zerstört. Der Trumpismus erzeugt mit seinen erratischen Manövern eine permanente Unsicherheit, die für das wirtschaftliche Umfeld absolut kontraproduktiv ist.⁴⁰ Summa summarum spricht nicht viel dafür, dass der trumpistische Nationalkapitalismus in der Lage sein wird, eine neue Prosperitätskonstellation in den USA zu etablieren. Die USA wird unter Donald Trump ihre Vormachtstellung verlieren. Damit wächst der Druck auf Europa, einen eigenen Weg zu finden und sich in der neu entstehenden geopolitischen Konstellation zu behaupten⁴¹. ■

31 Blyth (2025): Trump, Tariffs, and the Fate of the Dollar, pproject syndicate, Apr 4, 2025, <https://www.project-syndicate.org/commentary/trump-tariffs-global-economic-reordering-by-mark-blyth-2025-04>

32 Nach Kaufkraftparitäten ist sie bereits die weltweit größte Ökonomie

33 Stiglitz (2025): a.a.O., S. 74, 93

34 Kleinknecht (2024): Deregulierung von Arbeitsmärkten als Innovationsbremse, in: Zeitschrift für Sozialistische Wirtschaft und Politik (SPW), 4/2024; S. 29 ff.

35 Rodrik (2011): Das Globalisierungsparadoxon. Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft, München S. 41

36 Rodrik (2025): Gegen Trump ..., a.a.O.

37 Rodrik (2025): What Tariffs can and can't do, <https://www.project-syndicate.org/commentary/trump-has-wrong-concept-of-tariffs-by-dani-rodrik-2025-01>

38 Stiglitz (2012) Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, München

39 Rodrik (2025): Gegen Trump ..., a.a.O.

40 Ebenda

41 Piketty (2025): Piketty: Trumps Nationalkapitalismus wird scheitern, in: Surplus Magazin, 27.02.2025

Chinas grüner Staatskapitalismus: Den Markt fördern und von ihm fordern

von Lia Musitz



↳ Lia Musitz ist Sinologin und Sachautorin für Chinas Politik und Wirtschaft, mit Schwerpunkt auf die grüne Transformation. Für die Hans-Böckler-Stiftung und die Arbeiterkammer Wien verfasste sie Studien zum Umgang der EU mit Chinas grüner Technologieführerschaft und Wirtschaftspolitik. Derzeit schreibt sie ihre Dissertation an der Goethe-Universität Frankfurt über Chinas Regulierungsformen in der digitalen Wirtschaft.

Foto: © privat

Chinas politökonomische Ordnung widerspricht grundlegenden Lehrbuchannahmen westlicher Wirtschafts- und Demokratietheorie: Die Liberalisierung des Marktes zog keine Liberalisierung der Politik nach sich. Der chinesische Staat tut, was er nicht (mehr) tun soll: Er plant, besitzt Unternehmen, greift aktiv in den Markt ein, betreibt gezielte Industriepolitik und verfolgt strategische Ziele, die über marktwirtschaftliche Prinzipien der Profitmaximierung hinausgehen. Nicht selten handelt es sich bei diesen Leitzielen um sozial- und entwicklungspolitische Anliegen, die dem Einparteiensstaat Legitimität verleihen – in den letzten zwei Jahrzehnten etwa durch die Herausbildung eines grünen Marktes mit guten Jobs.

Laut dominanten neoklassischen Wirtschaftsannahmen hätte staatliches Eingreifen zum Zusammenbruch der chinesischen Wirtschaft führen müssen. Stattdessen hat sich das Land innerhalb weniger Jahrzehnte von der „Werkbank der Welt“ für billige Konsumprodukte zu einem globalen technologischen Vorreiter entwickelt. In Zukunftsbranchen wie Solartechnologie oder Elektromobilität haben chinesische Produkte klassische Industrieländer bereits überholt; bei Künstlicher Intelligenz ist China zu einem erstzunehmenden Konkurrenten geworden.

Chinas sogenannter „Staatskapitalismus“ wird in wissenschaftlichen und medialen Diskursen oft auf wirtschaftspolitische Lenkung durch Staatsunternehmen und Subventionen verkürzt. Wenig Beachtung findet in dieser Diskussion die Rolle des Staates als wichtigster Marktakteur in allen kapitalistischen Gesellschaften weltweit (vgl. Schmalz 2010). Diese Rolle ist nicht neutral: Der Staat ist der größte Arbeitgeber, der einflussreichste Investor und ein bedeutender Konsument in der Volkswirtschaft. Chinas Regierung nutzt diese Rolle aktiv, um Zukunftsmärkte zu formen und lokale Innovationen voranzutreiben – vielleicht auch in Europa keine schlechte Idee, um die sozio-ökologische Transformation des Kapitalismus nicht allein China zu überlassen.

Der Staat für den Markt vs. der Staat durch den Markt

In einflussreichen politikwissenschaftlichen Werken wird Chinas politische Ökonomie als „Staatskapitalismus“ charakterisiert (vgl. u. a. Pearson et al. 2023, S. 12; Tsai/Naughton 2015, S. 2; ten Brink 2010). Damit ist – auf den Punkt gebracht – ein aktives, direktes Eingreifen des Staates in den Markt gemeint, das von liberalen Kapitalismen abweicht. Staatsunternehmen als Marktakteure stehen hierfür als Chiffre. Warum werden sie problematisiert? Vertreter der Institutionsökonomie wie Ronald H. Coase und Douglass North gehen davon aus: Der Markt erfordere einen klar abgegrenzten Raum privater Eigentumsverhältnisse. Erst diese Trennung ermögliche einen reibungslos funktionierenden Markt, der Entwicklungsdynamiken freisetze.

In der gängigen neoklassischen Wirtschaftstheorie gilt der Staat daher als Antithese zum Markt. Chinas Staat-Markt-Beziehung folgt jedoch nicht dieser Annahme. Zwar sichern heute auch in der Volksrepublik Privateigentum und private Unternehmen die

marktbasierter Allokation von Ressourcen. Doch komplementäre staatliche Instrumente – wie Staatsunternehmen, der Fünfjahresplan oder die Kooptation einflussreicher Privatunternehmen – sorgen in China dafür, dass sich Marktakteure neben der Profitlogik zugleich an volkswirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Zielen orientieren. Das mache, so der Politikwissenschaftler Zheng Yongnian und der Historiker Huang Yanjie (2018), den entscheidenden Unterschied zu liberalen westlichen kapitalistischen Systemen aus, in denen der Staat dem Markt bzw. der Logik der Profitmaximierung folge.

Staatsunternehmen in China: Mehr als bloße Befehlsempfänger

Im Zuge der Öffnung des chinesischen Marktes für die Welt, offiziell seit 1978, haben „Unternehmen im Besitz des Staates“ sukzessiv, aber massiv abgenommen. Privatunternehmen konkurrieren mit ihnen vor allem in Schlüsselindustrien. Zu diesen zählen: die Schwerindustrie, Energieversorgung, Infrastrukturen, der Telekommunikations-, der Bankensektor sowie Verteidigung und Raumfahrt. In diesen Wirtschaftssektoren wird staatliche Dominanz als strategisch entscheidend erachtet, um ökonomische Entwicklungen an Planungszielen orientieren zu können.

Die Systemunterschiede lassen sich am Beispiel der Daseinsvorsorge gut veranschaulichen (vgl. Musitz 2024a, 35f.). In sozialen Marktwirtschaften wie Deutschland werden Grundlagen der Gesundheitsversorgung und Bildung bewusst dem freien Markt entzogen, um Grundbedürfnisse vor Profitlogiken zu schützen und Chancengleichheit zu vermeiden.

In China hingegen sind diese Bereiche heute weitgehend privatisiert. Für Staatsunternehmen festgelegte Preisspannen sorgen im Gegenzug dafür, dass die Grundversorgung für Haushalte bezahlbar bleibt. So verlangen Staatsunternehmen im Energiesektor traditionell geringe Preise, was auch private Anbieter zu ähnlichen Preisen zwingt, um konkurrenzfähig zu sein.

Chinas staatseigene Unternehmen darf man sich dennoch nicht als bloße Befehlsempfänger des Einparteienstaats vorstellen. Zwar bleiben sie politisch eingebettet, doch sie agieren eigenständig, müssen Gewinne erwirtschaften und stehen im Wettbewerb – sowohl mit privaten wie auch anderen staatseigenen Betrieben (vgl. Chan 2022, insbes. S. 456). Tobias ten Brink beschreibt Chinas Wirtschaftsordnung daher als eine „staatlich durchdrungene“ (2013, Kap. 2) und zugleich „marktliberale“, wettbewerbsgetriebene Spielart des Kapitalismus“ (2010, S. 9).

Ein Beispiel sind Investitionen in die grüne Wasserstoffproduktion (vgl. Musitz 2024b, S. 15f.). Die staatliche State Grid Corporation begann 2009 eigenständig die Forschung und Entwicklung zu fördern, gefolgt von weiteren staatlichen und börsennotierten Unternehmen wie dem PV-Riesen Suning. Erst im 14. Fünfjahresplan von 2021 erklärte die Zentralregierung grünen Wasserstoff zur Zukunftsindustrie und damit für förderungswürdig (Staatliche Entwicklungs- und Reformkommission 2021, Kap. 9/2).

China hat immer noch einen Plan: Orientierung und Planungssicherheit für Unternehmen

Der Balanceakt Profite zu maximieren und zu politischen Zielen wie der „ökologischen Zivilisation“ beizutragen, ist nicht nur den Staatsunternehmen vorbehalten. Einerseits werden privatwirtschaftliche Betriebe, die als volkswirtschaftlich relevant gelten, vom Einparteienstaat gezielt kooptiert. So werden bestimmte private Unternehmen dazu verpflichtet, Parteizellen einzurichten und in parteinahe Wirtschaftsverbände wie die All-China Industrie- und Handelskammer aufgenommen. Diese Verbände beeinflussen unternehmerische Entscheidungen, bieten aber zugleich Vorteile: Als öffentlich-private Netzwerke ermöglichen sie privaten Firmen, ihre Interessen in politische Prozesse und staatliche Maßnahmen einzubringen.

Andererseits gibt der „Fünf-Jahres-Plan“ allen staatlichen wie privaten Akteuren Pla-

nungssicherheit und Orientierung für Investitionsentscheidungen (vgl. Musitz 2024a, S. 38f.). Das sozialistische Instrument der Planung wurde in China auch seit der Reform und Öffnung 1978 nicht aufgegeben, sondern zu einem zentralen Werkzeug der staatlich angeleiteten Transformation hin zu einer markt-orientierten Wirtschaft umgestaltet.

Er formuliert gesamtgesellschaftliche und volkswirtschaftliche Ziele, richtungsweisen- de Zahlen und wer mit welchen Maßnahmen zur deren Erreichung beiträgt. Dazu zählen staatlich geförderte Pilotprojekte, direkte Subventionen, Steuerreduktionen und administrative Erleichterungen, die Marktanreize für Unternehmen setzen. So sollen zugleich marktwirtschaftliche Prozesse von Angebot und Nachfrage auf dezentraler Ebene gestärkt und sichergestellt werden, dass diese mit übergeordneten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungszielen harmonisiert sind (Heilmann/Melton 2013, S. 581 f.).

Der „Fünf-Jahres-Plan“ fungiert nicht nur als Blaupause der sozio-ökonomischen Entwicklung, er ist zugleich ein konstanter politischer Gestaltungsprozess. Die groben Ziele kommen zwar „von oben“ von der Zentralregierung, doch Lokalregierungen legen „von unten“ fest, mit welchen konkreten Maßnahmen sie wie viel zur Zielerreichung beitragen können. Einen direkten Zwang zur Zieleinhaltung gibt es nicht, aber chinesische Beamte können auf der Karriereleiter nur dann aufsteigen, wenn sie Erfolge bei der Umsetzung vorweisen können.

Lokalregierungen haben dabei experimentelle Spielräume, innerhalb ihres Verwaltungsgebiets neue Policies und Maßnahmen in Pilotprojekten auszuprobieren. Sind diese erfolgreich, prüft die Staatliche Entwicklungs- und Reformkommission eine landesweite Anwendung.

Nach fünf Jahren wird überprüft, ob die im Plan gesetzten Ziele erreicht wurden. Daraus werden Herausforderungen und Erfolge abgeleitet, die Strategien für die kommenden fünf Jahre bestimmen.

Den grünen Markt planen: Wie der Staat Märkte schafft

Es ist kein Zufall, dass China heute ein globaler Treiber des grünen Marktes ist: Bereits Mitte der 1990er Jahre erkannte der Einparteienstaat nicht nur das wirtschaftliche Potenzial grüner Technologien, sondern auch, dass deren Entwicklung anfangs hohe Innovations- und Produktionskosten erfordern. Im Vergleich zu etablierten fossilen Technologien war daher kaum Nachfrage zu erwarten. Marktwirtschaftliche Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien fehlten.

Chinas Einparteienstaat setzte bewusst auf Staatsaufträge und die öffentliche Beschaffung, um mit Nachfrage Investitionen in die Produktion grüner Technologien attraktiv zu machen. Dabei verband die Regierung ökologische mit sozio-ökonomischen Anliegen. Anfang der 2000er Jahre förderte Chinas Sozial- und Standortpolitik die Elektrifizierung sonnen- und windreicher, wirtschaftlich abgehängter und mit Strom unterversorgter Regionen im Westen – erste Impulse für die Entwicklung der heute global dominanten Solar- und Windkraftindustrie (vgl. Musitz 2024b, S. 2f.).

In diesem Rahmen schrieb der Staat Pilotprojekte aus, bei denen er einen großen Teil der Kosten zum Aufbau von Solarkraftanlagen und Windparks übernahm. Auftragnehmer – meist Privatunternehmen – mussten bereits bei der Bewerbung Geschäftsvereinbarungen vorlegen, die sowohl die Versorgung mit den benötigten Rohstoffen und Zwischen- und Endprodukten sicherstellen als auch eine lokale Produktionsquote von bis zu 70 Prozent garantierte. Damit setzte die Regierung eine Lokalisierung und Skalierung von Industrieketten der grünen Industrie in Gang und förderte frühzeitig bilaterale Verträge, um Rohstofflieferungen aus dem Ausland abzusichern.

Steigende Anforderungen bei der öffentlichen Beschaffung sollen die grüne Transformation beschleunigen und „die Entwicklung von Unternehmen mit ökologischer Ausrichtung unterstützen“ (übersetzt, Original liegt

vor, vgl. Büro des Staatsrats 2020 Nr. 39, Kap. 4/1). So muss beispielsweise seit 2021 beim Einkauf für die Regierungs- und Parteiflotte der Anteil von lokal produzierten neuen Energiefahrzeugen erhöht werden; im öffentlichen Verkehr und in Regionen mit hoher Luftverschmutzung um mindestens 80 Prozent (vgl. ebd. Kap. 8/2).

Seit 2007 wird der Staat außerdem bei der öffentlichen Beschaffung verpflichtet, bei seinen Einkäufen die Kommerzialisierung von Innovationen voranzutreiben. Die sogenannte „Erstbeschaffung eigenständiger, innovativer Produkte“ (übersetzt, Original liegt vor) verlangt, dass öffentliche Behörden auch bei etwas höheren Preisen zu lokalen Innovationen greifen, die Marktreife, aber noch keinen Markteintritt erlangt haben (vgl. Finanzministerium 2007, Nr. 120). Damit adressiert die chinesische Regierung ein Problem, das auch Europa kennt: Lokale Innovationen sind vorhanden, aber finden oft nicht den Weg auf den Markt.

Der Staat könnte auch in sozialen Marktwirtschaften seine Rolle als bedeutsamer Marktakteur für die grüne Transformation nutzen

Als singuläre Entität ist der Staat nicht nur in China der bedeutendste Akteur auf dem Markt. In den meisten Volkswirtschaften ist er der größte Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt, durch die öffentliche Beschaffung ein zentraler Akteur auf Absatzmärkten, und als Investor richtungsweisend.

In Deutschland beschäftigte die öffentliche Hand Ende Juni 2023 rund 5,3 Millionen Menschen, das sind etwa 11,5 Prozent aller Erwerbstätigen. Die viel diskutierte deutsche Autoindustrie steuerte im selben Jahr insgesamt „nur“ etwa 780.000 Arbeitsplätze bei, also 1,7 Prozent. Die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor beeinflussen somit Lohn- und Arbeitskonditionen im privaten Bereich, der vor allem im Dienstleistungssektor mit dem Staat um Arbeitskräfte konkurriert.

Als Investor ist der Staat ebenfalls wichtig, insbesondere durch Förderungen der Grund-

lagenforschung, die die Basis für Innovationen bildet. Wie die Wirtschaftswissenschaftlerin Mariana Mazzucato in historischen Analysen zeigte, scheuen Privatunternehmen oft das Risiko, Forschung mit ungewissem Ausgang zu finanzieren. Staatliche Investitionen verfolgen zudem langfristige Ziele und beeinflussen die zukünftige Marktlandschaft. Dadurch wird ein sogenannter „Crowding-in“-Effekt ausgelöst: Fließt staatliches Kapital in einen Wirtschaftsbereich, lenken Privatunternehmen ihre Investitionen um eine etwas höhere Summe in eben diesen Sektor, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (Clemens et al. 2019) in einer Studie belegte.

Auch als Konsument spielt der Staat eine enorme Rolle. Nach OECD-Schätzungen (2019) gibt Deutschland jährlich etwa 500 Milliarden Euro für öffentliche Beschaffung aus, das sind rund 15 Prozent seines BIP. Diese Mittel könnten trotz knapper Haushaltsbudgets gezielt genutzt werden, um Nachfrage für lokale Produktion grüner Technologien zu schaffen und die Kommerzialisierung von Innovationen zu fördern. Zudem trägt ein „Nearshoring“ durch den Wegfall CO₂-intensiver Transporte zum Ziel der Klimaneutralität bei.

Die Produktivität des Staates als Marktakteur freisetzen

Der Staat spielt keineswegs nur in China eine zentrale Rolle auf dem Markt. Er ist ein wichtiger Akteur kapitalistischer Gesellschaften weltweit. Die Entscheidungen dieses Marktakteurs sind nicht neutral; sie haben starken Einfluss auf Lohnentwicklungen, Investitionsdynamiken und Absatzmärkte.

China nutzt diese Rolle aktiv, um seinen Staatskapitalismus grün und digital zu transformieren. Dabei handelt der Staat nicht wider den Markt, sondern schuf erst die Nachfrage, die den grünen Markt in Gang setzte. In den letzten Jahren sind in China die Preise für erneuerbare Energien sowie Elektromobilität unter die fossilbasierten Produkte gefallen und damit wettbewerbsfähig.

Der chinesische Staat lehnt sich nun zunehmend zurück und fördert mit Deregulierungen lokal den Wettbewerb zwischen chinesischen und internationalen Unternehmen im grünen Sektor. Konkurrenzkämpfe um Preise und Technologiefortschritte sollen nun einen bereits bestehenden grünen Markt formen – solange er sich positiv auf Wirtschaftswachstum, Arbeitsplatzzahlen und Löhne auswirkt, die die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas legitimieren.

Die Frage, ob der Staat ein Marktakteur ist, greift viel zu kurz. Die interessante Frage ist, mit welcher Zukunftsvision und in wessen Interesse er diese Rolle nutzt. ■

Literatur

- Büro des Staatsrates (2020) Nr. 39: Entwicklungsplan für die neue Energiefahrzeugindustrie 2021–2035, https://www.gov.cn/zhengce/zhengceku/2020-11/02/content_5556716.htm (19.05.2025).
- Chan, Kyle (2022): Inside China's state-owned enterprises. Managed competition through a multi-level structure. In: *Chinese Journal of Sociology* 8(4), S. 453–437, <https://doi.org/10.1177/2057150X221123388>.
- Clemens, Marius/Goerge, Marius/Michelsen, Claus (2019): Öffentliche Investitionen sind wichtige Voraussetzung für privatwirtschaftliche Aktivität. In: *DIW Wochenbericht* 2019/31, https://www.diw.de/de/diw_01.c.670896.de/publikationen/wochenberichte/31_2019/oeffentliche_investitionen_sind_wichtige_voraussetzung_fuer_privatwirtschaftliche_aktivitaet.html (19.05.2025).
- Finanzministerium (2007) Nr. 120: „Richtlinien für die Regierungserstbeschaffung und -bestellung von eigenständigen innovativen Produkten“, https://www.gov.cn/ztl/kjzgh/content_883647.htm (19.05.2025).
- Heilmann, Sebastian/Melton, Oliver (2013): The Reinvention of Development Planning in China, 1993–2012. In: *Modern China* 39(6), S. 580–628, www.jstor.org/stable/24574695.
- Jones, Lee/Zou, Yicheng (2017): Rethinking the Role of State-owned Enterprises in China's Rise. In: *New Political Economy* 22(6), <https://doi.org/10.1080/13563467.2017.1321625>.
- Mazzucato, Mariana (2018): *The entrepreneurial state. Debunking public vs. private sector myths*. UK: Penguin Random House.
- Musitz, Lia (2024a): China – ein schwieriger Partner für die deutsche Wirtschaft. Hans Böckler Stiftung. Working Paper Forschungsförderung 357, November 2024, https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008982.
- Musitz, Lia (2024b): Chinas grüne Technologieführerschaft. Wirtschaftspolitische Maßnahmen mit Erfolg. Arbeiterkammer Wien, <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/fulltext/AC17315205>.
- Nationale Entwicklungs- und Reformkommission/Nationale Energie Agentur (2022): *Mittel- und langfristiger Entwicklungsplan der Wasserstoffindustrie für die Jahre 2021–2035*, http://zfxgk.nea.gov.cn/1310525630_16479984022991n.pdf (19.05.2025).
- Naughton, Barry/Tsai, Kellee S. (2015): *State Capitalism, Institutional Adaption, and the Chinese Miracle*. Cambridge University Press, <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1017/CBO9781139962858>.
- OECD (2019): *Public Procurement in Germany: Strategic Dimensions for Well-being and Growth*. OECD Public Governance Reviews, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/1db30826-en>.
- Pearson, Margaret M./Rithmire, Meg/Tsai, Kellee (2023): *The State and Capitalism in China*. Cambridge University Press, <https://doi.org/10.1017/9781009356732>.
- Schmalz, Stefan (2010): Chinas neue Rolle im globalen Kapitalismus. In: *Prokla* 161/4, S. 483–503, <https://doi.org/10.32387/prokla.v40i161.369>.
- Staatliche Entwicklungs- und Reformkommission (2021): 14. Fünfjahresplan zur nationalen ökonomischen und sozialen Entwicklung und Vision für das Jahr 2035, www.ndrc.gov.cn/xxgk/zcfb/ghwb/202103/P020210323538797779059.pdf (26.03.2024).
- Statistisches Bundesamt (2024a): *Öffentlicher Dienst. Beschäftigte nach Art des Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnisses*, 30. Juni 2023, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentlicher-Dienst/Tabellen/beschaeftigungsbereiche.html> (19.05.2025).
- Statistisches Bundesamt (2024b): *Konjunkturdaten: Automobilindustrie*, https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Industrie-Verarbeitendes-Gewerbe/Tabellen/_tabellen-innen-konjunkturdaten-automobilindustrie.html (19.05.2025).
- ten Brink, Tobias (2010): *Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus*. MPIfG Discussion Paper, 10/1. Berlin: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/25995> (12.05.2025).
- ten Brink, Tobias (2013): *Chinas Kapitalismus. Entstehung, Verlauf, Paradoxien*. Frankfurt/New York: Campus.
- Zheng, Yongnian/Huang, Yanjie (2018): *Market in State. The Political Economy of Domination in China*. Cambridge: Cambridge University Press, <https://doi.org/10.1017/9781108562119>.

BRICS – Konsequenz der neuen Multipolarität

von Joachim Schuster



⇒ **Joachim Schuster** ist promovierter Politikwissenschaftler. Er war Mitglied im Europäischen Parlament und der Bremischen Bürgerschaft. Seit 2024 ist er Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbands im Land Bremen.

Foto: © Büro Schuster

Der Zusammenschluss wichtiger Staaten des globalen Südens in der sogenannten BRICS-Gruppe weckt manche Befürchtungen. So kommt der Ökonom Velasco im IPG-Journal zu der Aussage: „Der Hauptzweck der BRICS-Gruppe besteht heute darin, Russland und China als Führer des sogenannten (und unzutreffend benannten) Globalen Südens darzustellen. Passend zu diesem Ziel hatte das Treffen in Kasan einen entsprechend G7-feindlichen Schwerpunkt: den mächtigen US-Dollar vom Thron zu stoßen.“ (Velasco 2024) Anschließend erklärt er, warum diese Ziele nicht realisierbar seien, da aktuell nur der US-Dollar die notwendigen Eigenschaften einer Weltwährung aufweist. Auch in vielen anderen Beiträgen wird in unterschiedlicher Intensität die Frage diskutiert, inwieweit die BRICS-Gruppe ein Gegengewicht zum Westen bildet. Im Ergebnis kommen die Beiträge häufig zu dem Ergebnis, dass die Heterogenität von BRICS viel zu groß sei, um dieses Ziel ernsthaft zu erreichen. Derartige Analysen sind jedoch nur begrenzt hilfreich. Es ergibt wenig Sinn, erst eine angenommene Bedrohung an die Wand zu malen und dann beschwichtigend zu analysieren, dass es wohl nicht so schlimm kommen werde. Geeigneter wäre eine vorurteilsfreie Betrachtung der BRICS-Gruppe.

Es ist ohne Zweifel: die BRICS-Gruppe ist ein Zusammenschluss aus höchst unterschiedlichen Staaten, die sehr unterschiedliche Interessen haben und zum Teil sogar partiell verfeindet sind. Konsequenterweise verzichtet

die 2009 von Brasilien, Russland, Indien und China gegründete BRIC-Gruppe, die 2010 um Südafrika (BRICS) und 2024 um Iran, Ägypten, Äthiopien und die Vereinigten Arabischen Emirate sowie 2025 um Indonesien erweitert wurde, von vorneherein auf Integrationsbemühungen, wie sie etwa für die Europäische Union charakteristisch sind. Der Zusammenschluss der BRICS-Staaten fußt nicht auf einer gemeinsamen Charta oder Ähnlichem, sondern wirkt als politischer Zusammenschluss, der auf jährlichen Gipfeltreffen sich zu geopolitischen und wirtschaftlichen Fragen in gemeinsamen Gipfelerklärungen äußert. Politisches Gewicht entfalten diese Gipfeltreffen, weil die Staaten der BRICS-Gruppe rund die Hälfte der Weltbevölkerung und 35% des globalen Bruttoinlandsproduktes repräsentieren.

Die Gemeinsamkeiten zwischen den Staaten sind sehr begrenzt, sie haben sehr unterschiedlichen politischen Verfassungen und unterschiedliches ökonomisches Gewicht. Ebenso weisen ihre Beziehungen etwa zu den USA oder den europäischen Staaten große Unterschiede auf. Einige Staaten haben eine eher anti-westliche Orientierung, andere verfügen über bedeutenden Kooperationen mit den G7-Staaten. Eine Gemeinsamkeit zwischen den Gründerstaaten besteht allerdings darin, dass sie jeweils „als regionale Großmacht über eine gewisse regionale Einflusszone“ (Dudnik, Bathon, 2024, S.13) verfügen.

Die BRICS-Gruppe als Phänomen der neuen Multipolarität

Weswegen derart unterschiedliche Staaten trotz ihrer Differenzen in der Lage sind, dauerhaft zu kooperieren, wird erst vor dem Hintergrund der tiefgreifenden und irreversiblen geopolitischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte verständlich. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu Beginn der 1990er Jahre und in der Folge der Transformation der

„realsozialistischen“ Staaten in „kapitalistische“ Staaten schien sich zunächst eine unipolare Welt unter der unangefochtenen Führung und Hegemonie der USA herauszubilden. Der amerikanische Historiker Fukuyama rief Anfang der 90er Jahre in dieser Konstellation sogar das Ende der Geschichte aus. Gemeint war damit das Ende einer historischen Abfolge unterschiedlicher Gesellschaftsformationen, weil sich die politische Demokratie in Verbindung mit einer kapitalistischen Marktwirtschaft als überlegen durchgesetzt habe und damit zum nachzunehmenden Vorbild aller anderen Staaten werden würde.

Spätestens mit dem Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte 2008/2009 erodiert aber die globale Hegemonie der USA, wobei insbesondere China als aufstrebende Weltmacht dem US-amerikanischen Entwicklungsmodell einer neoliberal geprägten Globalisierung systematisch eine Alternative entgegenzusetzen versucht. Die Auseinandersetzungsfelder sind vielfältig. Militärische Drohszenarien - auch zwischen den USA und China - erleben eine Renaissance. Bisher prägende internationale, politische und wirtschaftliche Institutionen wie etwa die WHO, der IWF oder die UN haben an Regulierungskraft eingebüßt. Im Ergebnis ist eine multipolare Ordnung entstanden, in der sich aber bisher keine neue stabile geopolitische Beziehungsstruktur zwischen den Staaten herausgebildet hat. Ebenso wenig konnten neue multipolare Institutionen etabliert werden, die unverzichtbare Regulierungsaufgaben übernehmen.

Die neue Multipolarität berührt nicht nur das Verhältnis der Staaten des globalen Südens zum bisher dominanten Norden. Sie verändert auch die Beziehungen innerhalb der Staatengruppen. Die US-Politik unter dem aktuellen Präsidenten Donald Trump zeigt eindrucksvoll, wie groß mittlerweile die Interessenunterschiede etwa zwischen den G7-Staaten sind und wie gering deren Fähigkeit ausgeprägt ist, gemeinsam geopolitische und geowirtschaftliche Interessen zu definieren.

Trotz vieler möglicher Differenzen der Staaten des globalen Südens gibt es zwei wesentli-

che Gemeinsamkeiten, die Kooperationen wie in der BRICS-Gruppe nahelegen. Die globale politische Dominanz der westlichen Staaten, die in den letzten Jahrzehnten – auch nach der Kolonialzeit – häufig auch militärisch durchgesetzt wurde, behindert die Selbstbestimmung vieler Staaten des globalen Südens erheblich. Zudem beeinträchtigt die bestehende Verfassung der Weltwirtschaft deren ökonomische Entwicklungsfähigkeiten bzw. weist ihnen ökonomisch den Platz eines Zulieferers zu den übermächtigen westlichen Wirtschaften zu. Von daher gibt es ein gemeinsames Interesse, die Spielregeln der Weltwirtschaft fundamental zu verändern, selbst wenn nicht immer eindeutig bestimmbar ist, was an die Stelle der jetzigen Regeln und Institutionen treten soll.

Die heutige Multipolarität ist damit aktuell eine instabile Ordnung, in der in vielfältigen politischen, ökonomischen aber auch militärischen Auseinandersetzungen neue Machtverhältnisse etabliert werden. Diese Auseinandersetzungen werden noch durch den rasant voranschreitenden Klimawandel verschärft, der wiederum die Lebens- und Entwicklungsperspektiven in den unterschiedlichen Staaten massiv beeinflusst und zum Teil bedroht. Der Klimawandel selbst wird Ausgangspunkt vieler internationaler Konflikte.

Weltwirtschaftliche Reformen im Zentrum

BRICS hat in dieser Konstellation eine bemerkenswerte Stärke entwickelt, weil es den beteiligten Staaten gelungen ist, trotz interner Differenzen gemeinsame Interessen und Forderungen gegen den globalen Norden in den Mittelpunkt zu stellen. „Das BRICS-Format wirkt dabei für viele gerade wegen seiner unverbindlichen Kooperation sehr ansprechend. Man kann sich an Aktivitäten in der Gruppierung beteiligen, riskiert aber keine Sanktionen bei einer Nichterfüllung von Aufgaben.“ (Dudnik, Bathon, 2024, S.15)

Zumindest aktuell ist das BRICS-Bündnis nicht pauschal antiwestlich ausgerichtet, weil bisher die Auffassung vorherrscht, dass die eigenen Ziele besser gemeinsam als in Konfrontation mit den westlichen Staaten verwirklicht

werden können. So wird in Absatz 14 der Abschlusserklärung des letzten 16. Gipfeltreffen im russischen Kazan explizit erklärt: „Wir unterstreichen die Schlüsselrolle der G20 als führendes globales Forum für multilaterale wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit, das eine Plattform für den Dialog zwischen entwickelten Ländern und Schwellenländern auf gleichberechtigter und für beide Seiten vorteilhafter Grundlage bildet, um gemeinsam nach Lösungen für globale Herausforderungen zu suchen.“ (Kazaner Erklärung 2024) Dabei wird allerdings verständlicher Weise der klare Anspruch erhoben, an der Lösung der Herausforderungen gleichberechtigt mitzuwirken und sich nicht der früheren Dominanz der USA in Verbindung mit den EU-Staaten unterzuordnen.

Neben jeweiligen politischen Aktualitäten - auf dem Gipfel in Kazan spielte politisch das Umgehen mit Russland und dem Ukraine-Krieg eine herausragende Rolle - gibt es eine Kontinuität in der politischen Zusammenarbeit. Erstens ist dies die Frage nach der Schaffung besserer Entwicklungsmöglichkeiten für sich aber auch die Staaten des globalen Südens insgesamt. In diesem Kontext steht 2014 die Gründung der New Development Bank mit Sitz in Shanghai, „die bisher nur bescheidene Ergebnisse erzielt hat.“ (Nye, 2025, S.3) Darin zeigt sich aber die deutliche Unzufriedenheit der BRICS-Staaten mit den bisherigen Institutionen zur Entwicklung wie der Weltbank und ihren Tochterbanken, deren Entwicklungskredite häufig Konditionen beinhalten, die vor allem Interessen der westlichen Staaten spiegeln.

Die Dominanz des Dollars als Leitwährung in der Weltwirtschaft ist der zweite immer wieder thematisierte Punkt. In der Diskussion vieler Gipfel steht die Schaffung einer eigenen BRICS-Währung oder die Etablierung einer gemeinsamen Rechnungseinheit, in der die gemeinsamen wirtschaftlichen Transaktionen – sei es im Handel oder bei der Kreditvergabe – abgewickelt werden können. Bisher sind auch diese Versuche aus nachvollziehbaren Gründen an den nach wie vor auch wirkenden unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen

der BRICS-Staaten gescheitert. Und es ist den Staaten nur begrenzt gelungen, ihren bilateralen Handel in den eigenen nationalen Währungen abzuwickeln.

Daraus jedoch zu schlussfolgern, dass derartige Initiativen auch zukünftig wenig erfolgversprechend sein werden, verkennt die bestehende Entwicklungsdynamik der neuen Multipolarität. Die Bestrebungen zur Neuordnung der Entwicklungsfinanzierung erfolgen in einem Umfeld, in dem die Weltbank und ihre Töchter durch die umfangreiche Kreditvergabe Chinas an viele Staaten des globalen Südens massiv an regulierendem Einfluss verlieren. Und die aktuelle Politik des US-Präsidenten Trump kann durchaus zur Folge haben, dass die USA selbst die Weltgeld-Stellung des US-Dollar gravierend schwächen. Beides kann auch neue Dynamiken zu Alternativen der derzeitigen weltwirtschaftlichen Regulierungsinstitutionen freilegen. Denn ohne Zweifel ist das alte Regulierungsmodell der neoliberalen Globalisierung für die aufstrebenden BRICS-Staaten ein erhebliches Problem für die Förderung der eigenen Entwicklung und Unabhängigkeit, das nur mit grundlegenden Reformen überwunden werden kann.

Ignoranz ist keine angemessene Politik

Inwieweit sich die Kooperation der BRICS-Staaten in den nächsten Jahren vertiefen wird und die Gruppe reale Alternativen in der weltwirtschaftlichen Regulierung gegen die Staaten des globalen Norden durchsetzen kann, ist auch maßgeblich davon abhängig, welche Politik die EU-Staaten wie auch die USA gegenüber den Staaten des globalen Südens betreiben werden. In den letzten Jahren konnte man den Eindruck gewinnen, dass der Norden die Veränderungen, die die neue Multipolarität zur Folge hat, schlicht zu ignorieren versucht.

An dieser Stelle können dafür nur einige Symptome angeführt werden. Die Verweigerungshaltung der EU bei der Freigabe von Patenten im Zusammenhang mit Corona-Impfstoffen wie auch der andauernde Versuch, mit Staaten des globalen Südens Wirtschaftsab-

kommen durchzusetzen, die vor allem Freihandel verbunden mit für die Staaten des globalen Südens belastenden Umweltauflagen befördern, aber Investitionen in nachhaltige Entwicklung in diesen Ländern wenig Beachtung schenken, zeugen nicht von dem Willen, zu wirklich gleichberechtigten globalen Beziehungen zu kommen. Offensichtlich wird darauf abgezielt, globale Dominanz aufrechtzuerhalten.

Dramatischer ist noch die ‚Make-America-Great-Again-Politik‘ von Präsident Trump, die alles den vermeintlich vitalen Interessen der USA unterordnet und dabei Interessen anderer Staaten ignoriert oder sogar mit Füßen tritt. Dies in Verbindung mit diplomatischen Affronts, wie etwa gegenüber dem südafrikanischen Präsident Ramaphosa im Oval Office im Mai, hat eine verheerende Wirkung auf alle Staaten des globalen Südens.

Sollten die EU bzw. die EU-Staaten und die USA mit dieser Politik fortfahren, werden die BRICS-Staaten wie auch alle anderen Staaten des globalen Südens bestrebt sein, durch eigene Zusammenschlüsse und weltwirtschaftliche Institutionen ihre Interessen zu wahren und eigene Entwicklungsperspektiven zu fördern. Ob dies dann im Rahmen des BRICS-Bündnisses erfolgen wird oder sich im Zeitverlauf andere Formate herausbilden, ist offen, aber letztlich unerheblich.

Die EU-Staaten sind dringend gefordert, ihre Politik zu überdenken und an die Herausforderungen der neuen Multipolarität der Welt anzupassen. Tragfähige im gegenseitigen Interesse liegende Angebote zur wirtschaftlichen Kooperation, aber auch zur Etablierung einer gleichberechtigteren internationalen Ordnung zur Lösung der vielfältigen und letztlich für alle bedrohlichen globalen Herausforderung würden uns Europäern zugleich helfen, der destruktiven US-Politik etwas entgegenzusetzen. ■

Literatur:

Dudnik, Julia; Roland Bathon; 2024; BRICS: Debattierclub oder Magnet für den Globalen Süden; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2024

Kazaner Erklärung; 2014; Stärkung des Multilateralismus für eine gerechte globale Entwicklung und Sicherheit, 16. Gipfel der BRICS Staaten am 23.10.2024 in Kazan, Russland, Google-Übersetzung

Nye, Joseph S.; 2025, Leitstern der Weltpolitik; in: IPG Journal vom 30.01.2025

Velasco, Andrés; 2024; Suche nach dem Rivalen; in: IPG Journal vom 14.11.2024

Die Macht von Konzernen und Staaten gestalten globale Lieferketten

von Christoph Scherrer

⇒ Prof. em. Dr. Christoph Scherrer ist Volkswirt und Politologe. Er forscht u.a. als non-resident senior fellow am Kassel Institute for Sustainability und ist Associate fellow of the Global Labour University

Die von US-Präsident Donald Trump Anfang April 2025 angekündigten Importzölle haben deutlich gemacht, dass die Ausgestaltung von Lieferketten nicht nur eine Frage unternehmerischen Kalküls ist, sondern auch vom Verhalten der Nationalstaaten abhängt. Auf beiden Ebenen, der unternehmerischen und der staatlichen, entscheiden Machtverhältnisse sowohl über die Ausgestaltung als auch über die Aneignung des in den Lieferketten erzeugten Mehrwerts.

Vielfältige Machtverhältnisse bestehen innerhalb der Lieferketten zwischen den einzelnen Produktions- und Verkaufsstätten sowie zu den Unternehmen, die die einzelnen Kettenglieder verbinden (z.B. Logistikunternehmen), aber auch innerhalb der betrieblichen Glieder zwischen Kapital und Arbeit. An der Herstellung und dem Verkauf eines Produkts oder einer Dienstleistung sind jedoch noch weitere Akteure beteiligt, die nicht direkt in die Kette eingebunden sind, weshalb auch von Produktionssystemen gesprochen wird (Barrientos/Smith 2007). Dazu gehören beispielsweise Finanzinstitute, aber auch Ingenieurbüros oder Wirtschaftsprüfer. So mag das Management eines Textileinzelhändlers mit einer bekannten Marke gegenüber seinen vielen verstreuten Zulieferern mächtig sein, nicht aber gegenüber aktiven Investoren, die unter den Kapitaleignern Verbündete gegen das bestehende Management mobilisieren.

Die Machtressourcen der Konzerne

Die Machtverhältnisse zwischen den Unternehmen eines Produktionssystems lassen sich in einem ersten Schritt mit dem Machtressourcenansatz erklären, der ursprünglich für Gewerkschaften entwickelt wurde. Unterneh-

men können Marktmacht, Verbandsmacht, institutionelle Macht (Schmalz et al. 2018) und diskursive Macht (McGuire/Scherrer 2015) ausüben.

Die zentrale Ressource ist die Marktposition: Je schwieriger der Markteintritt ist, desto stärker ist die Position der bereits im Markt etablierten Unternehmen. Umgekehrt gilt: Je leichter der Markteintritt, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit eines starken Wettbewerbs, der die Marktposition des einzelnen Unternehmens schwächt. Ursachen für die monopolistische, monopsonistische oder oligopolistische Stellung eines Unternehmens können Skalen-, Netzwerk- und Spezialisierungseffekte sowie Innovationen sein. Diese Ursachen sind jedoch nicht naturgegeben, sondern in spezifische Ermöglichungsstrukturen (institutionelle Macht) eingebettet, die jeweils einen politischen Ursprung haben (Verbandsmacht).

Auch die Machtverhältnisse sind nicht statisch zu betrachten. Sie sind vielmehr das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels von Routinen und Versuchen jeder Seite, ihre Position zu stärken. Wie wir aus dem dritten „Gesicht“ der Macht von Steven Lukes (2005) lernen, gehören zu den Strategien auch Versuche, die Interessenwahrnehmung des Gegenübers zu beeinflussen (diskursive Macht).

So beruht die Fähigkeit transnationaler Unternehmen, global zu beschaffen, auf ihrem Rechtsstatus als juristische Personen, auf durch internationale Verträge durchgesetzten geistigen Eigentumsrechten und auf Handelsabkommen, die sie vor Diskriminierung gegenüber lokalen Konkurrenten schützen. Ein liberales Finanzregime, das den freien Fluss von Geld über Grenzen hinweg gewährleistet, sowie eine Vielzahl bilateraler Investitionsabkommen ermöglichen es den Vermögensgäbern im Allgemeinen und Unternehmen mit beson-

ders starker Marktposition, einen überproportionalen Anteil an der Wertschöpfung in den Produktionssystemen zu erlangen.

Ein Indikator für die Macht der Unternehmen ist ihre Profitabilität, z.B. Apple mit 25% Gewinn auf den Umsatz und einer Kapitalrendite von 54,1%.¹

Die Entstehung und Reproduktion dieser Institutionen, die die Macht der transnationalen Konzerne untermauern, wird durch die Anwendung der Gramscianischen Linse sichtbar gemacht. Diese Institutionen sind das Ergebnis von Kämpfen um Hegemonie, die auf dem Zusammenspiel von materiellen Fähigkeiten, Ideen und Institutionen beruhen. Dabei geraten auch untergeordnete soziale Gruppen in den Blick. Dies ist zentral für ein umfassendes Verständnis von Macht in Lieferketten, da deren Konsens über Führung für Hegemonie im Gegensatz zu Herrschaft notwendig ist. Ein relativ stabiler »historischer Block« entsteht, wenn eine Klasse oder Klassenfraktion die Hegemonie erlangt und die wichtigsten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Institutionen einigermaßen kohärent sind. Der neoliberale historische Block hat das globale Outsourcing ermöglicht (ausführlich: Scherrer 2021a).

Risse im Neoliberalismus – Aufstieg der Volksrepublik China

Ein historischer Block ist jedoch keine dauerhafte Einrichtung. Er friert die Hegemoniekämpfe nicht ein. Das Ausbleiben des versprochenen Wohlstands für alle, Verschiebungen in den materiellen Möglichkeiten, die Verbreitung neuer Ideen und neuer Widerstandsstrategien gehören zu den Faktoren, die zu einem »kritischen Scheitelpunkt«, zu einer Situation gestörter Kräfteverhältnisse führen können.

Im globalisierten Wettbewerb kann sich nur behaupten und entwickeln, wer seine Ressourcen bündelt, wer kollektiv handeln kann. Staatliche Macht ist dafür die beste Grundlage,

wie die erfolgreichste aufstrebende Volkswirtschaft der letzten Jahrzehnte, die Volksrepublik China, gezeigt hat. Unter der Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas wurde nicht nur das immense Arbeitskräftereservoir Chinas für den wirtschaftlichen Aufschwung mobilisiert und zugleich diszipliniert, sondern auch eine Kapitalistenklasse geschaffen, deren Freiheiten dort enden, wo das kollektive Ziel, die wirtschaftliche Macht und Souveränität Chinas, gefährdet ist. Eine solche Gefahr liegt vor allem in den Verlockungen des freien Kapitalverkehrs für die Reichen. Dementsprechend sind dem Transfer von Vermögen ins Ausland Grenzen gesetzt (Zenglein/Kernfelt 2019).

Solange China vor allem als verlängerte Werkbank und Absatzmarkt für US-Unternehmen diente, waren seine Exporte in die USA willkommen. Dies änderte sich jedoch, als deutlich wurde, dass die chinesische Regierung eine Führungsrolle in der Hochtechnologie anstrebte. Auch der chinesische Test einer Hyperschallwaffe, die 2021 die Erde umrundete, hat das US-Militär aufgeschreckt, zumal China für diese Waffe amerikanische Technologie verwendete (Sevastopulo 2023).

Der Aufstieg Chinas hat nun dazu geführt, dass die USA den von ihnen selbst forcierten neoliberalen Ordnungsrahmen der Weltwirtschaft in Frage stellen. Sie waren die treibende Kraft hinter der so genannten Uruguay-Runde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), die Importkontingente weitgehend abschaffte, Zölle stark senkte, einige nichttarifäre Handelshemmnisse beseitigte, den Schutz geistigen Eigentums stärkte und 1995 die Welthandelsorganisation (WTO) ins Leben rief. Dabei nutzten die USA einerseits den Zugang zu ihrem großen Markt und andererseits andere Machtmittel (z.B. Entwicklungshilfe). Obwohl das Regelwerk der WTO weitgehend von ihnen geprägt ist, war das Streitschlichtungsverfahren der WTO in den USA von Anfang an umstritten, da es ihre Handlungsmöglichkeiten einschränkt. Es entstand als Kompromiss insbesondere gegenüber den Ländern der kapitalistischen Peripherie, die die Möglichkeit der USA, unilate-

1 Stand 4. Quartal 2024; <https://www.suredividend.com/high-roic-stocks/>.

ral Zölle zur Durchsetzung ihrer Interessen zu erhöhen, eingeschränkt sehen wollten. In den ersten 20 Jahren der WTO akzeptierten die USA Schiedssprüche auch gegen sich selbst. Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg der Volksrepublik China änderte sich jedoch der Blick auf diesen Streitschlichtungsmechanismus. Bereits unter Präsident Obama blockierten die USA den Prozess, indem sie sich weigerten, neue Berufungsrichter zu ernennen. Seitdem ist der Streitschlichtungsprozess gelähmt. Entsprechend konnten die Handelspartner der USA auf die von Trump in seiner ersten Amtszeit verhängten WTO-widrigen Zölle nicht mit WTO-sanktionierten Gegenmaßnahmen reagieren (ausführlich: Scherrer 2021b). Ohne einen funktionierenden Streitschlichtungsprozess gilt im Handelsregime inzwischen das Recht des Stärkeren. Präsident Trump glaubt nun, in seiner zweiten Amtszeit durch hohe Eintrittsbarrieren in den US-Markt den Handelspartnern Zugeständnisse abringen zu können. Wird die Macht des amerikanischen Staates dafür ausreichen? Wie sehen die zwischenstaatlichen Machtverhältnisse in der Handelspolitik aus?

Handelspolitische Machtressourcen

Zur Beantwortung dieser Fragen nehme ich eine analytische Trennung zwischen ökonomischen und politischen Machtressourcen vor. Die entscheidende ökonomische Machtressource ist die Kaufkraft des jeweiligen politischen Wirtschaftsraumes. Länder, die über eine höhere Kaufkraft verfügen, sind in solchen Verhandlungen anderen überlegen, da die Profitabilität der Unternehmen anderer Länder stärker von einem größeren Markt abhängt als umgekehrt. Weitere Quellen ökonomischer Macht sind Produkte, die für andere Länder wichtig und kaum substituierbar sind (z.B. Erdgas oder Mikrochips), infrastrukturelle Macht (z.B. internationaler Zahlungsverkehr) und große Finanzkraft, die anderen Ländern zur Verfügung gestellt oder entzogen werden kann.

Lange Zeit waren die USA der mit Abstand kaufkräftigste Wirtschaftsraum. Diese Kaufkraft wird noch dadurch verstärkt, dass

die eigene Währung gleichzeitig den Status einer Weltwährung hat. Dies ermöglicht den USA ein kontinuierliches Handelsbilanzdefizit, d.h., die USA konsumieren mehr als sie produzieren. Im Jahr 2024 wird dieses Defizit mehr als 900 Milliarden Dollar betragen, was etwas mehr als 3% des Bruttoinlandsprodukts entspricht.

Die EU mit ca. 20 Billionen BIP und China mit ca. 19 Billionen BIP werden 2025 zusammen über mehr Kaufkraft verfügen als die USA mit ca. 28 Billionen BIP. Da die EU ähnliche Vorbehalte gegenüber dem chinesischen Wirtschaftssystem hat wie die USA, ist zwar keine gemeinsame Antwort auf Trump zu erwarten, aber die nach dem Amtsantritt von Präsident Biden ausgesetzten Gespräche wurden wieder aufgenommen (Liu 2025).

Chinas Vorbereitungen auf Trump 2.0

Im Vergleich zu den letztlich erfolglosen Strafzöllen der ersten Amtszeit Trumps hat sich die Position Chinas zudem weiter verbessert. Wirtschaftlich hat sich der Abstand zum Bruttosozialprodukt der USA verringert und China ist sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen weniger abhängig von den USA (wobei allerdings chinesische Vorprodukte für US-Importe aus anderen Ländern in der Statistik nicht auftauchen). Umgekehrt ist die Welt einschließlich der USA stärker von China abhängig geworden, insbesondere bei der Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien (z.B. Batterietechnologie).

Angesichts der Finanzsanktionen der USA gegen Russland hat China seine Bemühungen verstärkt, Alternativen zum Dollar für die Abwicklung von Zahlungen zu entwickeln. So fördert es die internationale Nutzung von Zahlungssystemen auf Renminbi-Basis und reduziert den Anteil von US-Schatzbriefen an seinen Währungsreserven (Scherrer 2023).

Auch bei den politischen Machtmitteln hat China aufgeholt. Während die Trump-Administration selbst die engsten Verbündeten mit hohen Zöllen belegt und beschimpft, hat

China die Zusammenarbeit mit den BRICS-Staaten intensiviert und weitere Länder in die Gruppe aufgenommen. Die Minister Chinas, Japans und Südkoreas haben sogar ihren Wirtschafts- und Handelsdialog nach fünfjähriger Pause wieder aufgenommen.

Auch innenpolitisch ist China besser gewappnet. Die Bedrohung von außen dient als Deckmantel für die wirtschaftliche Neuausrichtung auf Technologieführerschaft und das Streben nach mehr wirtschaftlicher Eigenständigkeit statt allgemeinem Wirtschaftswachstum. Um die Auswirkungen auf kleine Unternehmen abzufedern und Arbeitslosigkeit zu vermeiden, ergriff die KPCh gezielte fiskal- und geldpolitische Maßnahmen. Zudem schuf sie rechtliche Grundlagen für Vergeltungsmaßnahmen (Liu 2025).

Angesichts dieser chinesischen Vorbereitungen ist es fraglich, ob es Trump gelingen wird, China am weiteren technologischen Auf- und Überholen zu hindern. Ob die offiziellen Ziele der Trumpschen Hochzollpolitik, neben der Schwächung Chinas die Stärkung des verarbeitenden Gewerbes in den USA und zusätzliche Steuereinnahmen, die Motive für diese Politik abdecken, ist allerdings fraglich. Vielmehr ist zu vermuten, dass die Zölle auch dazu dienen, das US-Kapital, durch die Gewährung bzw. Verweigerung von Ausnahmen von den Zöllen, Trump gefügig zu machen (Scherrer 2025).

Die Werktätigen bleiben am unteren Ende der Lieferketten

Im neoliberalen Zeitalter lag die Gestaltungs- und Aneignungsmacht in den globalen Lieferketten vor allem in den Händen von Konzernen mit starker Marktposition sowie kollektiver, institutioneller und diskursiver Macht. In Zeiten geopolitischer Spannungen versuchen die Regierungen der mächtigen Nationen, die Lieferketten so zu gestalten, dass ihre jeweilige wirtschaftspolitische Souveränität gestärkt wird. Dies führt jedoch nicht dazu, dass diejenigen, die durch ihre Arbeit die Produkte herstellen oder Dienstleistungen erbringen, innerhalb der Lieferketten an Macht

gewinnen und ihren Anteil an der Wertschöpfung erhöhen. Im Gegenteil: Für den wieder erstarkten nationalen Wettbewerb sollen sie Lohnzurückhaltung üben, höhere Verbraucherpreise dulden und auf eine Sorgfaltspflicht in der Lieferkette verzichten. ■

Literatur

- Barrientos, S. /Smith, S. 2007: Do workers benefit from ethical trade? Assessing codes of labour practice in global production systems. *Third World Quarterly* 28(4), 713-729.
- Liu, Z.Z. 2025: How China Armed Itself for the Trade War. <https://www.foreignaffairs.com/china/how-china-armed-itself-trade-war>
- Lukes, S. ([1974] 2005): *Power: A Radical View*. London.
- McGuire, D. /Scherrer, C. 2015: Providing Labor with a Voice in International Trade Negotiations. *Philippine Journal of Labor and Industrial Relations* 33, 1-23.
- Scherrer, C. 2021a: *Macht in weltweiten Lieferketten*. Hamburg.
- Scherrer, C. 2021b: *America second? Die USA, China und der Weltmarkt*. Berlin.
- Scherrer, C. 2023: Herausforderungen für den US-Dollar und das Währungsregime. *PROKLA* 213, 53(4) 597-617. <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i213.2081>
- Scherrer, C. 2025: Trump's tariff policy - Disciplining Capital by Granting Exemptions. *The Bullet*. <https://socialist-project.ca/2025/04/trumps-tariff-policy/>
- Schmalz, S./Ludwig, C./Webster, E. 2018: The Power Resources Approach: Developments and Challenges. *Global Labour Journal* 9(2), S. 113-134.
- Sevastopulo, D. 2023: Technology Remains Core Battle with Beijing. *Financial Times*. <https://www.ft.com/content/68f78a57-c2f4-4382-bbdd-39131630b236>
- Zenglein, M./Kernfelt, M. 2019: China's Caution About Loosening Cross-Border Capital Flows. Fear of financial instability will continue to slow the liberalization of the capital account. URL: <https://merics.org/>

50 Jahre „Memoranden“ der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“

Interview mit Rudolf Hickel

Vor fünf Jahrzehnten, 1975 gründete sich die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Die Initiative – getragen von gewerkschaftsnahen, keynesianisch geprägten Ökonom:innen – veröffentlicht seither jährlich ihr „Memorandum“: ein wirtschaftspolitisches Gegengutachten mit dem Anspruch, soziale Gerechtigkeit, Vollbeschäftigung und ökologische Nachhaltigkeit ins Zentrum zu rücken. Im Folgenden drucken wir aus diesem Anlass ein lesenswertes Interview mit Gründungsmitglied Rudolf Hickel aus der Frankfurter Rundschau in gekürzter Fassung.

Die Memorandum-Gruppe gilt als links - zurecht? Was ist „links“ für Sie?

Wenn links ist, sich einzusetzen für die aktive Gestaltung der Gesellschaft mit den Zielen, soziale Gerechtigkeit auch durch Chancengleichheit, Gleichberechtigung statt Diskriminierung, Klimaretterung und internationale Solidarität, dann ist die Memo-Gruppe links. Nach unserem Konzept gehört eine zivilisierte Wirtschaft gegen Missbrauch durch Kapitalmacht dazu. Übrigens ist in diesem Sinne das Grundgesetz auch links. Es geht am Ende um einen „emanzipatorischen Liberalismus“. Im Mittelpunkt steht die Schaffung der Voraussetzungen für die individuelle Entfaltung. Dazu braucht es jedoch den aktiv ordnenden und intervenierenden Staat sowie starke Gewerkschaften gegen die Gefahr profitwirtschaftlicher Ausbeutung.

Konjunktur- und Wirtschaftsberatung gibt es massenhaft. Was unterscheidet die Memorandum-Gruppe bis heute? Nur die wirtschaftspolitischen Rezepte? Oder auch die Ziele?

Hier hat sich ein Wandel vollzogen. Als Jörg Huffschmid und Herbert Schui mit mir die „Memo-Gruppe“ 1975 gegründet haben, schwenkte die Wirtschaftswissenschaft und Politik auf die Ideologie ein, die 1975 aufflammende Wirtschaftskrise und steigende Arbeitslosigkeit müssten durch die Entfesselung der Marktkräfte bekämpft werden.

Das war die Geburtsstunde des Neoliberalismus. 1975 propagierte der „Rat der fünf Weisen“ unter der nur rhetorisch gemeinten Frage „Krise der Marktwirtschaft?“ ein Totalbekenntnis zur Austreibung der Krise mit mehr an unreguliertem Markt. Gewerkschaften und der Interventionsstaat galten als die „Schurken“. Gegen diesen sich abzeichnenden Marktfundamentalismus richtete sich unsere Arbeitsgruppe mit ihren Alternativen. Seit einigen Jahren hat sich jedoch die Lage verändert. Im „Rat der fünf Weisen“ sorgten Peter Bofinger und derzeit Axel Truger für hochwertige Kritik an der der beratenden Mainstream-Economics. Zum seit Jahrzehnte vielfach kritisch argumentierenden „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung“ kam das analytisch fundierte und empirisch arbeitende „Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung“ der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung hinzu. Diese Institutsgründung hatte die Memo-Gruppe unterstützt. Dort stehen heute Konzepte für „gute Arbeit“ und Klimaretterung auf der Basis empirischer Studien im Mittelpunkt.

Gibt es Positionen, die sie aufgegeben haben? Wo haben Sie sich geirrt? Oder anders: Was haben Sie in 50 Jahren Memorandum gelernt?

Ja, wir haben uns auch geirrt und daraus gelernt. Zum Irrtum gehört die Forderung nach der Verstaatlichung von Unternehmenskomplexen. Das Beispiel ist die Stahlindustrie. Staatliches Eigentum garantiert noch lange nicht verantwortungsvolles Unternehmenshandeln. Jedenfalls beweist heute die deutsche Stahlindustrie, wie zusammen mit dem finanziell helfenden Staat die nach Schumpeter die „schöpferische Zerstörung“ in Richtung GreenSteel gemanagt wird. Unsere Antwort lautet heute: Unternehmen brauchen von innen heraus eine effektive demokratische Mitbestimmung. Von außen hinzukommen muss die Sicherung des grundgesetzlich garantierten Tarifvertragssystems mit starken Gewerkschaften und der die Rahmenbedingungen sichernde und finanziell fördernde Staat.

Sie schreiben: „Oftmals war die „Memo-Gruppe“ ein einsamer Rufer, der nicht ernst genommen wurde.“

Es gibt zwei Themen, bei denen wir anfangs nicht ernst genommen wurden, jedoch später Recht bekommen haben. Das war die bereits in der „Föderalismuskommission II“ 2007 vorgetragene Kritik an der Schuldenbremse. Wir haben damals vor allem mit Axel Troost im Deutschen Bundestag in den Beratungsrunden in Berlin die sich abzeichnende Demontage des öffentlichen Kapitalstocks prognostiziert. Kritisiert haben wir Ideologisierung der Schuldenlast als Erbe für nachfolgende Generationen. Denn Staatsschulden sind das einzige Finanzierungsinstrument, durch das die von heute ausgelösten Investitionen profitierende Generationen daran anteilig finanziell beteiligt werden können. Die Aussage des Bundesverfassungsgerichts vom April 2021, wer heute selbst machbare Innovationen gegen den Klimawandel unterlasse, der schränke die Freiheitsrechte durch vielfache Naturkatastrophen in der Zukunft ein. Jetzt gibt es eine erste Reform der Schuldenbremse. Das ist gut so. Es war aber weniger der Erfolg der wissenschaftlichen Kritik an der Schuldenbremse als die sich zusammenbrauende reale Gewalt der Infrastrukturkrise.

Ein weiteres Beispiel: Anfangs wurden wir auch mit unserem Engagement für Mindestlöhne nicht ernst genommen. Das galt als ein brutaler Eingriff in die Autonomie der Wirtschaft. Dabei nahm damals die Zahl derer, die von der Erwerbsarbeit nicht mehr leben konnten, mit der Agenda 2010 deutlich zu. Auch Teile der Gewerkschaften hatten anfangs Sorge, ihren Einfluss auf die unteren Lohngruppen zu verlieren. Wir haben die vielen Studien aus dem Ausland verarbeitet (Metastudie) und die Notwendigkeit der Mindestlöhne gegen Ausbeutung im durch Tarifverträge nicht mehr erfassten Sumpf prekärer Arbeit begründet. Heute gibt es eine breite Zustimmung für Mindestlöhne im Kampf gegen prekarierte Lohnverhältnisse. Diese Bestätigung unserer Arbeit ist auch ein kleiner Beitrag zum Erfolg für die zuvor prekär Beschäftigten.

Als die Memorandum-Gruppe startete, war der Zeitgeist keynesianistisch. In den neunziger Jahren kam dann auch in Deutschland der Neoliberalis-

mus an und brachte Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung, Rückbau des Staates und eine allgemeine Parteinahme für die „Investoren“: Kritik an Sozialstaat und Gewerkschaften, allgegenwärtige Forderung nach „Wettbewerbsfähigkeit“ des Standortes. Heute dagegen ist das Pendel wieder etwas zurückgeschwungen: höhere Staatsschulden, öffentliche Investitionen, Industriepolitik, Handelsregulierung sind en vogue oder zumindest teilweise rehabilitiert.

Rehabilitiert wäre wohl zu viel der Ehre. Aber wir freuen uns im 50sten Jahr, dass unsere Aufklärungsarbeit zum Stimmungswechsel beigetragen hat. Allerdings ist es die Wucht der Mehrfachkrise, die die Illusion der ökonomischen Wohlstandsschaffung durch die Entfesselung der Marktkräfte endgültig erschüttert hat. Die großen sozial-ökologischen Transformationsprojekte sind nur in einer neuen Kooperation zwischen den dynamisch-innovationsbereiten Unternehmen und dem finanzstarken Staat möglich. Robert Habeck hat durchaus in diese Richtung der Entwicklungsdynamik von J.A. Schumpeter erfolgreich gehandelt. Es lohnt sich für die neue Bundesregierung daran anzuschließen.

Woher kommen solche Umschwünge des Paradigmas? Was bestimmt den Zeitgeist? Die besseren Argumente? Oder anders: War der Neoliberalismus so erfolgreich, weil er so einleuchtend ist?

Mit dem beginnenden Ausstieg aus der Schuldenbremse vollzieht sich (leider) kein grundlegender Wechsel vom neoliberalen zum neuen Kooperationsmodell zwischen der demokratisierten Wirtschaft und staatlichem Handeln. Die Ideologie der entfesselten Marktkräfte als Krisenlöser bleibt immer virulent. Allerdings zwingt die real einstürzende Infrastruktur zur Kurkorrektur. Es sind gerade diese Katastrophen, die die für die Paradigmenbildung wichtige öffentliche Meinung beeinflussen. Hinzu kommen auch die allerdings viel zu wenigen innovationsklugen Unternehmen, die auf diese Infrastruktur, die über Märkte nicht herstellbar ist, bestehen. Diese Widersprüchlichkeit zwischen Praxis und Ideologie zeigt sich jetzt schon bei Friedrich Merz. Er ist immer noch zu tiefst von der Schuldenbremse überzeugt. Auch sieht er nur die Last künftiger Generationen durch den Kapitaldienst. Die intertemporale Wirkung

heute ausgelöster Wohlstandseffekte, aus denen künftig die Zinsen finanziert werden, ist dem Kurzfrist-Marktoptimisten zuwider. Aber Merz ist Pragmatiker genug zu erkennen, dass ohne Kreditfinanzierung der Standort Deutschland nicht zu retten ist. Der Trick mit der gerade noch erreichbaren 2/3-Zustimmung des alten Parlaments wurde zum fiskalischen Befreiungsschlag für das neue Kabinett. Merz bleibt im Herzen dem marktoptimistischen Neoliberalismus treu. Durch die Krise erzwungene Abweichungen in Richtung Staatsinterventionismus gelten als Ausnahmen, werden aber immer wieder möglich sein.

Zählen in der Frage, welche Position hegemonial wird, überhaupt Fragen wie „wahr und falsch“, also ob ein Argument zutrifft oder nicht? Oder anders gefragt: Wird die Welt in ökonomischen Fragen tendenziell immer klüger, gibt es eine aufsteigende Wissens-Linie? Oder nur den ewigen Streit?

Dazu lässt sich das wie bereits angesprochene Beispiel „März und die Schuldenbremse“ heranziehen. Es sind letztlich die hegemonialen Interessen an der Lösung übergreifender Krisen, die den pragmatisch-opportunistischen Zeitgeist und damit auch realisierte Politik prägen. Umso wichtiger ist es, auf den Zeitgeist Einfluss zu nehmen. Und hier kommt die Memo-Gruppe mit ihrem bescheidenen Beitrag zur ökonomischen Aufklärung zum Einsatz. Dass nach anfänglich großer Unsicherheit die Gewerkschaften die Führungsrolle bei der Kritik der Schuldenbremse als Investitionsbremse übernommen hatten, dadurch ist durchaus der Zeitgeist bewegt worden.

Ist der Neoliberalismus tot? Oder zumindest in der Krise?

Der Neoliberalismus ist so lange nicht tot so lange die Kapitalmacht auf den Märkten dominiert. Deshalb dominiert das Interesse an hohen Renditen und Dividenden die Wirtschaft mit Einflussnahme auf die Politik. Allerdings zwingen die Krisen zu abweichender Politik. Das gilt auch für den künftigen Sozialstaat. Der grundsätzlich geforderte Neoliberalismus mit dem Ziel, diesen zu demontieren, muss durch politisch wirksame Gegenkräfte ausgebremst werden. Schließlich gibt es weder historisch noch international den Kapitalismus. Die jeweilige Ausprägung hängt auch von den

gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab. Dass sich die neue Bundesregierung auf die Soziale Marktwirtschaft mit einer starken Sozialsäule zum Ausgleich systemischer Risiken für die abhängig Beschäftigten sowie die ökologische Transformation entscheidet, ist jedenfalls nicht garantiert. Deshalb ist politisch breite Kritik an der drohenden Sozialstaat-Schmelze und dem Rückzug aus der Klimaretterei erforderlich. Dazu braucht es auch der Aktivitäten der Zivilgesellschaft. Und die ethisch verantwortliche Wirtschaftswissenschaft soll hierzu Wege machbarer Alternativen aufzeigen. Das ist eine Aufgabe für kommende Memoranden.

Eine klassische linke Position ist die Forderung nach Um- oder Rückverteilung. Dabei geht es meist um die Neuverteilung von Erträgen (z.B. über Kapitalsteuern oder Reichensteuern). In den Memoranden geht es dagegen regelmäßig um die Neu-Verteilung des Eigentums selbst, so auch im jüngsten Memorandum (=> „Kritik der die Politik und Gesellschaft bestimmenden Kapitalmacht“)

Bei der Herausforderung Umverteilung gilt es zu unterscheiden. Auf der oberen Ebene geht es um die Verteilung der Erträge aus der Wertschöpfung. Dazu dient vor allem die Lohnpolitik auf der Basis starker Tarifverträge mit Bindungswirkung. Hinzu kommt die Umverteilung über das Steuersystem. Weil jedoch die Einkommens- und Vermögenden derzeit zu wenig zur Finanzierung des Staates, von dem sie auch profitieren, beitragen, stehen eine Vermögensteuer und eine Reform der Einkommensteuer nicht nur durch die deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf der Agenda. Jedoch bedarf es auch der Reform auf der unteren Ebene, der Basis zur Schaffung von Verteilungsgerechtigkeit. Hier steht die Demokratisierung der Produktionsverhältnisse im Mittelpunkt: Ziel der Memo-Gruppe ist und bleibt es, die antidemokratische, auch wettbewerbsfeindliche Kapitalmacht abzubauen. Denn die vermachtete Marktwirtschaft verhindert den fairen Wettbewerb.

Das Interview führte Stefan Kaufmann für die Frankfurter Rundschau. Die Langfassung ist in der Ausgabe vom 6. Mai 2025 oder online - <https://www.fr.de/wirtschaft/der-neoliberalismus-ist-nicht-tot-93715843.html>. ■

Probleme der Wirtschaftsdemokratie

Beitrag für das Symposium zum 100. Geburtstag von Peter von Oertzen am 15.11.2024 in Hannover

von Franziska Wiethold



⇒ Franziska Wiethold hat Soziologie und Politik studiert und ist seit 1972 Gewerkschaftssekretärin, zuletzt bei Ver.di, gewesen. Sie ist Vorstandsmitglied in der AG Alternative Wirtschaftspolitik („Memo-Gruppe“) und seit 2006 Rentnerin.

Foto: © privat

Ich beziehe mich bei meinen Überlegungen zur Wirtschaftsdemokratie auf das Grundkonzept von Peter von Oertzen, in dem Betriebsdemokratie verbunden werden soll mit Privat- und Gemeineigentum, mit Wettbewerb und Planung, mit Markt und Staat, mit öffentlichen Rahmenbedingungen und staatlichen Eingriffen.

1. Trotz (oder wegen?) der aktuellen Phase zunehmender Unsicherheiten und Umbrüche und dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien gibt es m. E. Ansatzpunkte für wirtschaftsdemokratische Bewegungen. Ansatzpunkte bieten die Brüche im aktuellen kapitalistischen System, an die wir anknüpfen können, statt sie Reaktionären mit ihrer Flucht in die scheinbar bessere Vergangenheit zu überlassen:

- Die Delegitimierung neoliberaler Ideologien, die ihre Versprechungen auf Wohlstand, individuelle Entfaltung, Aufstiegsmöglichkeiten fundamental gebrochen und damit Enttäuschungen produziert haben.
- Die unter neoliberaler Unternehmenssteuerung noch einmal gewachsene Diskrepanz zwischen dem Anspruch der Beschäftigten auf gute Arbeit und entsprechende Teilhabe einerseits und der Profitherrschaft andererseits.

- Die wachsende Kritik an den destruktiven Kräften eines kapitalistischen Regulierungssystems, das durch den Abbau des Staates selbst diejenigen staatlichen Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Ökologie nicht mehr zulässt, die für das Funktionieren des gesamten Systems nötig sind.
- Die Bewältigung der ökologischen Transformation, die entgegen neoliberaler Ideologie einen sozialen Ausgleich der Transformationsfolgen erfordert.

Es wird wieder mehr über Wirtschaftsdemokratie diskutiert, aber m. E. zu technokratisch, zu fixiert auf Institutionen. Individuen mit ihren Ambivalenzen und Bedürfnissen spielen eine zu geringe Rolle. Zudem wird vor allem bei Jüngeren zu wenig die komplizierte Historie wirtschaftsdemokratischer Ansätze mit ihren Erfolgen und Misserfolgen aufgearbeitet. Auf diese Schwächen möchte ich eingehen. Ich konzentriere mich dabei auf das Zusammenspiel von Unternehmen, die Produkte und Dienstleistungen für einen Markt herstellen und deren Einbettung in gesellschaftliche Planung. Weite Teile der Daseinsvorsorge und staatlicher Leistungen müssen aber dem Markt entzogen werden. Deren demokratische Kontrolle behandle ich hier nicht.

2. Wirtschaftsdemokratie will anstelle der Profitinteressen von Kapitalbesitzern gesellschaftliche Interessen verwirklichen. Doch wie entstehen gesellschaftliche Interessen? Anstelle älterer Vorstellungen, dass gesellschaftliche Interessen durch „das Proletariat“ oder Arbeiterparteien per se repräsentiert würden, gehen alle neueren Konzepte von einer Vielfalt unterschiedlicher Sichtweisen oder Interessen aus - nicht nur zwischen verschiedenen Gruppen, sondern auch zwischen verschiedenen Lebensbereichen (KonsumentInnen versus Produzierende usw.), die durch deliberative Prozesse

zueinander finden müssen. Allerdings unterschätzen viele Konzepte die Konflikträchtigkeit dieses Prozesses. Sie unterstellen bei den Menschen ein eher originäres Solidaritätsbedürfnis, das durch die Abschaffung kapitalistischen Konkurrenzdenkens sich endlich verwirklichen könne. Menschen sind zwar im Gegensatz zum Konstrukt des homo oeconomicus soziale Wesen. Sie beziehen sich deshalb auf Gesellschaft, wollen sich aber dort auch als Individuen verorten und dabei einen „gerechten“ Platz auch im Verhältnis zu Anderen finden. Gerechtigkeit unterstellt nicht unbedingt Gleichheit oder Gleichwertigkeit. Gerechtigkeit ist eher ein relationaler Begriff – man will in seinem spezifischen Wert gerecht gegenüber Anderen behandelt werden und sich dadurch auch abgrenzen. Auch die Geschichte der Arbeiterbewegung – vor allem der Gewerkschaften – zeigt das. Abhängig Beschäftigte organisierten sich zunächst in spezifischen Gruppen nach bestimmten Berufen und/oder nach Region (häufig Handwerker oder Facharbeiter), die nicht nur gegen das Kapital kämpften, sondern auch ihren Status gegenüber andere abhängig Beschäftigten (andere Professionen, Ungelernte, Frauen, Migranten) verteidigen wollten. Solidarität beschränkte sich also zunächst auf diese Gruppen, die sich häufig auch als höherwertiger bei der Herstellung gesellschaftlichen Reichtums definierten. Erst durch gemeinsame betriebliche/regionale Auseinandersetzungen gegen Kapitalisten und durch politische Lernprozesse bildeten sich größere Organisationen, universalisierten sich die gemeinsamen Ziele (siehe B. Silver). Dieser Lernprozess muss wahrscheinlich immer wieder durchlaufen werden. Er ist konfliktreich, weil er immer wieder tradierte Wertvorstellungen und das Bedürfnis nach einem besonderen Status in Frage stellt. Die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung um diskriminierungsfreie Tarifverträge der letzten Jahrzehnte zeigte z.B., wie stark Männer sich mit ihren Wertvorstellungen als Familienernährer identifizierten, wie schwer es ihnen fiel, diese Wertvorstellung zu überwinden, aber dass es bei einer solidarischen, nicht abwertenden Diskussion möglich war.

In der Arbeiterbewegung führten der Berufsstolz und der Anspruch, dass abhängig Be-

schäftigte die eigentlichen Produzenten gesellschaftlichen Reichtums sind, also nicht nur zur Abgrenzung gegen das Kapital, sondern auch gegenüber denjenigen, die keine „respektable“ Position als Arbeiter und damit Produzenten gesellschaftlichen Reichtums gefunden hatten. Ein besonders unrühmliches Beispiel für eine solche Abgrenzung nach „unten“ findet man im Kommunistischen Manifest – also aus höchstem Munde: „Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die proletarische Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen.“ Eine Abwertung von Menschen, die m. E. dem von uns so geschätzten letzten Satz des Manifestes über das kommunistische Ziel widerspricht: „...eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die Entwicklung aller ist.“ Die aktuell wieder erstarkte Abgrenzung von der „leistungsbereiten Mitte“ gegenüber Bürgergeld-EmpfängerInnen ist also nicht nur von Neoliberalen aufgezwungen!

Bei der Auseinandersetzung, was denn gesellschaftliche Interessen sein könnten, werden also nicht nur unterschiedliche Wertvorstellungen über den jeweiligen „gerechten Anteil“ eine Rolle spielen. Es wird auch Zielkonflikte zwischen gleichwertigen Interessen geben, die diskutiert und entschieden werden müssen. Ota Sik benannte bereits 1979 in seinem Buch „Humane Wirtschaftsdemokratie“ den Zielkonflikt zwischen schneller Wohlstandssteigerung auch durch Externalisierung von Kosten einerseits und nachhaltigem Wachstum andererseits, der auch unter wirtschaftsdemokratischen Bedingungen existieren würde und der in jeder Wirtschaftsplanung offengelegt werden müsse. Auch dieser Zielkonflikt ist also nicht nur kapitalistischem Profitstreben inhärent, wie der Umgang mancher sozialistischer linker Regime mit der Nachhaltigkeit zeigte.

Wirtschaftsdemokratie braucht also Räume, wo unterschiedliche Ziele, Wert- und Statusvorstellungen auch im Konflikt miteinander diskutiert werden können.

3. Demokratisch verwaltete Unternehmen setzen erhebliche Produktivkräfte frei. Denn Beschäftigte können endlich ihr Wissen und ihr Arbeitsengagement umfassend einbringen. Diese Identifikation mit dem Arbeitsprodukt wirkt sich zwiespältig aus: der Wunsch nach einem guten, auch gesellschaftlich nützlichen Arbeitsprodukt kann eher verwirklicht werden und den Wohlstand gegenüber einer profitgetriebenen Verschleißproduktion erheblich steigern. Andererseits wird damit die Identifikation der Beschäftigten mit ihrem Produkt und ihrem Unternehmen eher noch wachsen und damit eine spezifische, auf den Betrieb konzentrierte Sichtweise, die sich auch gegen Andere abgrenzen will. Vor allem unter Markt- und damit Konkurrenzbedingungen kann das Betriebsgeheimnis, die Nutzung von Marktmacht und die Externalisierung von Kosten befördern.

Auch das Konzept von Commons – ob in Form von Genossenschaften oder ähnlichem – entgeht dieser Gefahr nicht. Die Gemeinschaftsbildung in Commons setzt viel Solidarität frei – eine wichtige Grundlage für demokratische Entscheidungsprozesse. Aber sie kann auch zu einem Gemeinschaftsgedanken führen, der sich von Anderen abgrenzt, der durch gemeinsame Normen auch einen gewissen Konformitätsdruck mit sich bringen kann, interne Herrschaftsstrukturen nicht wahrhaben will und gleichzeitig die interne Kontrolle vernachlässigen kann, die in einer Solidargemeinschaft gegenüber „Seinesgleichen“ schwer fällt (siehe das Scheitern mancher Genossenschaften und der Gemeinwirtschaft der Gewerkschaften in den 80er Jahren). Die von Elinor Ostrom zu recht positiv gewürdigte Allmende-Struktur hatte einen Preis: die relative Geschlossenheit dieser Organisationsform gegenüber Anderen und die starke soziale Kontrolle durch gemeinsame Normen, die auch einengen konnten. Experimente, die häufig auch an ihren überhöhten Anforderungen an Gemeinschaft scheiterten (wie manche Kibbuzim) sollten kritisch aufgearbeitet werden. Commons, die für einen überschaubaren Markt mit hoher Übereinstimmung zwischen Genossenschaftsmitgliedern und NutzerInnen des Commons-Angebotes arbeiten (z.B. Wohnungsbau-Genossenschaften), waren und sind erfolgreich. Schwieriger wird

es, wenn sie für einen überregionalen Markt arbeiten und sich damit einer entsprechenden Konkurrenz aussetzen.

Betriebsdemokratie unter Marktbedingungen braucht also eine gesellschaftliche Regulierung, die Grenzen und Regeln setzt und vor allem Betriebsgeheimnis einschränkt. Klaus Dörre schlägt dafür u.a. vor, dass Unternehmen von vornherein in ihrer Unternehmensverfassung zur Einhaltung gesellschaftlicher Ziele verpflichtet werden – ob in Bezug auf ökologische Nachhaltigkeit oder soziale Auswirkungen ihrer globalen Marktbeziehungen. Er bezieht sich hier auch auf die 17 Sustainable Development Goals der UNO von 2015. Das deutsche (und demnächst europäische) Lieferkettengesetz, das noch unzureichend Unternehmen für die Einhaltung sozialer Mindestnormen auch bei ihren Lieferanten zwingt, ist dabei ein erster Ansatzpunkt. Denn Wirtschaftsdemokratie erfordert, dass Unternehmen auch für das verantwortlich gemacht werden, was sie entlang ihrer Lieferketten in Bezug auf die Natur und die sozialen Rechte Anderer anrichten. Belegschaften in demokratisch geführten Betrieben müssen deshalb mit diesen Auswirkungen konfrontiert werden und darüber reflektieren, welche Auswirkungen ihre Produktion hat. Das schränkt die Gefahr des Betriebsgeheimnis ein. Hier sind auch aktuell Ansatzpunkte zu finden. Schon jetzt organisieren Gewerkschaften internationale Solidarität, indem z.B. Beschäftigte von Textil-Einzelhandelsunternehmen sich damit auseinandersetzen, unter welchen Bedingungen die T-Shirts, die in ihrem Laden verkauft werden, in Bangladesch, Indien, China usw. hergestellt werden.

4. Gesellschaftliche Regulierung erfordert Gremien (Räte) auf der Meso-, Branchen- und Makroebene, in denen sich mehrere Interessen widerspiegeln – also neben Interessen der Beschäftigten ökologische Interessen, Geschlechterinteressen usw. Diese Gremien sollen – so der Anspruch – sich vom Korporatismus früherer Zeiten abgrenzen. Dort bildeten Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Staat „tripartistische“ Bündnisse, die sich häufig gegen Öffentlichkeit und anderen Gruppen abgrenzten und z.T. Kompromisse zulasten

Dritter abschlossen. Vor dieser Korporatismus-Gefahr soll – so u.a. Dörre – die stärkere Einbindung der „Zivilgesellschaft“ schützen (ein sehr ungenauer, aber positiv aufgeladener Begriff) – also NGOs, denen mehr Staatsferne und mehr Nähe zu neueren sozialen Bewegungen unterstellt wird. Aber können diese Organisationen diesem hohen Anspruch gerecht werden? Wen repräsentieren sie, wer legitimiert sie? Und wie so sind sie bei dauerhafter Einbindung in Gremien (was inzwischen häufig stattfindet) vor Korporatismus gescheut? Alle Erfahrungen mit einer dauerhaften Zusammenarbeit verschiedener Organisationen in Gremien belegen, dass sich auch hier korporatistische Strukturen entwickeln können, wenn VertreterInnen immer wieder Kompromisse finden müssen. Verbände und Verbandsstrukturen haben eine Eigendynamik, die in der Linken zu wenig diskutiert wird. Dieser Abschottung muss entgegengewirkt werden, indem die Planungsprozesse solcher Gremien immer wieder – auch mit der Benennung von Alternativen und Unsicherheiten – mit den Betroffenen rückgekoppelt werden müssen, unabhängig davon, ob diese Gremien mit traditionellen Organisationen oder „Zivilgesellschaft“ besetzt sind.

Eingriffe in Marktprozesse werden häufig davon beeinflusst, was gesellschaftlich als „systemrelevant“ angesehen wird und deshalb besonders gefördert/geschützt werden muss. In Deutschland stand lange Zeit die Exportindustrie an erster Stelle der Rangskala systemrelevanter Branchen und Arbeitsplätze (und damit die Arbeitsplätze männlicher Industriearbeiter) – auch in den Gewerkschaften und linken Bewegungen. Das hat sich etwas verschoben – auch der Gesundheits- und Erziehungsbereich wird inzwischen stärker als systemrelevant angesehen. Trotzdem müssen solche Werteskalen bewusst gemacht und kritisch diskutiert werden. Die „Aufmerksamkeits-Ökonomie“ reagiert am ehesten auf Konflikte in „systemrelevanten“ Bereichen oder von gut organisierten Gruppen, mit denen sich in der Öffentlichkeit leichter mobilisieren lässt. Auch linke Bewegungen sind davor nicht befreit.

Gesellschaftliche Regulierung braucht außerdem Selbstbeschränkung. Die Gremien

müssen bei ihren Planungen die Unwägbarkeiten von steuernden Eingriffen in Marktprozesse mit berücksichtigen. Sie müssen deshalb Unsicherheiten mit reflektieren und zu Korrekturen bereit sein. Sie müssen sich außerdem in dem beschränken, was sie an generellen Normen und Regeln vorgeben wollen und wo sie sich zugunsten von individuellen Spielräumen und Vielfalt zurückhalten sollten. Das Verhältnis von gemeinschaftlichen Regeln/Normen und individueller Vielfalt ist in der Arbeiterbewegung nur unzureichend diskutiert. Naphtali z.B. hat in seinem Konzept der Wirtschaftsdemokratie große Hoffnungen auf die Konsumgenossenschaften gesetzt, die perspektivisch die Mehrheit der Bevölkerung versorgen sollten – aber nicht die oberen Zehntausend mit ihren Luxusbedürfnissen und auch nicht „die nicht konsumgenossenschaftsfähigen Schichten... die untersten Schichten des Proletariats, die an der Grenze des Lumpenproletariats stehen und in die Borgwirtschaft fest verstrickt sind“. (Naphtali, S. 93). Dieter Moor hat – ob erfunden oder real, bleibt offen – den Konsumgenossenschaften das Motto zugeschrieben: „Was wir nicht haben, brauchen Sie nicht!“ Als Ulrike Herrmann in ihrem Buch „Das Ende des Kapitalismus“ die britische Kriegswirtschaft mit den damals notwendigen Einschränkungen und Normierungen des Konsums als mögliches Beispiel für eine jetzt ökologisch notwendige Degrowth-Politik zitierte, fand das durchaus Anhänger.

Gesellschaftliche Normen sind notwendig, gemeinschaftliches Handeln eine notwendige Voraussetzung jeder Wirtschaftsdemokratie. Aber es muss selbstkritisch hinterfragt werden, wie notwendig sie jeweils sind. Man muss der Versuchung entgehen, Normen zulasten individueller Spielräume zu setzen, die mehr einer normativen Mehrheitsmeinung als einer ökonomisch-ökologischen Notwendigkeit entspringen.

4. In den bisherigen Konzepten zur Wirtschaftsdemokratie ist nicht ausreichend bearbeitet worden, wie die Bevölkerung in die Diskussionen und Entscheidungen wirtschaftsdemokratischer Institutionen einbezogen werden kann. Wenn BürgerInnen in der Sphäre

der Erwerbsarbeit nicht mehr zu abhängig Beschäftigten – der Kapitalmacht unterworfen – degradiert werden, ist eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, dass Menschen sich als wirkmächtig empfinden. Aber das dürfte nicht reichen. Die bisherigen Erfahrungen und neueren Ansätze bei der Beteiligung sollten auch einbezogen werden. Dass traditionelle Organisationen häufig die Bevölkerung nur selektiv abbilden und außerdem ihre Bindekraft eingebüßt haben, ist inzwischen bekannt. Runde Tische, Räte aller Art werden deshalb sehr viel breiter zusammengesetzt als in tripartistischen Zeiten. Aber auch sie bilden die Bevölkerung nur selektiv ab. Inzwischen wird immer häufiger mit Bürgerräten experimentiert, die - durch das Zufallsprinzip ausgewählt – die gesamte Bevölkerung repräsentieren. Das ist ein wesentlicher Schritt, auch diejenigen zu beteiligen, die sich nicht organisieren und sich nicht als entscheidungsmächtig empfinden (siehe auch die Vorschläge von Steffen Mau). Aber es wird zu wenig diskutiert, wie die Arbeitsergebnisse dieser Gremien mit der Bevölkerung diskutiert werden können. Das erfordert neue Beteiligungsformen auch mit entsprechenden zeitlichen Ressourcen. Es erfordert, bei anstehenden Umbrüchen (die auch in einer Wirtschaftsdemokratie unumgänglich sind) Betroffene einzubeziehen und ihre Wirkmächtigkeit zu stärken. Der Kohlekompromiss, der in der Kohlekommission 2019 Rahmenbedingungen für den Ausstieg aus der Braunkohle gesetzt hat, hatte in Bezug auf soziale Absicherung und Förderung neuer regionaler Wirtschaftsstrukturen beachtliche Ergebnisse. Aber ist es gelungen, die Betroffenen mit ihrer Zukunftsangst genügend einzubeziehen? Wahrscheinlich nicht – sonst hätte die AfD in diesen Regionen nicht so punkten können. Bei der anstehenden ökologischen Transformation muss also das Ohnmachtsgefühl vieler betroffener Beschäftigter abgebaut werden. Sie müssen sozial abgesichert werden. Sie müssen auch Alternativen für ihre Zukunft entwickeln können, um sich nicht nur „abgewickelt“ zu fühlen. Die IG Metall fordert deshalb, dass Belegschaften während der Arbeitszeit in Zukunftswerkstätten u.ä. darüber diskutieren können, welche Alternativen zur bisherig umweltschädlichen Produktion vorhanden sind. Für die gesamtwirtschaftliche Planung hat Ota

Sik die Idee entwickelt, dass Parteien in ihren Planungsvorstellungen Alternativen, Zielkonflikte, Unsicherheiten, mitbenennen und zur Abstimmung stellen müssen, damit WählerInnen sich damit auseinandersetzen können und damit keine Partei den Anspruch erheben kann, ein in sich geschlossenes, risikoloses und alternativloses Konzept zu haben. In diese Richtung muss weiter diskutiert und erprobt werden. Und es müssen Einstiegsprojekte entwickelt werden, die an die anfangs geschilderten Brüche ansetzen. ■

Literatur

- Dörre, Klaus, Die Utopie des Sozialismus, Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin
- Hermann, Ulrike, Das Ende des Kapitalismus, Köln 2022
- Mau, Steffen, Ungleich vereint – warum der Osten anders bleibt, Berlin 2024
- Naphtali, Fritz, Wirtschaftsdemokratie – Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt am Berlin 1928
- Oertzen, Peter, Wirtschaftsdemokratie – Umrisse eines Konzepts, in: Buckmiller/Kritidis/Vester (Hrsg.): Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft, Hannover 2004, S. 402-417
- Ostrom, Elinor, Die Verfassung der Allmende Tübingen 1999
- Silver, Beverly, Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870, Hamburg 2005
- Sik, Ota, Humane Wirtschaftsdemokratie – ein dritter Weg, Hamburg 1979

Perspektiven der Wirtschaftsdemokratie

Beitrag für das Symposium zum 100. Geburtstag von Peter von Oertzen am 15.11.2024 in Hannover

von Werner Widuckel



⇒ Werner Widuckel ist emeritierter Professor für Personalmanagement und Arbeitsorganisation. Er war von 1985-2005 koordinierender und leitender Referent des VW-Gesamtbetriebsrats und von 2005-2010 Arbeitsdirektor und Personalvorstand der Audi AG.

Foto: © privat

1. Einleitung

„Wirtschaftsdemokratie“ ist ein „traditioneller“ Bezugspunkt sozialdemokratischer Vorstellungen und Konzepte zur Veränderung kapitalistischer Gesellschaften. Den Begriff zeichnet eine gewisse Komplexität aus, da einerseits schrittweise die Erreichung einer demokratischen Verfassung von Wirtschaft angestrebt wird und andererseits deren Verwirklichung an die Ablösung des Privateigentums an Produktionsmitteln durch eine „gemeinheitsrechtliche Entwicklung des Eigentums“ geknüpft wird (Naphtali 1977, S. 164). In dieser im Jahr 1928 prägend wirksamen veröffentlichten Konzeption der Wirtschaftsdemokratie von Fritz Naphtali scheint daher ein evolutionärer Prozess auf, der mit einem Umschlagpunkt einer grundsätzlich veränderten Eigentumsordnung verknüpft wird. Zusätzlich werden sozialstaatliche Institutionen und Sicherungssysteme sowie Bildung, Versorgung und Wohnen mit in den Blick genommen, um über betriebliche Entscheidungsprozesse hinaus die Zweck- und Zielbestimmung von Wirtschaft an gesellschaftliche Wohlfahrtsbedarfe zu binden und damit einer privaten Aneignung zu entziehen. Die Hoffnungen Naphtalis, positive Entwicklungstendenzen des „organisierten Kapitalismus“ aufnehmen und wirtschaftsdemokratisch wenden zu können, erfüllten sich bekanntermaßen leider nicht. Allerdings ist

der Grundgedanke einer Wirtschaftsdemokratie zur genannten Bindung von Wirtschaft nicht einfach verschwunden, sondern hat es mit dem Artikel 14 bis in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geschafft. Dabei wird hier keine gemeinheitsrechtliche Normierung des Eigentums verfügt, sondern die Verpflichtung der Ausübung von Eigentumsrechten zum „Wohle der Allgemeinheit“. Damit wurde eine Grundsatzentscheidung getroffen, die einerseits Privateigentum schützt und andererseits die Ausübung von Eigentumsrechten beschränkt. So stellt sich die Frage, ob mit dieser Grundentscheidung aus dem Jahr 1949 die Tür zur Wirtschaftsdemokratie geschlossen oder geöffnet worden ist. Um auf diese Frage eine Antwort geben zu können, wird im Sinne Naphtalis eine Differenzierung zwischen der gesellschaftlichen und der Betriebs- bzw. Unternehmensebene vorgenommen. Diesen Ebenen werden wiederum drei Dimensionen zugeordnet: Die Zieldimension (Wofür?), die Partizipationsdimension (Wer?) und die Institutionendimension (Womit?).

2. Wirtschaftsdemokratie als gesellschaftliche Perspektive

Aus einer gesellschaftlichen Perspektive kann die Zieldimension von Wirtschaftsdemokratie als Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung interpretiert werden, die auch zu Lasten von privaten Gewinnen in Abwägung zum Allgemeinwohl wirken können muss. Hiermit wird eine Begrenzung wirtschaftlicher Macht zu einer Grundvoraussetzung, damit diese Abwägung überhaupt stattfinden kann, wobei diese sehr viel komplexer ist, als es auf den ersten Blick erscheint. Ihre Herstellung wird durch einen dynamischen Aushandlungsprozess erreicht, der in Macht- und Einflussbeziehungen sowie hierin eingeschriebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen eingebettet ist. Somit ist das All-

gemeinwohl nicht unverrückbar vorgegeben, sondern Gegenstand der Auseinandersetzung unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen bzw. Interessengruppen. Markante Beispiele solcher Felder der Interessenauseinandersetzung sind die Klimapolitik oder auch Rechte von Beschäftigten sowie die Regulierung sozialstaatlicher Absicherungs- und Daseinsysteme (z.B. Rentenversicherung, Pflege oder Bildung). Die Ausgestaltung dieser Felder im Sinne einer Allgemeinwohlverpflichtung unterliegt normativen Erwartungen, die jedoch weder widerspruchs- noch konfliktfrei sind. Dies kann am Beispiel der Klimapolitik nachvollzogen werden: Klimapolitische Maßgaben internationaler Abkommen brechen sich mit spezifischen Interessen an Produkten und Gewinnen (Unternehmen) sowie Preisen (Konsumenten), die über Prozesse der Umverteilung sowie Rahmensetzungen von Märkten zugunsten von ökologischer Wirksamkeit und sozialer Gerechtigkeit vermittelt werden müssten. Diese Zielrichtung ist aber keinesfalls unumstritten, sondern stößt auf Widerstand im Sinne einer hiervon deutlichen Abweichung, die sich für „Technologieoffenheit“ und eine weitgehende Allokation von klimarelevanten Ressourcen über den CO₂-Preis ausspricht. Eine weitere Strömung formuliert das Allgemeinwohl im Sinne einer Verweigerung jeder weitergehenden Klimapolitik und fordert deren Ende. So wird sichtbar, dass die Maßgabe der Bindung zentraler wirtschaftlicher Entscheidungen an das Allgemeinwohl in der Praxis nicht zwangsläufig zu eindeutigen Ergebnissen führt. Sie muss deshalb als ein offenes Feld angesehen werden, dessen Bearbeitung von unterschiedlichen und wechselnden Kräfteverhältnissen und den sie repräsentierenden Interessen bestimmt wird. Damit wird erkennbar, dass, vor dem Hintergrund der bestehenden Eigentumsordnung und gesellschaftlicher Interessenkonflikte, sich die Wirtschaftsdemokratie als gesellschaftliche Perspektive in ihrer Zieldimension in einem ständigen Konflikt um die Deutungshoheit befindet, woran wirtschaftliche Macht und Eigentum im Sinne des Allgemeinwohls eigentlich jeweils konkret gebunden werden sollen. Im Kampf um diese Deutungshoheit und machtpolitischen Ressourcen ist es eine

wesentliche Aufgabe für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, Wirtschaftsdemokratie als einen Rahmen für die Wahrung von Interessen von Arbeitnehmer:innen sowie für alle diejenigen Menschen zu nutzen, die in ihren Lebens- und Entwicklungsinteressen auf sozialstaatliche Daseinsvorsorge und eine faire Regulierung von Märkten angewiesen sind. Die wirtschaftsdemokratische Rückbindung an das Allgemeinwohl wird somit aus diesem Blickwinkel zu einem klaren Ausdruck der Vertretung bestimmter kollektiver Interessen, die auch auf die Gestaltung der Wirtschaftsordnung und ihrer Institutionalisierung zurückwirken soll.

Die Partizipationsdimension erschließt sich in der gesellschaftlichen Perspektive über die Repräsentanz von Interessen im parlamentarischen System und seiner politischen Willensbildung. Parteien können jedoch keinen Alleinvertretungsanspruch bei dieser Repräsentanz erheben, da sie ideologisch und sozialstrukturell immer nur in mehr oder weniger großen Teilen die wirtschaftsdemokratische Rückbindung wirtschaftlicher Macht vertreten können und wollen. Dies führt zum Ansatz einer direkten Beteiligung an der Setzung von gesetzlichen Normen, institutionellen Regeln und politischen Entscheidungen. Diese direkte Beteiligung ist zwar in Ansätzen gegeben (z.B. in den Institutionen der Selbstverwaltung der Sozialversicherungszweige), jedoch im Sinne einer eigenständigen Institutionalisierung (z.B. in Wirtschaftsräten) nicht verwirklicht worden. So bleibt die direkte Partizipation auf die Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse beschränkt. Diese Einflussnahme bleibt wiederum abhängig von der Verfügbarkeit gesellschaftlicher Machressourcen und ihrer Mobilisierungsfähigkeit. Vor diesem Hintergrund bildet die Institutionendimension einen Rahmen bestimmter Garantien von Grundrechten der Ausübung wirtschaftlicher Macht im Sinne einer Rückbindung an das Allgemeinwohl. Grenzen setzen sollen. In diesem Zusammenhang hat der Artikel 9 Absatz 3 eine besondere Bedeutung durch die Garantie der Koalitionsfreiheit und hieraus resultierender Rechte von Gewerkschaften, die auf die Regelung von Arbeits- und Wirtschaftsbedingun-

gen hin spezifiziert und beschränkt werden. Damit bleibt festzustellen, dass Wirtschaftsdemokratie als gesellschaftliche Perspektive auf einem normativen Anspruch basiert, der in einem Ringen um die Deutungshoheit über die gesellschaftliche Rückbindung wirtschaftlicher Macht und deren Realisierung eingelöst werden kann, aber keinesfalls eingelöst werden muss. Die gesellschaftliche Perspektive von Wirtschaftsdemokratie kann somit in der Gegenwart als ein fragiles Potenzial eingeordnet werden, das seine Legitimation aus einem allgemeinen normativen Anspruch der Gemeinwohlverpflichtung bezieht, aber dessen Durchsetzung nicht garantiert, sondern von interessenpolitischen Auseinandersetzungen und deren Ausgang abhängig ist. Diese Auseinandersetzungen werden sowohl in direkter Konfrontation als auch in den Institutionen der repräsentativen Demokratie und des Staates geführt. Ein genereller und garantierter Vorrang der öffentlichen Gemeinwohlverpflichtung vor privatwirtschaftlichen Aneignungsinteressen, wie er noch bei Naphtali intendiert war, ist hiermit nicht verbunden. So wird die schrankenlose Nutzung von Eigentum einerseits eingeschränkt (z.B. durch den Arbeitsschutz oder Umweltauflagen), aber andererseits z.B. eine wirksame Bekämpfung von systematischem Steuerbetrug verhindert.

3. Wirtschaftsdemokratie als Perspektive in Betrieben und Unternehmen

Im Diskurs um Wirtschaftsdemokratie spielt die Verankerung von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten von Arbeitnehmer:innen eine zentrale Rolle. Betriebe und Unternehmen bilden den sozialen Raum für die direkte Konfrontation divergierender sozialer und wirtschaftlicher Interessen. Im Sinne des normativen Anspruchs von Wirtschaftsdemokratie sollen Entscheidungen über die zukünftige Entwicklung von Betrieben und Unternehmen, die Gestaltung der Arbeit und die Verteilung ihrer Ergebnisse demokratischen Prinzipien unterworfen werden. Im Zuge der weiteren historischen Entwicklung wurden diese demokratischen Prinzipien jedoch von der Eigentumsfrage getrennt. Vorstellungen einer grundsätzlichen Revision des Privat-

eigentums an Produktionsmitteln, wie sie z.B. im DGB in der Frühphase der Bundesrepublik von Viktor Agartz repräsentiert wurden und selbst im Ahlener Programm der CDU von 1946 ihren Niederschlag fanden, wurden durch das Paradigma der „sozialen Marktwirtschaft“ verdrängt. Zu Schlüsselbegriffen der Einflussnahme von Arbeitnehmer:innen auf Entscheidungen und Arbeitsbedingungen in Betrieben und Unternehmen wurden die betriebliche und unternehmensbezogene „Mitbestimmung“ und die „Tarifautonomie“ als Konsequenz der o.g. Koalitionsfreiheit. Es zeigt sich allerdings auch, dass diese Institutionalisierungen von Rechten der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften in einem Spannungsfeld von Interessen ausgehandelt und durchgesetzt werden mussten, wie der Konflikt um die Einführung der Montanmitbestimmung 1951 beweist. So blieb die Zieldimension insbesondere der Unternehmensmitbestimmung immer strittig, wie weit die Einflussnahme durch Beschäftigte und ihrer Gewerkschaften eigentlich gehen dürfe. Dies belegen Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der Unternehmensmitbestimmung, die von der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände z.B. im Zuge der Einführung des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 vor dem Bundesverfassungsgericht mit der Begründung einer verfassungswidrigen Einschränkung von Eigentumsrechten und einer Gefährdung der Funktionsfähigkeit von Unternehmen durch den Einfluss externer Vertreter:innen von Gewerkschaften angestrengt wurden. Das Gericht wies diese Klage zurück und sah in dem Mitbestimmungsgesetz eine rechtskonforme Form der Sozialbindung des Privateigentums. Mitbestimmung und Tarifautonomie konnten sich im Zuge der weiteren Entwicklung etablieren und zum Teil einer Erfolgsgeschichte wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung werden. Sie waren und sind in Teilen bis heute somit zwar umstritten, aber in ihrer Zieldimension als Teil einer sozial gerechter Wirtschaftsverhältnisse, in ihrer Partizipationsdimension realisiert durch abgestufter Beteiligungsrechte von repräsentativer Interessenvertretung und in ihrer Institutionendimension realisiert durch ein Institutionensystem industrieller Beziehungen zuneh-

mend akzeptiert und wirksam. Mit dem Ende des „Traums immerwährender Prosperität“ (Lutz, 1984) kam diese Erfolgskontinuität unter Druck, was heute die Frage aufwirft, inwieweit dieses Institutionensystem (betriebliche und unternehmensbezogene Mitbestimmung, Tarifautonomie) nicht sogar einer Erosion unterliegt. Die Berechtigung dieser Frage leitet sich aus der fortlaufenden Tendenz einer Flucht aus der deutschen Unternehmensmitbestimmung sowie sinkender Abdeckungsraten von Betrieben und Beschäftigten durch Tarifverträge und Betriebsräte ab (z.B. Sick, 2023; Kohaut & Schnabel, 2024). Wie bereits für die gesellschaftliche Ebene festgestellt, ist auch in Betrieben und Unternehmen erkennbar, dass die Perspektive für Wirtschaftsdemokratie nicht garantiert ist, sondern immerwährend durchgesetzt und ausgehandelt werden muss. Mit der Zunahme der betrieblichen Ebene wird zudem deutlich, dass die Perspektive für Wirtschaftsdemokratie nicht allein von Qualität und Ausdauer interessenpolitischer Vertretung abhängig ist, sondern auch von strukturellen Umbrüchen der Ökonomie und der Gesellschaft, die nicht mehr von den Entwicklungszusammenhängen des „Wirtschaftswunders“ und der „Globalisierung“ im industriellen Kapitalismus geprägt sind. Diese Veränderung trifft auch die soziale Basis, die die Durchsetzung und Erschließung wirtschaftsdemokratischen Potenzials in Deutschland erst möglich gemacht hat und die mit bestimmten Leitindustrien sowie einer bestimmten Sozialtypologie von Arbeit verbunden war (qualifizierte Facharbeit, industrielles Expertentum, hierarchische Funktionsfähigkeit und Effektivität). Verliert jedoch die Wirtschaftsdemokratie auf der betrieblichen bzw. unternehmensbezogenen Ebene ihre soziale Mobilisierungs- und Gestaltungsbasis, droht eine weitere Fortsetzung dieser negativen Entwicklung, die auch auf der gesellschaftlichen Ebene wirksam wird.

4. Perspektiven der Wirtschaftsdemokratie

Vor diesem Hintergrund liegt die Frage nach den Perspektiven der Wirtschaftsdemokratie nahe, denn zugespitzt droht sie an Potenzialen zu verlieren und gegebenenfalls

auf einen normativen Anspruch ohne soziales Durchsetzungspotenzial reduziert zu werden. Man sollte bei der Formulierung solcher Negativszenarien sicher nicht vorschnell sein, aber einfach von der Hand zu weisen sind sie nicht. Die Ableitung von Perspektiven der Wirtschaftsdemokratie nimmt sinnvollerweise die laufende gesellschaftliche Transformation zum Ausgangspunkt. Diese soll mit einer Entwicklung vom „industriellen“ zum „digitalen“ Kapitalismus beschrieben werden. Die „reelle Subsumtion unter das Kapital“ folgt nicht mehr dem Takt und der Konzentration der „großen Maschinerie“ (Marx), sondern Daten und deren Konzentration, die gesammelt, generiert, verknüpft, konfiguriert und kreierte werden. Ohne diese datenbezogenen Prozesse funktioniert auch die große Maschinerie nicht mehr. Dieser Aufsatz kann nicht der Ort sein, um die Konsequenzen dieser Transformation im Einzelnen für die „kapitalistische Formbestimmung“ von Arbeit und Wertschöpfung aufzuzeigen. Es liegt aber unmittelbar auf der Hand, dass sich hiermit die stofflichen und sozialen Bedingungen von Arbeit, Ertragserzielung und ökonomischem Wettbewerb grundlegend verändern. Sichtbarer Ausdruck dieser Entwicklungen ist die Entstehung von so genannten „Tech-Konzernen“ als strategischen „Gatekeepern“ vernetzter globaler Wertschöpfung, die gleichzeitig soziale Vernetzung als Produktion von Daten durch ihre Kund:innen nutzen und dabei Lebenszusammenhänge formieren, um diese zu kapitalisieren und ideologisch zu rahmen. Dies schafft grundlegend veränderte Bedingungen für Souveränität und Autonomie, die staatliche und gesellschaftliche Institutionen, individuelle Lebensbezüge sowie die Verteilung von Ressourcen betreffen. Die zweite Herausforderung der genannten Transformation betrifft den Klimawandel, der das zentrale Feld der Auseinandersetzung um die Rückbindung von Wirtschaft an das Allgemeinwohl darstellt. Und die dritte Herausforderung umfasst die Transformation der globalen Ordnung, die die Vorherrschaft westlicher Staaten beendet und die über eine politische, ökonomische, ideologische und kulturelle Auseinandersetzung in der Ausübung von globaler Hegemonie gemündet ist. Eine wirtschaftsdemokratische Perspektive dieser

Transformation leitet zu folgenden gedanklichen Konsequenzen und Bezugspunkten: Zum einem, dem Erhalt demokratischer Souveränität in einer europäischen Perspektive, um in den globalen Auseinandersetzungen bestehen zu können, zum anderen der Entwicklung von Reproduktionsprozessen, die eine sozial gerechte Klimapolitik und Gestaltung von Wertschöpfung sowie Verbraucherverhalten ermöglichen und letzten Endes einer interessenpolitischen Gestaltung von Arbeit, die den Veränderungen durch ihre zunehmende Digitalisierung gerecht wird und die gesamte Wertschöpfungskette (von der Softwareentwicklung bis zu digital „kommandierten“ Logistik) in den Blick nimmt. In der Konsequenz fordert dies zum einen eine Internationalisierung wirtschaftsdemokratischer Perspektiven und zum anderen deren „Erdung“ an der gesellschaftlichen Basis, um legitimen Beteiligungsinteressen an der Gestaltung von Arbeit und Lebenszusammenhängen Rechnung zu tragen. Eine derartige Perspektive würde aber auch organisatorisch über die Gewerkschaften und den Fokus „Deutschland“ hinausreichen. Es wäre lohnenswert ein solches Projekt auf seine Kernfelder hin durchzudeklinieren und zu vernetzen. Dies zeigt, dass Wirtschaftsdemokratie kein Auslaufmodell ist, sondern dass sie durch ihre Weiterentwicklung auch eine Zukunft haben kann und haben sollte. ■

Literatur

- Agartz, V. (1982). *Wirtschaft, Lohn, Gewerkschaft*. Berlin, Verlag Die Arbeitswelt
- Kohaut, S. & Schnabel, C. (2024). *The Demise of Work Councils in Germany*. IZA Institute of Labour Economics, Discussion Paper No. 17005.
- Lutz, B. (1984). *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*. Frankfurt a.M. New York. Campus
- Naphtali, F. (1966, urspr. 1928). *Wirtschaftsdemokratie*. Frankfurt a.M. Europäische Verlagsanstalt
- Sick, S. (2023). *Erosion als Herausforderung für die Unternehmensmitbestimmung*. Link:<https://www.mitbestimmung.de/html/erosion-als-herausforderung-fur-die-14188.html> (abgerufen am 28.05.2025)

SozialstaatsRadar 2025

von Magnus Brosig und Frank Bandau



☞ **Dr. Magnus Brosig** ist Referent für Sozialversicherungs- und Steuerpolitik in der Politikberatung der Arbeitnehmerkammer Bremen.

Foto: © Stefan Schmidbauer



☞ **Frank Bandau** ist Referent für Sozialpolitik in der Abteilung Gesellschaftspolitik bei der Arbeitskammer des Saarlandes.

Foto: © privat

SozialstaatsRadar 2025: Breite Mehrheiten für starke soziale Sicherung

Sozialversicherungen prägen seit vielen Jahrzehnten den deutschen Sozialstaat und damit die Lebensentscheidungen der Menschen. In der öffentlichen Diskussion haben die Sozialversicherungen dennoch einen schweren Stand: Wenn der Fokus überhaupt auf sie gerichtet wird – oft widmen sich angebliche „Sozialstaatsdebatten“ nur kleineren Segmenten wie der Grundsicherung –, werden sie meistens als nicht dauerhaft tragfähig und als bloße Kostenbelastung für Wirtschaft und jüngere Generationen dargestellt. Renten-, Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung sind nach dieser Lesart nicht etwa bewährte Einrichtungen zur Versorgung im Ernstfall und zur Aufrechterhaltung des erreichten Lebensstandards, die über den Lebensverlauf hinweg einen Wert für alle haben und deshalb auch dauerhaft von ihnen gemeinsam getragen werden. Vielmehr wer-

den sie als Instrumente in gesellschaftlichen Verteilungskonflikten dargestellt, die einseitig den Interessen einzelner Gruppen – z. B. zahlenmäßig stärkerer Geburtskohorten – zulasten anderer dienen.

Entsprechend, so die häufig gezogene Schlussfolgerung, hätten viele Menschen, insbesondere die heute Jungen, mindestens innerlich den in die Sozialversicherungen eingeschriebenen Gesellschaftsvertrag aufgekündigt. Die vermeintlich ineffizienten Sicherungssysteme müssten demnach für ihre wirtschaftliche und soziale Tragbarkeit auf ein geringeres Maß „zurechtgestutzt“ werden. Rückbau der umlagefinanzierten Versicherungen und Schließung der so aufgerissenen Versorgungslücken durch privat(wirtschaftlich)e Ersatzvorsorge war in diesem Sinne nicht nur das Mantra maßgeblicher Reformen insbesondere in den 2000er-Jahren. Vielmehr werden derartige Ideen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und zu Beginn der „Babyboomer-Verrentung“ wieder vermehrt vertreten. Diese Narrative drohen, die Sozialpolitik der nächsten Jahre maßgeblich zu prägen.

Wie aber steht die Bevölkerung jenseits aller Unterstellungen wirklich zu unseren sozialen Sicherungssystemen? Um zu bestimmen, welche Erwartungen die Menschen in Deutschland an den Sozialstaat und dabei insbesondere an die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung richten, haben die Arbeitnehmerkammer Bremen, die Arbeitskammer des Saarlandes und der Deutsche Gewerkschaftsbund erstmals Ende 2024 3.000 Volljährige durch das uzbonn, eine Ausgründung aus dem Zentrum für Evaluation und Methoden (ZEM) der Universität Bonn für empirische Sozialforschung und Evaluation, per Online-Interview befragen lassen. Die Antworten wurden anschließend so gewichtet, dass sie die tatsächliche Verteilung – etwa nach Alter, Geschlecht oder Region – akkurat repräsentieren. Die Ergebnisse dieses SozialstaatsRadars wer-

den im Folgenden überblicksartig präsentiert¹ und mit den öffentlichen Vereinbarungen der neuen schwarz-roten Koalition kontrastiert.

Starke soziale Sicherungssysteme sind den Menschen etwas wert

Eine erste wesentliche Erkenntnis des SozialstaatsRadars ist, dass umfassende Eigenverantwortung bei der Absicherung von Lebensrisiken eben keine Verheißung ist, sondern von großen Mehrheiten abgelehnt wird. So wollen etwa knapp 30% der Befragten, dass die gesamte soziale Sicherung verpflichtend und automatisch erfolgt, und weitere gut 50% erwarten dies zumindest für einen Großteil des Schutzes. Auf überwiegende Freiwilligkeit setzen hingegen nur 12%, und lediglich 3% wünschen keinerlei Verpflichtung. Mit gewissen Schwankungen – etwas verbreiteter sind die „Freiwilligen“ unter Sympathisant*innen von AfD und FDP, aber selbst dort klar in der Minderheit – ziehen sich diese Ansichten stabil durch die Anhängerschaft aller größeren Parteien. Eng damit zusammenhängend äußern die Menschen klar, für ihre Absicherung vor allem auf den Staat und die Sozialversicherungen zu setzen: Etwa zwei Drittel bevorzugen öffentliche Leistungserbringer, eine Mehrheit für private Einrichtungen (z. B. Versicherungsunternehmen) gibt es in keiner Teilgruppe.

Zweitens zeigen die Daten, dass Versicherte eben nicht wie Arbeitgeber*innen und deren Interessenvertreter*innen denken: Für sie stehen nicht die Kosten, sondern die Leistungen im Vordergrund, die ihnen durchaus entsprechende Beitragszahlungen wert sind. Klare Mehrheiten von jeweils etwa 75% der befragten Versicherten wollen in den drei beleuchteten Sozialversicherungen, dass die bestehenden Schutzniveaus mindestens erhalten bleiben, auch wenn dafür höhere Beiträge notwendig sind. Etwa ein Sechstel von ihnen ist sogar bereit, deutlich mehr für (wieder) bessere Leistungen zu zahlen. Auch in dieser Frage gibt es zwar gewisse Schwankungen nach Parteipräferenz, aber immer absolute Mehrheiten

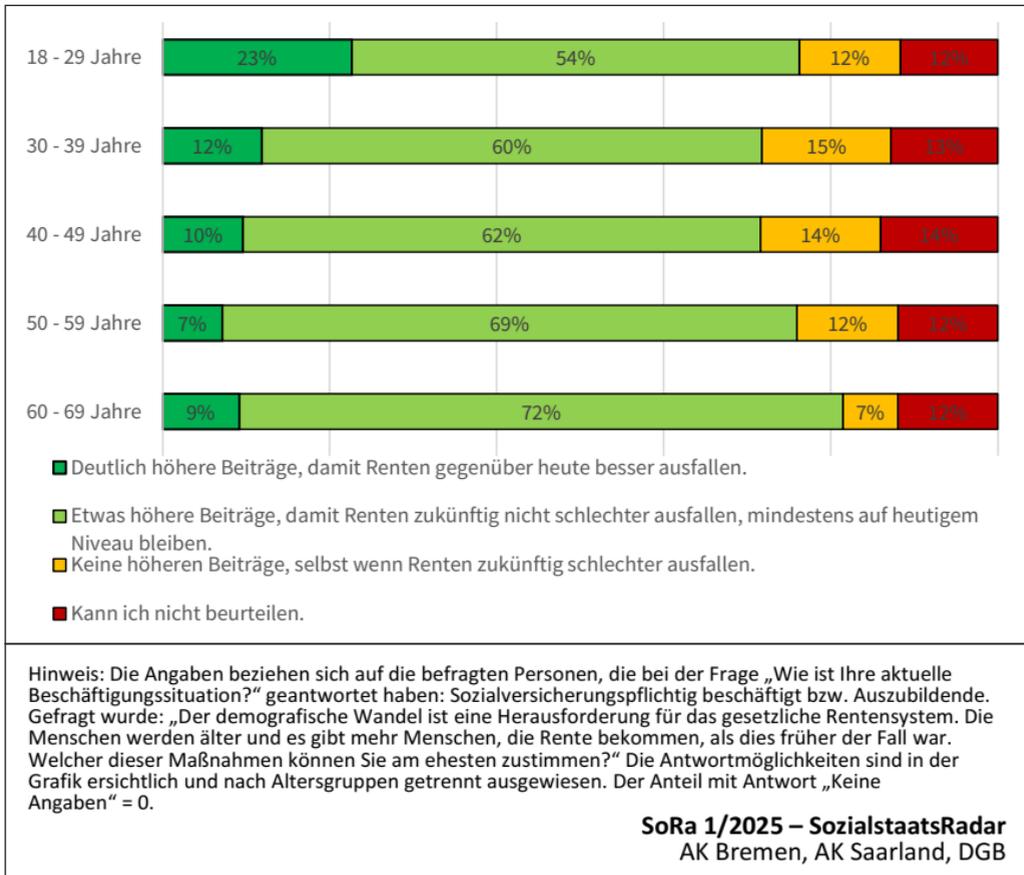
für den Erhalt sozialer Schutzniveaus. Gerade in puncto Alterssicherung gilt dies noch einmal mehr für Jüngere unter 30 Jahren, von denen 23% (im Vergleich zu 12% unter allen Versicherten) sogar zu deutlich höheren Beiträgen für ein wieder höheres Rentenniveau bereit wären. Die oft erhobene Behauptung eines „Generationenkonfliktes“ und der „Kündigung“ des ungeschriebenen Umlagevertrags durch die jüngeren Kohorten wird damit ein-drucksvoll widerlegt.

Deutlich wird außerdem, dass hinter der Bereitschaft zu höheren Abgaben ganz konkrete Erwartungen an gute soziale Sicherung stehen. Dies lässt sich beispielhaft anhand der Rente illustrieren: Hier erwartet die Bevölkerung ein strukturell lebensstandardsicherndes Gesamtsystem, das nach einem Arbeitsleben ein Nettoalterseinkommen aus gesetzlicher und ggf. betrieblicher und privater Vorsorge in Höhe von 75% (Median der Antworten) des zuvor erreichten Nettoarbeitseinkommens bereitstellt. Bemerkenswert ist auch hier eine hohe Konstanz zwischen Altersgruppen und Anhänger*innen unterschiedlicher Parteien. Die Gesellschaft ist sich in dieser Frage offensichtlich einig, woraus sich ein klarer Auftrag an die Politik ergibt: Das gesetzliche Rentenniveau muss mindestens stabilisiert und durch weitere Leistungen substanziiert und zuverlässig ergänzt werden. Dies steht in deutlichem Kontrast zu den Vereinbarungen von Unionsparteien und SPD, die derzeitige 48%-Haltelinie beim Rentenniveau nur in dieser Höhe und bis 2031 zu verlängern und mit Blick auf die Zusatzvorsorge eher zaghafte Maßnahmen zu ergreifen.

Auch bei der Langzeitpflege zeigt sich, dass die Menschen sozialpolitisch anspruchsvoll sind: Das derzeitige Teilleistungssystem mit immer höheren Eigenbeteiligungen lehnen sie eindeutig ab. Stattdessen plädiert eine riesige Mehrheit für eine Systemumkehr: Die Hälfte befürwortet einen „Sockel-Spitze-Tausch“ mit fixen Eigenanteilen, ein weiteres Drittel sogar eine Vollversicherung für die reinen Pflegekosten. Diesbezüglich dürfte der Koalitionsvertrag allerdings zu besonderer Enttäuschung führen. Schließlich nennt er trotz akuter, der unzureichenden Finanzierung geschuldeter Probleme

¹ Detaillierter Ergebnisbericht: https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Politik/Sozialstaatsradar_2025.pdf

Abb. 1



für Pflegebedürftige, Pflegepersonal, Angehörige, Pflegekassen und Kommunen noch nicht einmal konkrete Reformabsichten. Stattdessen werden einer noch einzurichtenden Kommission lediglich Prüfaufträge zu denkbaren Maßnahmen erteilt. Auf die gewünschte und längst überfällige finanzielle Entlastung werden die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen also weiterhin warten müssen. Nicht zuletzt wegen der demographischen Entwicklung spitzt sich die Situation weiter zu und macht einen „großen Wurf“ unverzichtbar.

Die Menschen wünschen sich einen solidarisches Sozialstaat

Ein drittes wichtiges Befragungsergebnis ist, dass für die Menschen auch in puncto Absicherung Gemeinschaft vor Eigensinn geht

– das „Soziale“ ist also für viele keine bloße Worthülse. Auch dies lässt sich an konkreten Beispielen aufzeigen. So wird etwa die starke Zersplitterung des deutschen Alterssicherungssystems klar abgelehnt: Etwa die Hälfte der Befragten will nach internationalem Vorbild eine Erwerbstätigenrentenversicherung, weitere 30% sogar eine Bürgerversicherung. Diese klaren Mehrheiten sind auch hier über Parteigrenzen hinweg relativ stabil, im Kern gibt es nur Unterschiede bezüglich der Gewichtung dieser beiden Modelle. Die schwarzrote Koalition beabsichtigt allerdings nur einen kleinen Schritt in diese Richtung zu gehen: Lediglich neue Selbstständige, die nicht anderweitig pflichtvorsorgend sind, sollen grundsätzlich in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) aufgenommen werden, alternativ aber auch andere Formen der Altersvorsorge wäh-

len können. Stringenter wäre es, Sonderversorgungssysteme für Neuzugänge kategorisch zu schließen und alle neuen Erwerbstätigen verpflichtend in die GRV zu integrieren, gegebenenfalls flankiert von zur Gesamtversorgung notwendigen Zusatzsystemen.

Versicherte erwarten außerdem, dass umfassende Anerkennung individueller Leistung mit sozialem Ausgleich einhergeht. Entsprechend passt das deutsche Rentensystem, das eine grundsätzliche Äquivalenz von beitragspflichtigen Löhnen und Renten mit einem Ausgleich etwa bei langjährigem Geringverdienst kombiniert, grundsätzlich gut zu den Idealvorstellungen der Bevölkerung. Allerdings gibt es bislang keine Mindestrente, die ebenfalls von einer klaren Mehrheit der Befragten für sinnvoll gehalten wird (dabei nennen sie im Durchschnitt eine Höhe von €1.327 pro Monat). Auch dieser Erwartung an Anerkennung und Ausgleich im Alter wird der schwarz-rote Koalitionsvertrag nicht gerecht, schweigt er sich doch zu einer besseren Absicherung problematischer Erwerbsverläufe – etwa durch eine Reform der sogenannten Grundrente – aus.

Zuletzt sind Mehrheiten dafür, die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung komplett aufzuheben und auch den Versichertenkreis in Richtung der ganzen Bevölkerung auszuweiten, um so die Beitragsbasis deutlich auszuweiten und „starke Schultern“ systematischer einzubeziehen. Wenngleich dieser Wunsch nach breiteren und stabileren Solidargemeinschaften, der übrigens selbst von vielen Besserverdienenden und Privatversicherten geteilt wird, seit langer Zeit auch in ähnlichen Umfragen deutlich geäußert wird, findet sich zu diesem Aspekt ebenfalls kein schwarz-rotes Reformvorhaben.

Insgesamt verdeutlicht das diesjährige SozialstaatsRadar, dass die Bevölkerung sich über Altersgruppen und Parteigrenzen hinweg klar für einen leistungsfähigen Sozialstaat ausspricht, dessen unweigerliche Kosten – gerade auch unter den Bedingungen demografischen Wandels – sie offensichtlich zu tragen bereit

ist. Von wirtschaftlichen Interessengruppen initiiert und verstärkt, priorisieren politische Debatten aber häufig die öffentlichen Kosten zu Lasten der Leistungen. Der hinter den Systemen stehende Solidargedanke wird häufig durch individualistische Kosten-Nutzen-Rechnungen abgelöst und das Problem der Zersplitterung der Sicherungssysteme nicht so aufgegriffen, wie von der Bevölkerung gewünscht. Die Forderung nach starken, einheitlichen Solidargemeinschaften in öffentlichen Sicherungssystemen bleibt insgesamt ungehört. In diesem Sinne fallen auch die aktuellen Koalitionsvereinbarungen zu den Sozialversicherungen mutlos aus – Strukturen sollen danach kaum verändert und Leistungen bestenfalls und teils auch nur übergangsweise stabilisiert werden. Wirklich entschlossene Reformen wären aber nicht nur für eine verlässlichere, effizientere und oft bessere Absicherung wichtig, sondern würden auch das Vertrauen in den demokratischen Sozialstaat stärken.

Die Ergebnisse des SozialstaatsRadars 2025 werfen ein wichtiges Schlaglicht auf die Einstellungen der Bürger*innen zu den sozialen Sicherungssystemen. Die kommenden Runden der fortan jährlich durchgeführten Erhebung und Analyse werden Aufschluss über die Stabilität der sozialstaatlichen Präferenzen geben und zudem die Einstellungen der Bevölkerung zu weiteren relevanten sozialpolitischen Fragen untersuchen. Wie die aktuellen Befunde demonstrieren, sind derartige Befragungen unerlässlich, um wirkungsmächtigen medialen Narrativen entgegentreten zu können. ■

Work in Progress – ein Beitrag zum Orientierungsrahmen

von Alexander Recht



⇒ **Alexander Recht** hat BWL und Wirtschaftspädagogik studiert und arbeitet heute als Abteilungsleiter und Studiendirektor an einem kaufmännischen Berufskolleg in Köln. Politisch war er zunächst in der SPD aktiv, u.a. als Vorsitzender der Kölner Jusos. Heute betätigt er sich in der Partei Die Linke.

Foto: © privat

In Heft 258 hat eine spw-Autor*innengemeinschaft den Text „Work in Progress. Politisch-redaktioneller Orientierungsrahmen für die spw“¹ veröffentlicht. Wer sich mit der SPD-Parteigeschichte auskennt, dem klingelt es in den Ohren: Orientierungsrahmen? Da war doch was? Eine vom SPD-Parteivorstand eingesetzte Programmkommission hatte unter Beteiligung der gesamten Partei als „Zwischenstück zwischen Tagespolitik und Grundsatzprogramm“ (Willy Brandt) den „Orientierungsrahmen 85“ erarbeitet, der auf dem Mannheimer Parteitag 1975 beschlossen wurde. Ziel war es, „für die politische Arbeit der Partei und für die Politik in diesem Lande für die nächsten zehn Jahre, die sicher nicht einfach sein werden, eine politische Orientierung zu bieten“ (Horst Ehmke).²

Nicht einfach ist auch die Gegenwart. Seit der Jahrtausendwende reiht sich Krise an Krise: 2000 das Platzen der Dotcom-Blase, 2001 die Anschläge von 09/11, 2003 der Irakkrieg, 2007–2008 die Weltfinanzkrise, 2010–2013 die Eurokrise, 2011 die Arabellion, 2014 die Annexion der Krim, 2015 die Flüchtlingskrise infolge des Syrienkriegs, 2016–2020 der Brexit, 2020–2022 die COVID-19-Pandemie, 2022 der Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine, 2022–2023 die globale Energiekri-

se mit hoher Inflation und permanent die Bedrohungen des Klimawandels. All diese Krisen zeigen: Die Welt, wie wir sie kannten, gerät aus den Fugen. Daher ist der Versuch der Autor*innen, einen mehrjährigen Orientierungsrahmen für die Arbeit von Zeitschrift und Umfeld zu skizzieren, berechtigt. Gewiss läuft ein solches Vorgehen Gefahr, von nicht vorhersehbaren Ereignissen der Zukunft überholt zu werden, aber dies spricht nicht gegen das Ansinnen. Eine Zeitschrift auf Höhe der Zeit darf nicht aus Angst vor nicht antizipierten Entwicklungen den Wald vor lauter Bäumen übersehen. Ihr Anspruch muss es vielmehr sein, den Ursachen hinter den Krisen auf den Grund zu gehen und ihre Bewegungsformen aufzuspüren.

Das Papier der Autor*innen analysiert in Teil A „Übergreifende Zusammenhänge und Narrative“ und skizziert als Antwort hierauf in Teil B „Diskurscluster für die Zeitschrift“. Aufgabe dieses Textes ist es nicht, Analyse und Antworten bis ins kleinste Detail unter die Lupe zu nehmen, sondern sie im Gesamten kritisch zu würdigen und zu ergänzen. Im Ganzen ist das Papier eine gute Basis für die Zeitschrift und ihren Diskurszusammenhang. Die Autor*innen charakterisieren die Weltlage zurecht als Polykrise, mithin als ein „Konglomerat aus Krisen unterschiedlichsten Charakters, die sich über Jahre und Jahrzehnte hinweg entwickelt, miteinander verflochten und gegenseitig verstärkt haben“ (WiP, 12). Denn es ist wahr: Die Weltwirtschaft und ihre Blöcke strukturieren sich schon seit Längerem neu; Weltmarktanteile verschieben sich, Wachstumsraten sinken hier und steigen da; die Klimakrise setzt ökologische Imperative; überkommene fossile Branchen weichen in der Transformation zunehmend Branchen mit digitalisierter, dekarbonisierter Betriebsweise. Die Transformation findet nicht nur sanft, sondern oft disruptiv statt. Es kommt zur „Häufung akuter wirtschaftlicher und nicht-wirtschaftlicher Schocks mit menschlich und gesellschaftlich tiefgreifenden traumatisierenden Wirkungen.“ (WiP, 13) Militärische Konflikte, Fluchtbewegungen und aufkommende rechtspopulistische Bewegungen sind aus die-

1 Autor*innengemeinschaft: Work in Progress. Politisch-redaktioneller Orientierungsrahmen für die spw. In: spw. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 1 (2024), Nr. 258, S. 13–22. Dieser Artikel wird im Fließtext als (WiP, Seitenzahl) zitiert.

2 Vgl. Miller, Susanne / Potthoff, Heinrich: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–1990. 7., überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1991, S. 229–231. Hieraus sind auch die Zitate entnommen.

sem Kontext zu erklären und stehen nicht einfach daneben.

Die Autor*innen verorten den sozioökonomischen Kern der Krise in „einer umfassenden Störung und Fragmentierung von Wertschöpfungs- und Versorgungsketten, von infrastrukturellen Systemen wie auch im alltäglichen Zugang zu Gütern und Ressourcen für einen wachsenden Teil der Bevölkerung“ (WiP, 13). Dem ist zuzustimmen. Denn die Lebenslage von Menschen leidet bei mangelhaftem Zugang zu Ressourcen; Umweltgefährdungen resultieren aus Übernutzungen in Stoffkreisläufen; Unternehmensbeziehungen hapern bei stockenden Lieferketten; Perspektiven von Haushalten und Unternehmen verdunkeln sich bei kaputter Infrastruktur. Doch die Aufzählung weist trotz der Benennung von Wertschöpfung eine gebrauchswertorientierte Schlagsseite auf. Die Krisen haben ihre Ursachen aber auch in gestörten Wertrelationen. Nicht nur Ausstattung und Richtung der öffentlichen Infrastrukturen waren problematisch, sondern auch ihr Ausgabenvolumen, ihre nach Art und Höhe unzureichende Finanzierung, ihre ungenügende Handhabung von Geld und Zins, ihre falschen Eingriffe in Lohn, Preis und Profit, ihre problematische Regulierung bei Mieten, ihre mangelhaften Eingriffe in Allokation und Distribution von Einkommen. Daher [sind] nicht nur „[f]unktionsfähige Infrastrukturen die Bedingung, um die transformativen Herausforderungen im globalen Maßstab wie auch mit Blick auf die alltäglichen Lebensverhältnisse bewältigen zu können“ (WiP, 14), sondern auch gelungene mikro- und makroökonomische Eingriffe der öffentlichen Hand.

Die Autor*innen gehen davon aus, dass der Neoliberalismus die Krisen mitverursacht habe. Er sei an der Erfüllung seiner Prosperitätsversprechen gescheitert, habe Infrastrukturen durch Sozialabbau, Privatisierung und Prekarisierung schwer geschädigt und die Gesellschaft lückenhaft hinterlassen. Diese Lücken seien jedoch seit geraumer Zeit nicht von progressiven, sondern zunehmend von rechtspopulistischen Strömungen gefüllt worden, die auf die unbewältigten globalen Herausforderungen mit der Forderung nach nationalen, häufig ethnisch und habituell begründeten Schutzräumen reagieren würden

(WiP, 15). Diesem Befund ist zuzustimmen. Doch wie sollen sozialistische Kräfte hierauf reagieren? Die Autor*innen präsentieren eine Vielzahl von Vorschlägen, gegen die kein Einwand erhoben werden soll, da sie plausibel begründet werden. Wohl aber sollen Ergänzungen vorgenommen und Fragen gestellt werden, und zwar zu: 1) Infrastruktursozialismus; 2) Demokratisierung der Vergesellschaftung; 3) Investitionslenkung und 4) Strukturreformen.

Infrastruktursozialismus

Fangen wir 1) an mit dem Infrastruktursozialismus. Es ist fragwürdig, warum die zweifellos wichtige „öffentlich-demokratische Beherrschung der gesellschaftlich relevanten Infrastruktur“ wichtiger sein soll als Fiskal-, Geld- und Verteilungspolitik im Sinne von „sozialen Transfers und wirtschaftlichen Subventionen, Anreiz- und Verbots-, Besteuerungs- und Grenzwertkonzepten“ (WiP, 16). Wäre es nicht plausibler, die resiliente und gestaltungsfähige Ausstattung von Infrastrukturen mit der richtigen Politik zusammenzudenken? Dies gilt umso mehr, als die Autor*innen ganz zurecht die gescheiterte Ampel für ihren Mangel an progressiven Strukturreformen kritisieren (WiP, 18). Zu einer Politik tragfähiger Strukturreformen gehört es aber nicht nur, öffentliche Infrastrukturen durch geeignete Ausstattungen in die Lage zu versetzen, das Richtige zu tun, sondern auch das Richtige selbst zu skizzieren. Hierzu gehören Richtung und Höhe von Transfers, Auszahlungen, Einnahmen sowie Eingriffe in Lohn, Preis, Gewinn, Zins und Miete.

Demokratisierung der Vergesellschaftung

Kommen wir 2) zur Demokratisierung der Vergesellschaftung. Die Autor*innen betonen, dass „Resilienz sich nicht im marktförmig-wettbewerblichen Selbstlauf auf[baut], sondern nur durch staatlich und sozial organisierte Regulierungen und Lernprozesse“ (WiP, 15). Zentral sei hierfür die „demokratische Gestaltung und Kontrolle“ „funktionsfähiger gesellschaftlicher Infrastrukturen“ auf Basis der „Entwicklung von Bewegungen und Allianzen, die sich genau dies zum gemeinsamen Ziel setzen.“ (WiP, 16) Mit diesem Ansatz orientieren die Autor*innen

zurecht auf die Marxsche Sozialismuskonzeption, wonach „der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden“.³ Doch hier hören die Probleme nicht auf, sondern stellen sich neu. In Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur wirken als interne Anspruchsgruppen die öffentlich bestellten Leitungsorgane, die Mitarbeiter*innen und die öffentliche Hand als Eigentümer. Von außen gibt es direkte Beziehungen zur vielfältigen Bevölkerung: zu Bürger*innen, Kund*innen, Lieferant*innen; zu Gewerkschaften, die die Mitarbeiter*innen vertreten, und zu kommunalen Arbeitgeberverbänden. Zudem haben auch Haushalte und Unternehmen ohne direkte Beziehung Gestaltungsansprüche.⁴ Können angesichts dessen Allianzen, die sich ein gemeinsames Ziel setzen, vorausgesetzt werden? Zweifel sind erlaubt. Denn divergente Positionen gibt es nicht nur zwischen den Anspruchsgruppen, sondern auch in ihnen. Koordination und Lösung der Divergenzen ist aus linker Perspektive Aufgabe öffentlicher Aushandlungen, aber: „Gegen diese sichtbare Form der Herrschaft kann sich Unzufriedenheit der Betroffenen leichter artikulieren. Es entsteht Konfliktpotenzial, auf dessen spannungsfreie Auflösung zu hoffen sträflich wäre.“⁵

Investitionslenkung

Schauen wir 3) auf die Forderung nach Investitionslenkung von den Beschaffungsmärkten bis hin zu Investitionsfonds (WiP, 16). Dass diese bedeutsam ist, liegt auf der Hand, denn „die Größe der Akkumulation ist die unabhängige Variable, die Lohngröße die abhängige, nicht umgekehrt.“⁶ Doch wie soll Investitionslenkung erfolgen? Dies ist in der Linken ungeklärt. Geht

es nur um öffentliche oder auch um private Investitionen? Wie sollen private Investitionen gelenkt werden: durch öffentliche Beteiligungen an privaten Unternehmen, durch geldpolitische Regulierung der Zinssätze, durch politische Vorgaben zur Ausweitung oder Begrenzung investiver Bereiche oder durch öffentliche Genehmigungsverfahren?⁷ Welche Gebrauchswerte werden verfolgt: ökonomisch, ökologisch oder sozial orientierte? Welche Gleichgewichte werden angestrebt: das Wertgleichgewicht von Investitionen und Ersparnissen; das wertbezogene Kapazitätsgleichgewicht, das Wertgleichgewicht zur Sicherung angemessener Profite oder das Strukturgleichgewicht zur Vermeidung qualitativer Disproportionen zwischen Angebot und Nachfrage?

Strukturreformen

Widmen wir uns nun 4) den Strukturreformen im Spannungsfeld von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Mit Recht führen die Autor*innen als Ursachen für das Scheitern der Ampel „das kompromisslose Festhalten der FDP an der ihr eigenen Mischung aus Klientelismus und wirtschaftsliberaler Dogmatik, aber auch ein rot-grünes Regierungshandeln, das durch eine sozialtechnokratisch-paternalistische Attitüde geprägt ist“ (WiP, 18). Doch das war es nicht allein. Die Transformation, die sich vor unseren Augen abspielt, hinterlässt Gewinner und Verlierer, Freud wie Leid. Das gilt auch für linke Ansätze, zumal die realen BIP-Wachstumsraten, die früher Konflikte abzumildern vermochten, tendenziell sinken, sodass strukturelle Änderungen bei Stagnation besonders konfliktreich sind. Vorschläge, die ökologisch nachhaltig wirken, können soziale Unwuchten und ökonomische Belastungen verursachen. Ansätze, die ökonomisch vorwärtsweisen, können soziale Zusammenhänge gefährden und ökologische Externalitäten produzieren. Sozialpolitische Konzepte setzen eine ökonomische Performanz voraus, die nicht immer garantiert ist und deren Erfüllung womöglich neue ökologische Herausforderungen nach sich ziehen kann. Kurzum: Die Verflechtung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem ist widerspruchsvoll. Die Lösung dieser

3 Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band (MEW 25). Berlin/Ost 1964, S. 828.

4 Recht, Alexander: Grenzen der Eigentumsfrage. Bad Münster am Stein, 2023. Online: https://technikoptimisten.com/wp-content/uploads/2023/10/Grenzen_Eigentum.pptx (Stand: 30.05.2025).

5 Recht, Alexander / Werner, Alban: Aufgaben und Instrumente demokratischer Planung. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 2 (2010), Nr. 286, S. 181–194, S. 193.

6 Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (MEW 23). Berlin/Ost 1962, S. 648.

7 Recht/Werner (wie Anm. 5), S. 189.

Widersprüche ist nicht nur schwierig, sondern liegt zudem nicht nur in den Händen der Politik, sondern auch in jenen der Unternehmen und der privaten Haushalte. Zudem sind in die Lösung der Widersprüche mehrere Ebenen der Politik involviert: Weltmarkt, EU, Nationalstaat, Land und Kommune. Die Widersprüche in der Sache werden noch dadurch verschärft, dass Veränderungen in den Lebens- und Regulationsweisen in der Bevölkerung unterschiedlich wahrgenommen werden. Die Autor*innen sind optimistisch, wenn sie schreiben: „Weite Teile sehen sie als gemeinsam zu bewältigende Herausforderung; ebenso weite Teile empfinden sie aber vor allem als Zumutung, Respektlosigkeit und Einschränkung der persönlichen Autonomie.“ (WiP, 16) Trifft diese 50-50-These zu? Es ist zu hoffen, aber nicht gewiss, denn die Unnachgiebigkeit, mit der manche Diskutant*innen einander begegnen, ist augenfällig und nicht förderlich für das Ziel einer vernunftgeleiteten Gesellschaft.

Zurecht schreiben daher die Autor*innen: „Die Gesamtherausforderung ist riesig und keiner – auch nicht aus der Linken – möge behaupten, sie schon hinreichend durchdacht und die Lösungen bereit zu haben.“ (WiP, 14) Ist die gesellschaftliche Linke hierfür gerüstet? Auf SPD, GRÜNE und LINKE als Parteien links der Mittel entfielen in Summe gerade einmal 36,8% der Stimmen bei der Bundestagswahl 2025. Womöglich scheitern Durch- und Umsetzung einer linken „Perspektive jenseits von Neoliberalismus und Rechtspopulismus“ (WiP, 16) nicht nur am Widerstand der politischen Gegner, sondern auch an analytischen, programmatischen und narrativen Leerstellen in der gesellschaftlichen Linken. Die Angst in der Bevölkerung vor sozioökonomischen Turbulenzen in der Transformation ist beträchtlich. Hinzu kommt die individuelle Sorge vor Einkommensminderung, Arbeitslosigkeit, Statusverlust und Entwurzelung. Hierauf gründet die Suche nach politischen Kräften, die die Verhältnisse verstehen, die richtige Politik machen und das Ganze in ein plausibles Narrativ einbetten. Traut die Bevölkerung dies der gesellschaftlichen Linken zu?

Verfügt die Linke über eine überzeugende „gemeinsame Fortschrittserzählung“? (WiP, 17) Steht sie für Wachstum und Technikoptimis-

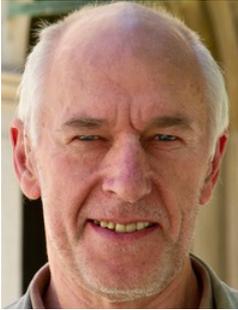
mus oder für Genügsamkeit und Vorsicht? Soll der Staat aus linker Sicht eher reparieren und resilient absichern oder aktiv gestalten und innovieren? Welches Spannungsverhältnis besteht zwischen nicht kapitalförmigen ökonomischen, sozialen und ökologischen staatlichen Zielen und den Imperativen von Konkurrenz, Profitorientierung, Weltmarkt und Blockbildung, denen auch ein links geprägter Staat genügen muss? Inwiefern können sich kleine oder gar solidarische Betriebe im Kapitalismus halten? Welcher Tendenz zu Kapitalkonzentration und Skaleneffekten müssen auch linke Tribut zollen? Sind das „antimonopolistische Bündnis“ oder das „Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“ (WiP, 21) noch zeitgemäße oder überkommene Ansätze? Und welche Rolle werden SPD, GRÜNE und LINKE künftig einnehmen können? Die gesellschaftliche Linke ist nicht am Ende, wohl aber in einer Krise. Um sie zu bewältigen, muss sie sich praktisch und programmatisch im Geflecht von Ökonomie, Soziales und Ökologie neu erfinden und dabei die Tendenzen von sozialökologischer Transformation, Digitalisierung, Internationalisierung, Migration sowie kulturellen Kämpfen realistisch erfassen. Dies ist „Work in Progress“. Gut daher, dass die Autor*innen das Papier verfasst und publiziert haben und Räume zur Bearbeitung von Diskursclustern öffnen. Es ist an der gesamten gesellschaftlichen Linken, sich an den Diskussionen aktiv zu beteiligen. ■

Literatur

- Autor*innengemeinschaft: Work in Progress. Politisch-reaktioneller Orientierungsrahmen für die spw. In: spw. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 1 (2024), Nr. 258, S. 13–22.
- Miller, Susanne / Pothoff, Heinrich: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1990. 7., überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1991.
- Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (MEW 23). Berlin/Ost 1962.
- Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band (MEW 25). Berlin/Ost 1964.
- Recht, Alexander: Grenzen der Eigentumsfrage. Bad Münster am Stein, 2023. Online: https://technikoptimisten.com/wp-content/uploads/2023/10/Grenzen_Eigentum.pptx (Stand: 30.05.2025).
- Recht, Alexander / Werner, Alban: Aufgaben und Instrumente demokratischer Planung. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 2 (2010), Nr. 286, S. 181–194, S. 193.

Neuorientierung der Klimapolitik – die Land- und Waldwirtschaft rücken ins Zentrum

von Karl-Martin Hentschel



☞ **Karl-Martin Hentschel**, Mathematiker, Autor - u.a. des Handbuch Klimaschutz (Wie Deutschland das 1,5-Grad-Ziel einhalten kann: Basiswissen, Daten, Maßnahmen - Oekom Verlag München). Mitglied im Vorstand des Netzwerk Steuergerechtigkeit und bei Scientists for Future.

Foto: © privat

Dänemark hat beschlossen, 10 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche zu bewalden.¹ Diese Nachricht wirft den Scheinwerfer auf die große Lücke der bisherigen Klimapolitik in Deutschland, die wir nicht mehr ignorieren dürfen! Die neue Waldstrategie der Bundesregierung² will zwar den bestehenden Wald an die Erwärmung anpassen. Die große Bedeutung der Neuwaldbildung wird aber immer noch völlig ignoriert. Der folgende Artikel basiert auf einer intensiven Diskussion bei Scientists for Future und rückt die zentrale Rolle der Waldwirtschaft in den Fokus der Klimapolitik.

Wir sind in Deutschland an einem Wendepunkt der Klimapolitik. Bisher lag der Fokus in Deutschland und weltweit an erster Stelle bei der **Energiewende** – vor allem beim Kohleausstieg. Das ist zwar kurzfristig immer noch der wichtigste Punkt, betrifft aber entscheidend nur noch 5 Länder (China, Indien, Indonesien, USA und Polen)³. Insgesamt kann man sagen: Die Energiewende im Stromsektor läuft – zum Glück: 2023 erfolgten weltweit bereits 80 Prozent aller Kraftwerk-Investitionen

in Erneuerbare – weil sie mittlerweile billiger sind. In Deutschland haben wir zumindest das Kapitel Kohle, die 2018 noch 85 Prozent der Emissionen im Stromsektor verursachte, 2030 fast abgeschlossen.⁴ Aber die Ablösung von Erdgas durch Wasserstoff steht noch bevor.

Für die **Industriewende** sind durch die EU mit dem CO₂-Preis wichtige Weichen gestellt worden. Entscheidend sind drei Sektoren (Zement, Stahl und Grundstoffchemie), die über 90 Prozent der Emissionen verursachen. Dort investiert niemand mehr in CO₂-emittierende Techniken, da sie nicht mehr abzuschreiben sind. Und der Umbau beginnt gerade – wenn auch holprig.⁵

Die **Verkehrswende** ist noch sehr kritisch. Zentral ist die Elektrifizierung der PKWs und LKWs, die 80 Prozent der Verkehrsemissionen ausmachen.⁶ Hierfür hat Brüssel die Weichen gestellt – aber nur, wenn das Verbrenner-Aus-Datum 2035 hält! Die notwendige Verkehrsverlagerung muss aber erst noch gestartet werden.

Bei der **Hauswärme** sind die notwendigen Gesetze nun doch verabschiedet – auch das zunächst so umstrittene GEG samt WPG⁷. Nun sind alle Kommunen verpflichtet zur Klimawende und sind mehr oder weniger fleißig dabei, ihre Wärmepläne zu machen.⁸ Ich vermute, dass daran auch die neue Koalition nur

4 Nachdem auch NRW für 2030 das Kohle-Aus beschlossen hat, bleibt nur noch der Nachzügler Brandenburg.

5 Die Ankündigungen von Entlassungen bei Mittal und bei Thyssen-Krupp zeigen, dass hier noch nachgebessert werden muss. Der Grenzausgleich CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism) ist für 2026 von der EU beschlossen worden, regelt aber noch nicht den Verkauf von Stahl ins Nicht-EU-Ausland.

6 Verkehr verursacht 2023 22% der Treibhausgabe (gemessen in CO₂-Äquivalenten), davon 3% Flugverkehr, 1% Schiff, 18% Straßenverkehr, Bahn ist vernachlässigbar, weil schon weitgehend elektrifiziert.

7 Es handelt sich um ein verbundenes Gesetzespaket: GEG – Gebäudeenergiegesetz, WPG – Wärmeplanungsgesetz

8 Bis 2026 müssen die Städte über 100.000 Einwohner, bis 2028 alle anderen ihre Pläne vorlegen.

1 Siehe: https://wildbeimwild.com/daenemark-will-1-milliarde-baeumpflanzen-und-10-der-landwirtschaftlichen-nutzflaeche-in-wald-umwandeln/?utm_source=brevio&utm_campaign=Newsletter%20November%202024_copy_copy&utm_medium=email

2 Siehe <https://www.bmel.de/DE/themen/wald/waldstrategie.html>

3 Relevanten Neubau von Kohlekraftwerken gibt es noch in China, Indien und Indonesien. Ein hoher Anteil im Bestand gibt es noch in USA und Polen – siehe: <https://www.globalenergymonitor.org/de/projects/global-coal-plant-tracker/tracker/rele>



Quelle & Freigabe: <https://bsky.app/profile/cvictordus.bsky.social/post/3kstpxqvvf22z>

noch wenig ändern wird, da sonst das Klimaschutzgesetz nicht eingehalten werden kann.

Das sind alles noch gigantische Herausforderungen – aber die wichtigsten Weichen sind gestellt. Alle Sektoren unterliegen nun den CO₂-Preisen – bis auf die offen klaffende Lücke: **Landwirtschaft und Bodennutzung**⁹. Heute verursachen diese beiden Bereiche schon 16 Prozent der Emissionen, wovon man

die Kompensationsleistung der Wälder abziehen kann.¹⁰ Die lag bisher bei 6 Prozent, ist aber zuletzt deutlich eingebrochen.¹¹ Je mehr nun die Emissionen der anderen Sektoren zurückgehen, desto größer wird der Anteil von

¹⁰ Emissionen der Landwirtschaft 2023: ca. 60T toCO₂äq; der Bodennutzung: ca. 48T toCO₂äq; Kompensation durch Wald: ca. 44T toCO₂äq. Der Anteil wächst, je mehr die anderen Sektoren reduzieren. Siehe zur Bodennutzung: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland/emissionen-der-landnutzung-aenderung#veranderung-des-waldbestands-; siehe Treibhausgasentwicklung insgesamt: https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/treibhausgas-emissionen>

¹¹ Zuletzt war der Wald durch die Verluste sogar zur CO₂-Quelle geworden. Siehe <https://www.geo.de/natur/oekologie/der-deutsche-wald-gibt-jetzt-mehr-kohlenstoff-ab--als-er-aufnehmen-kann-35126934.html>

⁹ Ich benutze aus Gründen der Verständlichkeit „Bodennutzung“ synonym für den LULUCF (Land Use, Land Use Change and Forestry)

Landwirtschaft und Bodennutzung. Denn dafür gibt es noch keine CO₂-Preise.¹² Und im Sommer 2024 sind Klimaschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft durch die Agrarministerkonferenz der EU erst einmal ausgesetzt worden. Wenn es so weiter geht, werden im Jahre 2045 zwei Drittel – möglicherweise sogar 80 Prozent der Restemissionen aus der Landwirtschaft und der Bodennutzung stammen! Der Rest stammt aus anderen nichtvermeidbaren Emissionen – vor allem der Zementindustrie und dem Flugverkehr. Die müssen dann zusätzlich kompensiert werden.

Damit rücken Landwirtschaft und Bodennutzung ins Zentrum der Klimapolitik. Dazu muss man wissen, dass auf 50 Prozent der Fläche Deutschlands Landwirtschaft betrieben und auf 30 Prozent Wälder stehen. Die Agrarflächen werden zu 56 Prozent für die Tierernährung genutzt (davon die Hälfte Dauergrünland), nur 27 Prozent für Nahrungspflanzen, 12 Prozent für Energiepflanzen und 2 Prozent für Industrierohstoffe.¹³

Was ist also zu tun? Wie können die Emissionen von Landwirtschaft und Bodennutzung vermieden oder ausgeglichen werden? Dazu vier Punkte:

- Erstens müssen die **Emissionen** der Landwirtschaft ernsthaft reduziert werden. Strategisch entscheidend ist dafür neben der **Reduzierung** der Nitratdünger und der Gülleausbringung vor allem die Reduzierung des Fleisch- und Milchkonsums. Dies erfordert aber eine wesentliche Änderung im Ernährungsverhalten, würde aber erfreulicherweise einhergehen mit einer erheblichen Reduzierung der benötigten Flächen.
- Zweitens kann der Anbau von **Energiepflanzen** (vor allem Raps für Treibstoffe und Mais für hoch subventionierten Bio-

gasanlagen¹⁴) komplett eingestellt werden. Er hat sich leider als ineffizienter Irrweg der Energiewende erwiesen. Die bestehenden Biogasanlagen können aber künftig trotzdem eine wichtige Rolle spielen, wenn sie mit Gülle und anderen Reststoffen im Rahmen der Klimaschutzkonzepte der Gemeinden weiterbetrieben werden. Sie sollten künftig als Spitzenkraftwerke nur dann laufen, wenn Sonne und Wind wenig produzieren und die Strompreise hoch sind. Sie würden dann nur 1000 statt 4000 Stunden im Jahr laufen, dafür aber mit einer viel höheren Leistung. Dazu benötigen sie auch größere Gasspeicher.

- Drittens müssen die Emissionen der Bodennutzung drastisch reduziert werden. Sie stammen überwiegend aus ehemaligen trockengelegten **Mooren und Feuchtbieten**. Diese müssen weitgehend wieder vernässt werden – was aber auf große Schwierigkeiten stößt. Hier können auch sogenannte Paludi-Kulturen (Nasskulturen) künftig eine wichtige Rolle spielen.
- Viertens aber – und das ist strategisch der wichtigste Punkt – sollten neue **Wälder** aufgeforstet werden. Auch Agroforst und Bruchwälder in wiedervernässten Flussniederungen können einen wichtigen Beitrag leisten.¹⁵

Und wieviel würde das bewirken? Wälder können in den ersten 100 Jahren, bis sie ausgewachsen sind, CO₂ im großem Ausmaß aus der Atmosphäre holen. Mit einer Neubewaldung von 10 Prozent der Agrarfläche (nicht jedoch auf Grünland!¹⁶) könnte zum Beispiel die Speicherleistung der Wälder in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten um etwa 25 Prozent gesteigert werden, so dass mehr als die berechneten Restemissionen CO₂ von

12 Dänemark hat als erstes Land weltweit beschlossen, dass die CO₂-Preise auch für die Landwirtschaft gelten.

13 UBA - siehe <https://www.umweltbundesamt.de/umweltatlas/umwelt-landwirtschaft/einfuehrung/landwirtschaft-in-deutschland/wie-wird-die-landwirtschaftliche-flaeche-in>. Die Grafik von Christian Viktor weicht leicht davon ab.

14 Die Förderung von Biogasanlagen war leider ein Fehler. Der Preis von 20 Cent pro kWh liegt heute beim Vierfachen von Photovoltaik. Nur die extrem hohen Subventionen halten sie noch am Laufen.

15 Ein erster Anreiz für Aufforstung wurde mit dem Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz des BMUV geschaffen.

16 Ich betrachte daher nur die Ackerflächen, da Grünland schon heute eine CO₂-Senke ist.

den Wäldern aufgenommen werden.¹⁷ Nach 100 Jahren sinkt natürlich die Aufnahme von Kohlenstoff wieder, da das Holzvolumen nicht mehr zunimmt. Durch eine Umstellung des Häuserbaus auf Holzträger anstelle von Stahl und Beton würden unsere Gebäude zu zusätzlichen Kohlenstoffspeichern für Jahrzehnte, wenn nicht für Jahrhunderte.¹⁸ Auf diese Weise vermeiden wir CO₂-Emissionen durch Zement Einsatz beim Bau und wir gewinnen Zeit, um die Restemissionen auf null zu bringen. Darüber hinaus können wir dadurch sogar CO₂ aus der Atmosphäre zurückholen.

Natürlich sind die Wiedervernässung der Moorböden und die Aufforstung neuer Wälder eine enorme Herausforderung – aber es ist machbar. Eine Alternative zur Neuwaldbildung bzw. eine Ergänzung ist natürlich CCS¹⁹ – das Verpressen von CO₂ in geeigneten Tiefengesteinen, damit es mineralisiert oder BECCS²⁰ – das Verbringen von Kohlenstoff aus Biorohstoffen in die Erde. Dazu gehört auch die Produktion und Einsatz von Pflanzenkohle.²¹ CCS mag sinnvoll und bezahlbar sein, wenn das bei der Zementherstellung chemisch freiwerdende CO₂ direkt im Produktionsprozess abgeschieden wird, aber für die Kompensation der Emissionen der Landwirtschaft wäre es extrem teuer. Denn dann müsste das CO₂ erst durch DAC²² aus der Luft wieder zurückgewonnen werden. Dagegen soll BECCS nach den Plänen des Weltklimarats künftig eine wichtige Rolle spielen. Aber auch das ist sehr teuer und benötigt ebenfalls Agrarflächen und die Entwicklung geeigneter Verfahren.

Die naheliegende Option – sozusagen das „Gebot der Stunde“ ist daher jetzt die **Neuwaldbildung** und die **Moorbildung**. Heute kostet der Kauf der Agrarflächen und die Aufforstung nur ein Viertel der Kosten für CCS.²³ Die Flächen wären vorhanden.²⁴ Denn durch die Reduzierung der Viehzucht und die komplette Einstellung des Anbaus von Energiepflanzen werden über 20 Prozent der Agrarflächen verfügbar – selbst wenn wir komplett auf ökologische Landwirtschaft umstellen und dafür deutlich mehr Flächen für die Nahrungspflanzenproduktion benötigen. Wir könnten daher Förderprogramme starten, durch die in den kommenden zwanzig Jahren 10 bis 20 Prozent der Agrarfläche schrittweise aufgekauft wird. Oder die Bauern werden durch eine entsprechende Förderung selbst zum Aufforsten gewonnen und damit selbst zu Forstwirten.²⁵

Die Kosten bewegen sich im zweistelligen Milliardenbereich. Auf 20 Jahre verteilt sind sie gering im Vergleich zu den Kosten der Hauswärmeumstellung. Am besten sollten sie im Rahmen der EU-Agrarprogramme aufgebracht werden. Aber auch nationale oder Länderlösungen sind denkbar. Alle Verantwortlichen sind aufgefordert, dieses riesige Vorhaben in Angriff zu nehmen. Denn ohne das ist die Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 kaum erreichbar. ■

17 10% der Agrarfläche entsprechen einer Steigerung der Waldfläche um 17%. Der heutige Wald hat ca. 2200 Mio. t C gespeichert, das entspricht ca. 8000 Mio. t CO₂. 17% entsprechen ca. 1400 Mio. t CO₂. Die geschätzten nicht vermeidbaren Restemissionen im Jahre 2045 aus der Landwirtschaft betragen 30 Mio. t CO₂. Siehe <https://www.umweltbundesamt.de/bild/flaechennutzung-in-deutschland> und <https://www.wald.de/waldwissen/wie-viel-kohlendioxid-co2-speichert-der-wald-bzw-ein-baum/>

18 Siehe <https://www.pik-potsdam.de/en/news/latest-news/buildings-can-become-a-global-co2-sink-if-made-out-of-wood-instead-of-cement-and-steel>. Es gibt auch neue Forschungsergebnisse mit Carbonfasern.

19 CCS – Carbon Capture and Storage – Verpressen von CO₂ in großen Tiefen, in denen es mineralisiert, oder in alten Gaskavernen.

20 BECCS – BioEnergieCCS – Speicherung von Kohlenstoff aus weiterverarbeiteten Biorohstoffen in der Erde

21 Siehe <https://biochar-zero.com/de/stadtgruen/pflanzenkohle-fuer-stadtbaeume/>

22 DAC – Direct Air Capture – direkte Rückgewinnung von Kohlendioxid aus der Luft

23 Siehe https://handbuch-klimaschutz.de/assets/pdf/Handbuch-Klimaschutz_NRW.pdf

24 Allerdings importiert Deutschland erhebliche Mengen an Nahrungs- und Futtermitteln. Wir werden auch künftig nicht autark sein.

25 Das Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz des BMUV ist immerhin ein erster Schritt.

Sammelrezension: Lebenswege bedeutender Sozialistinnen

von Thilo Scholle

Anna Siemsen: Mein Leben in Deutschland und andere Texte

Herausgegeben von *Hannelore Faulstich-Wieland/Sinah Mielich/Florian Muhl*
Schriftenreihe des Archivs der Arbeiterjugendbewegung Band 24
Metropol Verlag, Berlin 2025
204 Seiten, 19 €

Marie Jahoda

Rekonstruktion meiner Leben

Herausgegeben von *Johann Bacher/Waltraud Kannonier-Finster/Meinrad Ziegler*
Edition Konturen, Wien 2024
264 Seiten, 34 €

Marie Jahoda

Aufsätze und Essays

Herausgegeben von *Johann Bacher/Waltraud Kannonier-Finster/Meinrad Ziegler*
Studien Verlag, Innsbruck 2019
395 Seiten

Arbeitslose bei der Arbeit

Herausgegeben von *Johann Bacher/Waltraud Kannonier-Finster/Meinrad Ziegler*
Studien Verlag, Innsbruck 2019
231 Seiten
2 Bände im Schuber, 49,50 €

Akteneinsicht. Marie Jahoda in Haft

Herausgegeben von *Johann Bacher/Waltraud Kannonier-Finster/Meinrad Ziegler*
Studien Verlag, Innsbruck 2022
252 Seiten, 26,90 €

Hartfrid Krause

Die Genossinnen der USPD.

USPD-Frauen in leitender Stellung

Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2025
201 Seiten, 25 €

Dunja Larise

Helene Bauer – Intellektuelle, Ökonomin, Austromarxistin

Mandelbaum Verlag, Wien 2024
236 Seiten, 25 €

Der Blick zurück auf die Rolle von Frauen in der Arbeiter*innenbewegung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts reduziert sich oft auf wenige große Namen wie Rosa Luxemburg oder Clara Zetkin. Vor diesem Hintergrund sind einige Neuerscheinungen der letzten Jahre nicht nur aus biografischer Sicht spannend und aufschlussreich. Vor allem bieten sie ein intellektuelles Panorama marxistisch inspirierter Sozialwissenschaften, das auch aktuelle Anschlüsse ermöglicht.

Marie Jahoda (1907 – 2001)

Marie Jahoda wurde am 26. Januar 1907 in Wien geboren, studierte ab 1926 an der Universität Wien Psychologie und promovierte im Jahr 1932. Von 1927 bis 1934 war sie mit Paul F. Lazarsfeld verheiratet, den sie aus der sozialdemokratischen Schüler*innenarbeit kannte. Aus dieser Ehe stammt ihre 1930 geborene Tochter Lotte. Bis heute zumindest als Referenz bekannt geblieben ist ihre gemeinsam mit Lazarsfeld auf Anregung von Otto Bauer durchgeführte Studie zu den „Arbeitslosen von Marienthal“, in der sie die psychologischen Auswirkungen von Massenarbeitslosigkeit auf die Bevölkerung eines Ortes untersucht. 1936 und 1937 wegen Widerstandsarbeit gegen den Austrofaschismus inhaftiert und verurteilt, emigrierte sie 1937 nach Großbritannien, während sie ihre Tochter Lotte zu ihrem Ex-Mann in die USA in Sicherheit schickte. In England blieb Jahoda als Sozialforscherin tätig und engagierte sich zugleich in der öffentlichen politischen Agitation gegen die NS-Herrschaft und den Austrofaschismus. 1945 siedelte auch sie in die USA über, wo sie im Jahr 1949 ihre erste ordentliche Universitätsprofessur übernehmen konnte. Ab 1958 war Jahoda dann in Großbritannien an verschiedenen Universitäten tätig. Sie starb am 28. April 2001.

Einen ausgesprochen lesenswerten Einblick in Leben und intellektuelle Entwicklung Jahodas bietet ihre unter dem Titel „Rekonstruktion meiner Leben“ herausgegebene biografische Skizze, die im vergangenen Jahr in der Edition

Konturen in Wien 2024 veröffentlicht wurde. Im einleitenden Essay stellen die Herausgeber*innen kurz zentrale Aspekte in Leben und Werk von Marie Jahoda sowie ihrer ebenfalls als Sozialforscherin tätigen Tochter Lotte Bailyn vor, von der am Ende des Bandes auch ein kurzer eigener Text zu ihrer Familie enthalten ist. Kernstück des Bandes sind die von Marie Jahoda ab etwa Anfang der 1990er Jahre bis kurz vor ihrem Tod verfassten Lebenserinnerungen, die aus dem Englischen übersetzt wurden. Enthalten sind zudem auch die Briefwechsel Jahodas mit dem zeitweiligen Vorsitzenden der Revolutionären Sozialisten Joseph Buttinger sowie mit ihrem nach Österreich zurückgekehrten politischen Weggefährten Walter Hacker in den Jahren 1946 bis 1948, als auch Jahoda darüber nachdachte, in ihre alte Heimat zurückzukehren. Abgeschlossen wird der Band mit dem Abdruck einer Reihe von Fotos.

Einen detaillierten Einblick in Jahodas Rolle im Widerstand gegen den Austrofaschismus bietet der Band „Akteneinsicht“. Horst Schreiber und Meinrad Ziegler zeichnen darin den Gang des Gerichtsverfahrens im Jahr 1937 gegen Marie Jahoda nach. Auch wenn die ursprüngliche Anzeige auf Hochverrat und Gründung einer „staatsfeindlichen Verbindung“ fallen gelassen wurde, reichte die Anklage wegen der Teilnahme an staatsfeindlichen Verbindungen und deren Unterstützung zu einer Verurteilung. Andreas Kranebitter beschreibt in seinem anschließenden Beitrag den größeren Kontext der Repression gegen politische Gegner im Austromarxismus. „Die Parallelität der Regime liegt nicht in ihrer Grausamkeit, sondern in der Logik der Prävention, dem Sicherheitsdispositiv der Vorbeugung.“ Christian Fleck zeichnet schließlich den politisch-intellektuellen Entwicklungsweg Marie Jahodas nach. Den Abschluss des Bandes bildet ein kurzer Text von Lotte Bailyn zu ihren Erinnerungen an Wien.

Einen beeindruckenden Überblick über Jahodas Werk bietet der Sammelband „Aufsätze und Essays“. Nach einem einleitenden Vorwort von Klaus Taschwer sind Jahodas Aufsätze auf die Abschnitte „Sozialpsychologie und Sozialwissenschaft“, „Antisemitismus- und Vorurteilsforschung“, „Konformität und Freiheit“,

„Sozialpsychologie der Arbeit“ sowie eine abschließende übergreifende Sektion „Essays“ aufgeteilt. Zum Abschluss geben Julia Hoffmann und Georg Hubmann eine kurze Skizze des intellektuellen Profils der Sozialwissenschaftlerin Marie Jahoda.

So befasst sich der Text „Vorurteile und das Vermeiden von Aufklärung“ mit der Frage, wie Menschen für politische Meinungsbildung und Debatte erreichbar sein können. Viele würden dies vermeiden: „Die Antwort liegt zum Teil in den Schwierigkeiten, denen sich Individuen ausgeliefert sehen, die in den verschiedenen Bereichen ihrer alltäglichen Erfahrung Konsistenz erzielen möchten. Der Versuch, sich den Widersprüchen zu stellen und sie aufzulösen, würde zweifellos beunruhigende Spannungen erzeugen, die ihrerseits den meisten Individuen ernsthafte Probleme bereiten würden. (...) So erscheint Vermeidung als gut eingeübte Verhaltensweise, die durch unsere Sozialstruktur verstärkt wird. Bei der Reaktion auf Propaganda, die sich gegen Vorurteile wendet, dient sie zur Verteidigung gegen Angriffe auf die eigene Gruppe.“

Ohne Kenntnis des Erscheinungsjahrs fast wie eine Analyse aktueller Entwicklungen in den USA liest sich der Text „Sicherheit und Freiheit. Eine explorative Untersuchung von Sicherheitsmaßnahmen unter McCarthy“, der auf einem Vortrag Jahodas aus dem Jahr 1951 basiert. Ziel der Arbeit war die Entwicklung eines Forschungsrahmens zur Untersuchung der sozialpsychologischen Auswirkungen von Maßnahmen zur Kontrolle der politischen Einstellungen von Beschäftigten in öffentlichen Institutionen. Erwähnt wird dabei eine das eigene Verhalten regulierende Angst bis hin zu Auswahl der eigenen Bücher und der (sichtbaren) Lektüre bestimmter Zeitungen und Zeitschriften. Ein maßgeblicher Abschnitt ist daher naheliegender Weise mit „Soziale Kontrollmechanismen im neuen geistigen Klima“ überschrieben. Wesentlich sei, dass die Gefahr, zum Gegenstand einer Untersuchung zu werden, so groß sei, dass Einzelakteure ihr Verhalten einschränkten, indem sie alles zu vermeiden suchten, was einen Verdacht auslösen und zur Einleitung einer Untersuchung führen könnte.

Abgedruckt ist auch Jahodas Rede auf dem Münchner SPD-Bundesparteitag 1982, in der sie nicht nur ihr analytisches Programm zur Erforschung der Arbeitsgesellschaft, sondern auch einige Gestaltungsansprüche skizzierte: „Es geht darum, Genossen, eine Tradition von 200 Jahren zu brechen, in der die Arbeitsbedingungen lediglich von finanziellen und technischen Gesichtspunkten her diktiert wurden. Die deutsche Arbeiterbewegung kann stolz darauf sein, dass sie die Humanisierung der Arbeit auf ihr Programm gesetzt hat. Aber die Humanisierung der Arbeit darf nicht an der Enthumanisierung durch die Arbeitslosigkeit vorbeisehen. (...) Dennoch muss die allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit und deren gerechte Aufteilung und nicht die utopische Idee von der Abschaffung der Arbeit unser Ziel bleiben (...). Genossen, was wir anstreben, ist eine Gesellschaft, in der alle die Möglichkeit haben, in der Arbeit Gemeinschaft und Solidarität zu erfahren und sich in der Freizeit als Menschen voll zu entwickeln.“

Ein ausgesprochen beeindruckendes Zeugnis der Arbeit Jahodas und auch heute noch lesenswerten Text stellt die monografische Studie „Arbeitslose bei der Arbeit“ dar. 1938 ins englische Exil gedrängt, untersuchte Jahoda dort auf Basis eines dort gewonnenen Stipendiums die Wirkungen des für Arbeitslose konzipierten Programms „Subsistence Production Scheme“, das im Frühjahr 1935 im Eastern Valley, einem von Massenarbeitslosigkeit geprägtem Tal in Wales nordöstlich von Cardiff von Quäkern aufgelegt worden war. Gemeinsam mit weiteren Forschenden lebte Jahoda mehrere Monate in dem Ort bei wechselnden Familien. Ihr Fazit zum Erfolg des Projekts fiel skeptisch aus. Inhaltlich sah das Projekt vor, mit Arbeitslosen auf landwirtschaftlichen Grundstücken und in Werkstätten Nahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs zu produzieren und an die Mitglieder zum Selbstkostenpreis zu verkaufen. Das Programm sollte die Möglichkeit einer sinnvollen kollektiv organisierten Arbeit und erhöhter Kaufkraft an die Mitglieder vermitteln. Grundsätzlich hält Jahoda fest, dass sich die von den Initiatoren neben den finanziellen Verbesserungen für die Teilnehmenden erhofften Sinnstiftungen nicht erfüllt hätten. Nur bei

älteren Teilnehmenden sei dies annähernd gelungen. Zudem hätten die Teilnehmer keinerlei persönliche Verbundenheit zum Projekt entwickelt, es nicht als Blaupause für eine andere Art der Arbeitsorganisation verstanden. Deutlich wird dies etwa an der Rolle des Gruppensprechers im jeweiligen Arbeitsbereich, der formal auf Augenhöhe mit dem entlohnten Instrukteur des Bereichs arbeiten sollte, faktisch aber wie die gesamte Belegschaft in klassische Verhaltensweisen hierarchischer Arbeit zurückfiel. So lassen sich aus der Studie weit über das konkrete Projekt hinausgehende Eindrücke zur Rolle von Erwerbsarbeit, Arbeitsstolz in der Erwerbsarbeit und Prägung örtlicher Gemeinschaften durch Erwerbsarbeit gewinnen.

Helene Bauer (1871 – 1942)

Zu Leben und Werk von Helene Bauer (geb. Gumpłowicz) gibt es bislang kaum Literatur, obwohl sie, wie Dunja Larise im vorliegenden Band in einer lesenswerten biografisch-werkgeschichtliche Einführung zeigt, sowohl mit ihrem persönlichen Agieren wie auch ihren wissenschaftlichen Arbeiten einen wichtigen Beitrag zur Entfaltung des Austromarxismus im Wien der Zwischenkriegszeit geleistet hat. Den zweiten Teil des Bandes bilden insgesamt elf Texte von Helene Bauer selbst. Eingangs hält Larise fest, Bauers Texte hätten die ihrer Kollegen, sowohl aus dem liberalen wie dem konservativen Lager, in ihrer analytischen Tiefe oft übertroffen und nicht nur den Austromarxisten damals, sondern auch der heutigen Gesellschaft viele relevante Fragen und inspirierende Antworten geboten.

Trotz ihrer Heirat mit dem Anwalt Max Landau im Jahr 1895 hatte Helene Gumpłowicz ihr Studium der Staats- und Wirtschaftswissenschaften in Zürich fortgesetzt und mit einer Promotion über die Entwicklung des Warenhandels in Österreich abgeschlossen. Schon während ihrer Ehe mit Max Landau entwickelte sich ihre Wohnung in Wien zu einem intellektuellen Treffpunkt, wo unter anderem Karl Renner, Rudolf Hilferding und Otto Bauer ein- und ausgingen. Als Max Landau 1911 entschied, seine Kanzlei ins galizische Lemberg zu verlegen, ließ Helene sich scheiden. Sie nahm eine

Beziehung mit dem zehn Jahre jüngeren Otto Bauer auf, damals bereits einer der aufstrebenden Köpfe der österreichischen Sozialdemokratie. Die weitere Darstellung zeigt, wie eng Helene mit den Debatten im Austromarxismus verbunden war. Die Vorstellung, ein neues Wirtschaftssystem gewissermaßen von Oben dekretieren zu können, lehnte sie ab. Entwickeln könne es sich notwendigerweise nur aus den Kämpfen des Proletariats heraus – auch mit Blick auf die internationalen Verknüpfungen und ökonomischen Handlungsbedingungen. In einem Artikel zum Thema „Imperialismus“ aus dem Jahr 1927 setzt sie sich kritisch mit der u.a. von Rosa Luxemburg vertretenen Position, der Imperialismus entstehe notwendig aus dem Kapitalismus, auseinander: „Der Kapitalismus im Bündnis mit feudalen Mächten kann kriegerisch sein, will am Krieg und durch den Krieg seine Profitrate erhöhen. Er kann jedoch auch friedlich sein und statt unter Waffendeckung mit staatlicher Kreditgarantie für Geschäfte mit Ländern, deren Rechtszustand ihm Misstrauen einflößt, neue Absatzmärkte gewinnen, kann durch internationale Kartelle, Quotenverteilung, die Sicherung der Profite erstreben.“ Und in einem weiteren Artikel aus demselben Jahr, „Akkumulation, Kredit, Imperialismus“ heißt es: „Gewiss, der Faschismus ist ebenso sozial bedingt, wie die Dynastie im alten Deutschland und in der Donaumonarchie, aber mit dem Expansionsdrang des Kapitals lässt sich weder der Weltbrand der Jahre 1914 bis 1918, noch die Unruhe und die Gärung der Nachkriegszeit erklären. Der Zusammenbruch der europäischen Kolonialherrschaft würde die Weltwirtschaft nicht einengen, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine viel höhere Stufe der Entfaltung bringen, denn die politischen Fesseln, die sicher in einer früheren Epoche ein wirksames, wenn auch gemein-brutales Mittel waren, die Tropen in den Weltverkehr hineinzuzwingen, behindern jetzt bloß die wirtschaftliche Entwicklung der beherrschten Gebiete.“

Nach dem Februaraufstand 1934 mussten Helene und Otto Bauer aus Österreich fliehen; zunächst nach Brünn, 1938 nach Paris, wo Otto Bauer verstarb. Helene Bauer gelangte über Stationen in Schweden und Russland in die USA nach Berkeley. Dort starb sie 1941. Dunja La-

rise hat eine lesenswerte Erinnerung an Helene Bauer vorgelegt. Durchaus ausbaufähig wäre eine breitere Einordnung ihres Werks in die austromarxistische Theoriebildung insgesamt gewesen. Zudem ist die Darstellung mit Blick auf die österreichische Parteigeschichte an einigen Stellen nicht immer ganz exakt.

Anna Siemsen (1882 – 1951)

Spannend ist auch ein Blick in die nun erstmals vorliegenden Lebenserinnerungen der sozialdemokratischen Pädagogin Anna Siemsen. Nach Tätigkeiten in Düsseldorf und Berlin wirkte sie in der Weimarer Republik insbesondere als Schulreformerin und Professorin in Thüringen. Von 1928 bis 1930 für die SPD Mitglied des Reichstags, zwang die NS-Diktatur sie ins Exil in die Schweiz. Ein wirklicher beruflicher Neustart nach der Rückkehr aus dem Exil gelang ihr nicht. Sie starb 1951 in Hamburg, wo sie zumindest Lehraufträge an der dortigen Universität erhalten hatte.

Enthalten sind in dem Band neben ihren autobiographischen Skizzen auch einige werkanalytische Texte, die u.a. auf Vorträge von Hannelore Faulstich-Wieland und Christine Meyer zurückgehen. Zudem sind Auszüge aus drei programmatischen Texten von Anna Siemsen enthalten. In ihrem autobiografischen Text schildert Siemsen eindrücklich ihre eigenen Erfahrungen als Aktivistin im Düsseldorf der ersten Revolutionsmonate nach 1918. Die Soldatenräte schildert sie als fleißig und bemüht, zugleich hätten sie aber auch nicht gewusst, was sie mit der gewissermaßen von der Straße aufgehobenen Macht hätten anfangen sollten. Sie hätten rührig daran gearbeitet, die Verwaltung in Gang zu halten und die Ernährungslage zu sichern. In die USPD sei sie 1919 erst eingetreten, als sie begriffen habe, wie tief der Riss zwischen den Parteien war, „und als die sozialdemokratische Regierung im März 1919 das erste Freikorps gegen die Arbeiter nach Düsseldorf schickte (...)“. Nachdem die Arbeiterschaft die neu gewonnene Macht nicht genutzt habe, habe der Gegenangriff des Bürgertums begonnen. Vor den Kämpfen nach dem Kapp-Putsch sei das Ruhrgebiet das vielleicht aktivste, fortgeschrittenste Gebiet gewesen. Dies sei

nun beendet gewesen, nur die Treuesten und Opferfreudigsten seien der Bewegung erhalten geblieben. Die reaktionären Kräfte seien demgegenüber nunmehr sicher gewesen, dass die Zeit für sie arbeiten würde. Auch die preußische Verwaltung sei letztlich durch die alten Eliten eingeehrt worden. Von den preußischen Ministern habe nur Otto Braun das Format gehabt, dagegen vorzugehen. Zudem habe man nichts gegen die großen Agrarmonopole und für eine Teilung landwirtschaftlichen Besitzes getan. Die Funktionäre hätten vor 1933 das Errungen erhalten wollen und nicht gesehen, dass es nur ein Vorwärts oder ein heilloses Abwärts gegeben hätte: „Die Angst vor der Macht, die Furcht vor den Kräften ihrer eigenen Anhänger, die sie einmal entfesselt sich nicht zu führen getrauten, ließ sie immer das hemmende Bündnis mit den bürgerlichen Parteien suchen, deren wesenhafte Gegnerschaft sie genau kannten.“

Wichtig sind auch die drei Texte von Siemsen selbst, da hier ihre in der Lebensskizze kaum thematisierten pädagogisch-schulpolitischen Vorstellungen angedeutet werden. So hält sie in „Ziele und Wege der öffentlichen Erziehung“ aus dem Jahr 1929 fest, die berufliche Erziehung sei nicht vollkommen, wenn sie nicht zugleich staatsbürgerliche Erziehung sei. Zudem müssten Kenntnisse der wirtschaftlichen und technischen Zusammenhänge vorhanden sein. Und im Text „Zur sozialen Funktion der Berufsschule“ aus dem Jahr 1932 heißt es, jede Schularbeit sei auch gesellschaftlich-soziale und damit politische Arbeit. Insgesamt bietet der Band so nicht nur eine Lebensskizze einer beeindruckenden Persönlichkeit der Arbeiter*innenbewegung, sondern liefert auch Denkanstöße zur historisch-politischen Einordnung der Weimarer Republik sowie zu bis heute spannenden Elementen einer sozialistischen Schul- und Bildungspolitik.

Frauen in der Unabhängigen Sozialdemokratie

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) besaß ihre politische Bedeutung nur gegen Ende der Kaiserzeit und in den unmittelbaren Monaten nach der Revolution 1918 und 1919. Nach der Abspaltung des linken Flügels

1920 wurde der Einfluss schnell geringer, nach der Vereinigung mit der Mehrheitssozialdemokratie 1922 bestand nur noch ein kleiner Zusammenhang als USPD fort. Hartfrid Krause, Autor des Standardwerks zur Geschichte der Partei, widmet sich im vorliegenden Band den Frauen der USPD. Besonders interessant ist dabei der einleitende Überblicksartikel, in dem Krause vor allem den Anteil der Frauen am Funktionärskörper der USPD zu erheben sucht. Von den namentlich erfassten USPD-Mitgliedern seien etwa 10 % Frauen gewesen. Dies entspricht auch in etwa der Verteilung der Delegierten auf Parteitag. Interessant ist die Beobachtung, dass bei der Parteispaltung deutlich mehr jüngere als ältere Genossinnen den Weg zur KPD mitmachten – offensichtlich waren - ähnlich wie bei den männlichen Genossen - die älteren Genossinnen noch stärker in der gemeinsamen Vorstellungswelt der Vorkriegssozialdemokratie verankert.

Dass die USPD in der frühen Weimarer Republik einen erheblichen Teil der inhaltlich bedeutsamen Akteure der Sozialdemokratie aufwies, zeigt auch ein Blick auf die Biografien der Frauen. Der Hauptteil des Bandes enthält Kurzbiographien von etwas mehr als 100 weiblichen USPD-Mitgliedern, die überwiegend auf dem Lexikon zum deutschen Kommunismus von Hermann Weber sowie auf der Darstellung bei Wikipedia basieren. Der abschließende Teil enthält einen tabellarischen Überblick über die Frauen der USPD in Führungspositionen samt interessanter Details wie etwa dem ausgeübten Beruf.

Mit dem vorliegenden Band leistet Krause keinen komplett neuen Beitrag zur Geschichte der USPD, aber doch einen guten Beitrag dazu, die Rolle von Frauen in der USPD sichtbar zu machen und damit zu weiterer Forschung und Beachtung aufzurufen. ■

Rezension: Parteiendemokratie

von Thilo Scholle

Parteiendemokratie. Theorie und Praxis in Deutschland und Nachbarländern

Herausgegeben von Detlef Lehnert

Metropol Verlag, Berlin 2020

406 Seiten, 24 €

Politische Parteien sind für das Funktionieren eines parlamentarisch-demokratischen Systems zwar zentral, zugleich in ihrer Rolle und Funktion aber immer wieder umstritten. Dies gilt nicht nur für allgemeine öffentliche Wahrnehmung über „die“ Parteien, sondern auch in der politikwissenschaftlich-verfassungstheoretischen Literatur. Theoriegeleitete Einordnungen der Parteiendemokratie stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Sammelbands. Enthalten sind zwölf Beiträge, die sich auf die beiden Abschnitte „Deutschland und vier Nachbarländer im Überblick“ sowie „Parteienlehre und –kritik seit der Weimarer Republik“ verteilen.

In seinem einleitenden Beitrag hält der Herausgeber fest, auch wenn der Einwand zutreffend sei, dass zu große soziale Heterogenität – Ungleichheit, entfremdete Lebenswelten – sich negativ auf moderne Demokratien auswirkten, so sei doch soziokulturelle Vielfalt ohne ein Übermaß an gesellschaftlicher Unübersichtlichkeit auch eine Antriebskraft demokratischer Entwicklung. Parteiendemokratie gebe es daher immer nur im Plural. Trotz fraglicher Wiederbelebbarkeit in Gegenwart und Zukunft müsse man auf die gravierenden Schattenseiten des bislang erfolgten Niedergangs von Parteiendemokratien hinweisen, mit den besonders deutlichen Beispielen Italien und Frankreich. Der hier entfaltete Grundton der Darstellung findet sich auch in den weiteren Beiträgen als roter Faden wieder – die Vorstellung davon, dass in sozioökonomisch pluralen Gesellschaften Parteien ein zentraler Integrationsfaktor für Gesellschaft und politische Steuerung sein sollen und grundsätzlich auch sein können.

Volker Stalman eröffnet die Beiträge mit einem Text zu „Kontinuität und Wandel des

deutschen Parteiensystems nach 1945“. Trotz seiner mangelnden definitiven Schärfe biete sich der Begriff der Volkspartei weiterhin als Basis zur Beschreibung der Parteienentwicklung seit 1945 an: „Als Volksparteien sollen im Folgenden Parteien verstanden werden, die in der sozialen Zusammensetzung ihrer Wähler, Aktivisten, und Mitglieder sich nicht auf bestimmte Schichten, Klassen, Landmannschaften oder Konfessionen fokussieren, sondern bei Wahlen möglichst viele Wähler anzusprechen und zu gewinnen versuchen“. Der Artikel konzentriert sich auf die ersten Nachkriegsjahrzehnte und endet mit der ersten Konsolidierung des Parteiensystems mit vier Parteien: CDU/ CSU, SPD und FDP. Den ersten Blick ins Ausland machen sodann Matthias Micus und Jens Gmeiner, die die Entwicklung der Parteiensysteme in Österreich und Schweden „zwischen Persistenz und Transformation“ nachzeichnen. Bemerkenswertes Element bei beiden Ländern sei die Etablierung des Rechtspopulismus – wenn auch jeweils mit dem Abstand einiger Jahrzehnte. Mit Blick auf Schweden zeichne sich die aktuelle Phase des Parteiensystems durch drei zentrale Merkmale aus: Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten hätten sich im Parteiensystem etabliert, eine kulturelle Konfliktsituation habe sich im Parteiensystem niedergeschlagen und den prägenden sozioökonomischen Cleavage (Spaltungslinie) ergänzt, und drittens seien durch die Etablierung der Schwedendemokraten im Parteiensystem neue Bündnis- und Kooperationsmöglichkeiten erkennbar geworden, die blockübergreifend verliefen. Für Österreich wurde nun nach jahrzehntelanger Persistenz eines Parteiendualismus aus ÖVP und SPÖ ein Mehrparteiensystem, in dem die etablierten Parteien sich einander teils auf dem Niveau von Mittelparteien phasenweise angleichen. Stefan Grüner widmet sich in seinem Text den Entwicklungen in Frankreich. Dabei deutet er mit Blick auf vorliegende Studien an, dass die Links-Rechts-Verortung vieler Wähler*innen in Frankreich möglicherweise doch noch eine bleibende Rolle spielen könnte, und damit

Emmanuel Macrons zentristisches Projekt auf Dauer nicht überleben könne. Einen interessanten Analyseausgang nimmt der Artikel von Georg Kreis zum schweizerischen Parteiensystem, in dem er die Art der Parteien- und Politikfinanzierung in den Mittelpunkt stellt. Fehlende öffentliche Parteienfinanzierung bei gleichzeitigen weitreichenden Möglichkeiten für Interessengruppen und Einzelpersonen, die Arbeit von Parteien zu finanzieren, macht er als einen bestimmenden Faktor für die Handlungsmöglichkeiten der Parteien aus.

Der zweite Teil des Bandes enthält vor allem analytisch-ideengeschichtliche Aufarbeitungen. Hans-Christof Kraus widmet sich Erich Kaufmanns Kritik der Parteiendemokratie in der Weimarer Republik. Uli Schöler skizziert die innerparteilichen Diskussionen in der SPD Anfang der 1930er Jahre über den Umgang mit abweichendem Abstimmungsverhalten im Reichstag, insbesondere am Beispiel des Umgangs mit der „Klassenkampfgruppe“ um Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld. Interessant ist der Verweis auf eine zeitgenössische Analyse Anna Siemsen, die vor allem auf funktionierende oder nicht-funktionierende innerparteiliche Demokratie als Basis dafür abgestellt habe, überhaupt erst Disziplin durchsetzen zu müssen: „Müsse aber eine proletarische Partei zu den Mitteln greifen, Gewissensbedenken und Überzeugung unter Disziplin zu stellen, würden diese Mittel erst die Gefahr hervorrufen, die sie angeblich verhindern sollen: die Spaltung.“ Einen etwas anderen Akzent setzen demgegenüber die ebenfalls von Schöler rezipierten Arkadij Gurland und Kurt Laumann, ebenfalls auf dem linken Flügel der SPD verortet: Die Kreise von Suchenden und Drängenden sei nur ein kleiner Ausschnitt aus einer allgemeinen Erscheinung, die sich weder organisatorisch zentralisieren noch mit organisatorischen Maßnahmen aus der Welt schaffen lasse. „Zugleich aber fördere eine solche Zerstreuung in kleine Zirkel nicht die Verlegung der kämpferischen Aktivität aus den Organisationsinstanzen in die breiten proletarischen Massen, sondern sei Flucht aus der Massennarbe im sozialistischen Sinne in Sektengläubigkeit, Sektenfanatismus, Unduldsamkeit und praktische Inaktivität.“ Marcus Llanque zeich-

net Otto Kirchheimers Ansatz zum „Wandel von der Integrationspartei zur Allerweltpartei als Problem politischer Bindung“ nach. Kirchheimers Beitrag sei nicht auf seine Überlegungen zur Partei Typologie beschränkt, sondern müsse vielmehr im Gesamtzusammenhang seiner Analysen zu den Bedingungen moderner politischer Partizipation gesehen werden: „Was ist die politische Leistung von Parteien, wie ändert sich diese? Wie ändert sich das Verhältnis der Bürger zu ihnen? Die Spannweite reicht von der absoluten Einbindung in eine politische Parallelwelt bis zur Mobilisierung, sich überhaupt mit politischen Fragen zu beschäftigen, und diese nicht als Konsum zu begreifen.“ Peter Steinbach stellt Wolfgang Abendroth als Denker der Parteien vor. Abendroth sei von der Notwendigkeit der Parteien bei der Gestaltung des politischen Lebens und nicht zuletzt des gesellschaftlichen Fortschritts überzeugt gewesen. Voraussetzung sei, durch eine konsequente demokratische Willensbildung die Parteien zu Garanten der Demokratie zu machen. Detlef Lehnert widmet sich ausführlich den Überlegungen zum „Parteienstaat“ bei Gerhard Leibholz und auch dessen publizistisch-rechtspraktischer Durchsetzung. Auch bei Leibholz klingt an vielen Stellen zentral die Vorstellung von Parteien und Parlamentarismus als notwendiger Ort der Austragung der aus den sozioökonomischen Spaltungslinien einer Gesellschaft hervorgehenden Interessendifferenzen. Abschließend widmen sich Peter Steinbach der Parteienstaatskritik von Wilhelm Hennis und Robert Chr. van Ooyen titelt „Von Carl Schmitt zur Pluralismus-, Parteien- und Europakritik bei Ernst-Wolfgang Böckenförde und Hans Herbert von Arnim“. Beide Beiträge sind interessant, weil sie insbesondere mit Verweis auf Hennis und von Arnim ein Stück weit eine Kontrastfolie zu den vorangegangenen positiven Bezügen auf die Parteiendemokratie darstellen – getrieben auch von anderen Wahrnehmungen gesellschaftlicher Widersprüche und der Rolle der Parteien darin und tendenziell auch von elitäreren Vorstellungen politischer Lenkung.

Insgesamt handelt es sich um einen anregungsreichen Band, der zum Weiterdenken

auffordert. Nötig erscheint dabei allerdings auch eine vertiefte aktuelle Gesellschaftsanalyse, mindestens mit Blick auf zwei Aspekte: Zum einen haben sich innergesellschaftliche Spaltungslinien ausgeweitet und vervielfacht, die Repräsentation von Gesellschaft und Umsetzung gesellschaftlicher Dispositionen durch Parteien in politisches Handeln wird also schwieriger. Interessengegensätze und individuelle gesellschaftliche Verortungen orientieren sich zwar immer noch auch an der jeweiligen sozioökonomischen Position, sind dabei aber wesentlich breiter aufgefächert als noch zu Zeiten der im Band referierten politisch-theoretischen Ansätze. Und insbesondere durch die Vielfalt und Besonderheiten sozialer Medien scheinen sich zudem auch Rezeptions- und Kommunikationsverhalten erheblicher Teile der Bevölkerung verändert zu haben. Akteure von Parteien, aber auch von Gewerkschaften und anderen (auch) für politische Integration relevanten Organisationen sind immer weniger als inhaltliche Referenz akzeptiert. Weder der Ortsvereinsvorsitzende noch die Betriebsrätin können in ihrem Umfeld in gleicher Weise wie früher Interessen sammeln, bündeln und auf die weiteren Ebenen hin artikulieren – und umgekehrt Entscheidungen aus anderen Ebenen einordnen und orientieren. Dies hat Folgen für die Möglichkeiten dieser Organisationen, ihre politisch-öffentliche Rolle überhaupt noch wahrnehmen zu können. Zentral bleibt vor allem die in den im Band enthaltenen Analysen thematisierte Herausforderung, wie ein politisches System seine gesellschaftliche Responsivität sicherstellen kann – und welche Rolle Parteien dabei spielen können und müssen. ■

Bericht: Juso Küstencamp 2025

von Lasse Rebbin

Das Highlight einer jeden Legislatur des Juso-Bundesvorstandes sind unsere Großveranstaltungen. Dort schaffen wir es, Jusos aus der gesamten Bundesrepublik sowie unsere internationalen Partner*innen zusammenzubringen, um gemeinsam über die politischen Fragen unserer Zukunft zu diskutieren. Bisher war das Jahr vor allem von Wahlkampf, dem historisch schlechten Abschneiden der SPD bei der Bundestagswahl 2025 und der Aufarbeitung des Ergebnisses geprägt. Eine wichtige Aufgabe bleibt es trotzdem, unseren Mitgliedern ein breites Bildungsangebot zu machen.

Vom 29.05.-1.06.2025 trafen wir uns deshalb auf Rügen zu unserem Küstencamp mit dem Themenschwerpunkt der sozial-ökologischen Transformation. Mit insgesamt 400 Genoss*innen starteten wir am Donnerstag mit einer kritisch solidarischen Diskussion mit der Parteispitze. Dazu besuchten uns unter anderem Lars Klingbeil, Saskia Esken und Tim Klüssendorf. Der Freitag und der Samstag waren ganz der inhaltlichen Bildungsarbeit, dem Vernetzen und dem Freizeitprogramm gewidmet. Über 40 Referent*innen aus Parlament, Klimabewegung und Zivilgesellschaft gaben spannende Workshops über die sozial-ökologische Transformation. Als Jusos wollen wir im Sinne unserer Doppelstrategie nicht nur in die Partei, sondern auch in die Zivilgesellschaft wirken. So suchten wir den Austausch mit Gewerkschaften, Fridays for Future und Wissenschaftler*innen. Klar ist für uns: Der Weg zu einer sozial gerechten und ökologischen Transformation kann nur in Zusammenarbeit mit unseren Bündnispartner*innen gelingen.

Aber auch Demotraining, ein Besuch des Dokumentationszentrums Prora und ein Ausflug zum LNG-Terminal in Sassnitz standen auf dem Programm. Ganz praktisch haben wir uns dort das, was wir zuvor in Workshops debattierten, in der konkreten Umsetzung angeschaut. Am letzten Tag widmeten wir uns unseren Grundwerten Sozialismus, Feminismus,

Internationalismus und Antifaschismus, denn an Wochenenden wie diesen kommen nicht nur Funktionär*innen der Jusos, sondern auch viele Basismitglieder zusammen.

Was sind also die Ergebnisse einer solchen Veranstaltung? Wir wollen unseren Mitgliedern einerseits das nötige theoretische und praktische Handwerk für die politische Arbeit vor Ort mitgeben. Andererseits führen wir diese Kämpfe nicht allein und legen deshalb großen Wert auf eine breite Einbindung und Vernetzung mit unseren Bündnispartner*innen. Last but not least prägen solche Großveranstaltungen unsere Debatten auch über das Küstencamp hinaus. Auf dem Juso-Bundeskongress im November werden wir über die sozial-ökologische Transformation weiter diskutieren, Beschlüsse fassen und diese in die Mutterpartei tragen. Für eine soziale, gerechte und nachhaltige Zukunft für alle! ■

Termine

20.08.2025, 18 Uhr

Hagen Krämer: John M. Keynes
und M. Kalecki (Vortrag)

Veranstalter: Forum für Politik und Kultur
e.V., FES, Arbeit & Leben Niedersachsen,
Ver.di-Bildungswerk, IGM-Niedersachsen

Ort: Künstlerhaus
Sophienstr. 2, Hannover

19.09.2025, 09:30 Uhr

Bremer Transformationskonferenz:
Den Wandel gerecht gestalten

Veranstalter: Arbeitnehmerkammer Bremen

Ort: Bremische Bürgerschaft
Am Markt 20, Bremen

25.09.2025, 19 Uhr

Achim Truger: Kann der Bürokratieabbau das
Wachstum in Deutschland beschleunigen?

Veranstalter: Forum für Politik und Kultur e.V.,
FES, Arbeit und Leben Niedersachsen,
DGB Bezirk Niedersachsen Bremen,
Sachsen-Anhalt, IGM-Niedersachsen

Ort: Künstlerhaus Hannover,
Sophienstraße 2, Hannover

30.09.2025, 19 Uhr

Florian Hurtig, Friederike Habermann:
500 Jahre Bauernkriege

Veranstalterforum für Politik und Kultur,
Rosa Luxemburg-Stiftung, Bildungswerk ve.rdi

Ort: Verdi-Höfe,
Goseriede 10, Hannover

14.10.2025, 19 Uhr

Helmut Dahmer: Zur Psychologie
des Antisemitismus

Veranstalterforum für Politik und Kultur,
Rosa Luxemburg-Stiftung,
Bildungswerk ve.rdi

Ort: Verdi-Höfe,
Goseriede 10, Hannover



Der Verein zur
Förderung von
Demokratie und
Völkerverständigung
Bielefeld e.V. auf dem
Bundesparteitag der
SPD
27. - 29.06.
in Berlin

spw

SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und
Wirtschaft seit 1978.

Gedruckte Zeitschrift viermal im Jahr.

Im Verein möglich machen:
Zeitschrift und Öffentlichkeit, Theorie und Diskurs.

Eine neue spw-Plattform im Netz schaffen:
E-Paper, Podcast, Netzwerke.

Jetzt Vereinsmitglied werden. Gemeinnützig.



spw.de